Nicht f. d. Austausch

Währungsentwertung und Preisniveau

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

genehmigt von der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin

Vorgelegt von

Gerhard Joseph

Diplomvolkswirt

aus Berlin

Tag der Promotion: 12. April 1937

Tag der Promotion: 9. Juni 1937

Tag der mündlichen Prüfung: 23. Februar 1937

Dr. Emil Ebering, Berlin NW 7, Mittelstraße 29.

J 14

Dekan: Professor Dr. Wenzel Graf Gleispach

1. Gutachter: Professor Dr. Constantin von Dietze
2. Gutachter: Wirkl. Geh. Legationsrat z. D. Dr. Alfred Bosenick

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Meiner Mutter

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41535726_0070

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 7

1. Teil: Theoretische Untersuchungen:

1. Kapitel: Begriffsbestimmungen und Vorbetrachtungen:

I. Der Begriff der Währung und Währungsentwertung . . 9

II. Der Begriff des Preisniveaus 11

III. Die Verwendbarkeit von Indexzahlen 13

2. Kapitel: Wechselkurs und Preise:

I. Die Theorie der Kaufkraftparitäten und die Theorie der Zahlungsbilanz 16

II. Die Hindernisse eines internationalen Ausgleichs der Preise 20

III. Die Beeinflussung der Wechselkurse durch Kapitalbewegungen 25

IV. Wechselkursschwankungen und Warenpreisbewegungen:

1. Die Beeinflussung der Preise durch Wechselkursschwankungen 31

2. Die Tendenz zur automatischen Korrektur von Wechselkursbewegungen 35

3. Die Beeinflussung der Wechselkurse durch Preisbewegungen 37

V. Endgültige Formulierung der Theorie der Kaufkraftparitäten 41

3. Kapitel: Wirkung der Währungsentwertung auf das Preisniveau . 45

4. Kapitel: Die Währungspolitik 54

2. Teil: Die Ergebnisse der Statistik:

1. Kapitel: Statistische Erkenntnisse 72

2. Kapitel: Die Entwicklung der Wechselkurse 77

3. Kapitel: Die Entwicklung der Preise:

I. Die Bewegung der Großhandelspreise 79

II. Die Bewegung der Lebenshaltungskosten 87

Seite

4. Kapitel: Die Entwicklung in den wichtigsten Staaten:
I. Belgien 105
II. Dänemark, Norwegen und Schweden 110
III. Danzig 114
IV. Frankreich 118
V. Großbritannien 124
VI. Österreich 134
VII. Tschechoslowakei 135
VIII. Japan . . . — 138
IX. Vereinigte Staaten von Amerika 141

3. Teil: Reichsmarkentwertung und Währungsstabilisierung:
I. Die Reichsmark als Trabant einer ausländischen Währung? 148
II. Erhöhte Einfuhrpreise 150
III. Steigendes Preisniveau 152

Schlußbemerkung 154

Quellen- und Literaturverzeichnis 155

Einleitung.

Diese Arbeit erscheint in einer Zeit, in welcher die Welle der Währungsentwertungen einen neuen Auftrieb erhalten und nach dem Vorantritt Frankreichs viele Staaten, darunter Italien, die Niederlande, die Schweiz und die Tschechoslowakei, erfaßt hat. Aus diesem Grunde beanspruchen gerade gegenwärtig die mit der Währung zusammenhängenden Fragen weitgehendes Interesse. So taucht jetzt wieder das Problem der Beeinflussung der Preise durch Währungsverschlechterungen auf. Die vorliegende Arbeit will diese Beziehungen zwischen Wechselkursen und Preisen untersuchen.

Die in der letzten Zeit vorgenommenen Währungsentwertungen erfolgten, wie es in den amtlichen Verlautbarungen und Begründungen hieß, um eine allgemeine Stabilisierung der Währungen vorzubereiten und zu erleichtern. Die Ansicht, daß dieser Entschluß der Goldblockstaaten zur Gleichschaltung mit den Abwertungsländern die von der Kapitalseite ausgehenden Unruhefaktoren beseitigen und die Durchführung konstruktiver Aufbaugedanken in einer beruhigten Währungsatmosphäre erleichtern würde, enthält wohl etwas Richtiges, insbesondere wenn diese Währungsmaßnahme der Goldblockstaaten klare Zusicherungen unter dem Gesichtswinkel aufbauender Bereitschaft veranlassen würde. Dies ist jedoch bisher nicht geschehen. Noch immer denken die Staaten, die aus der Entwertung ihrer Währung Vorteile gezogen haben, nicht daran, nun auch Opfer zu bringen. In der gegenwärtigen Währungsphase wird es sich zeigen müssen, ob Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika ihre häufigen Zusicherungen der Leistung eines konstruktiven Beitrags ernst meinten.[1]

1. Vgl. auch R. Arzet: „Währungen und Preise. Die Hintergründe der neuen Währungskämpfe". Weltwirtschaft. Monatsschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr. Berlin, 24. Jahrgang, Heft 6, Juni 1936. S. 163.

1. Teil.

Theoretische Untersuchungen.

1. Kapitel: Begriffsbestimmungen und Vorbetrachtungen.

I. Der Begriff der Währung und Währungsentwertung.

Die Menschheit erlebt seit zwei Jahrzehnten die stärksten Schwankungen in der Kaufkraft des Geldes hinsichtlich ihrer Ausmaße, Verbreitung und Dauer.[2]

Die immer weiter fortschreitende Komplizierung des zwischenstaatlichen wirtschaftlichen Güteraustausches und die wachsende Differenzierung der Art und Weise, in der der internationale Austausch von Geldern, Effekten oder Kapitalien vor sich geht, rufen in steigendem Maße das Bedürfnis wach, zu einer grundlegenden Klärung der hiermit zusammenhängenden Begriffe zu gelangen.[3]

Das Geld ist nicht nur Zahlungsmittel,[4] sondern auch „Wertmesser" für die anderen Güter.[5] Infolgedessen ist es nicht möglich, den Wert des Geldes unmittelbar festzustellen, sondern man kann dies nur vermittels der mit Geld eintauschbaren Güter, d. h. also Waren und fremden Geldes, tun.

---

2. Vgl. Irving Fisher: „Der schwankende Geldwert. Seine Ursachen und Folgen und Vorschläge zu seiner Beseitigung". Deutsche Ausgabe der Abhandlung „Stabilizing the Dollar". Berlin 1924. S. 5.

3. Vgl. Edmund Herzfelder: „Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse. Die Theorie der reinen Papierwährung". Berlin 1919. S. 309.

4. Vgl. Hermann Schumacher: „Die Währungsfrage als weltwirtschaftliches Problem". Sonderabdruck aus Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche. 45. Jahrgang, 4. Heft. München und Leipzig 1921. S. 1 f.

5. Vgl. hierzu auch Fisher a. a. O.: S. 31 ff.

Wird der Wert des Geldes in fremdem Geld bestimmt, so spricht man vom Außenwert des Geldes oder der Valuta.[6] In ebensovielen Kursnotierungen, wie es fremde Währungen gibt, kann der Außenwert ausgedrückt werden. Mit Hilfe der Devisenarbitrage wird hier dann im Regelfall die Einheitlichkeit des internationalen Marktes für die Währung hergestellt.

Wird der Wert des Geldes durch Waren bestimmt, so spricht man vom Warenwert des Geldes und, weil es sich hierbei in der Regel um inländische Waren handelt, vom Binnenwert des Geldes. Infolge der starken Vielfältigkeit der Waren kann keine Bewertung in einer Ziffer erfolgen, sondern lediglich durch Errechnung einer Indexzahl eine Einheit hergestellt werden. Während sämtliche inländischen Warenpreise hierbei berücksichtigt werden können, können die ausländischen Warenpreise nur von Welthandelsartikeln herangezogen werden, deren Transportfähigkeit ihre Verbringung auf ausländische Märkte gestattet.

Entwertung im Sinne der folgenden Ausführungen ist die Senkung des Kurses einer Währung im Ausland.[7] Dies kann so erfolgen, daß der Goldgehalt der Währungseinheit um einen bestimmten Betrag verringert wird, worauf sich dann der neue Kurs im Ausland bildet. Dies tat z. B. die Tschechoslowakei am 17. Februar 1934. Man kann aber auch den Goldgehalt der Währungseinheit zwischen bestimmten Grenzen schwanken lassen. Hierher gehören die Maßnahmen der Tschechoslowakei vom 9. Oktober 1936, Frankreichs vom 25. September 1936, der Schweiz vom 27. September 1936 und Italiens vom 5. Oktober 1936. Eine dritte Möglichkeit ist die, daß man lediglich vom Goldstandard abgeht, ohne einen neuen bestimmten Wert festzusetzen (Großbritannien am 21. September 1931, die Niederlande am 28. September 1936 z. B.). Die Vereinigten Staaten sind der zweiten Gruppe zuzuzählen, da die dem Präsidenten erteilte Ermächtigung zur Herabsetzung des Goldgehalts des Dollars bis zu einer bestimmten Grenze noch nicht voll ausgenutzt ist.

---

6. Egner versteht unter Währung die staatliche Ordnung des Geldwesens. (Erich Egner: „Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik". Leipzig 1928. S. 22.)

7. Vgl. Arnd Jessen: „Lohnt sich eine Abwertung?" Berlin 1935, S. 1.

II. Der Begriff des Preisniveaus.

Der Begriff des Preisniveaus [8] ist stark problematisch. Der Geldwert oder die Kaufkraft des Geldes ist nur ein Ausdruck für die Fähigkeit des Geldes, Güter und Dienstleistungen zu kaufen, und für den Umfang dieser Fähigkeit, für deren Bestimmung als Faktoren maßgebend sind: die Auswahl der Güter, deren Preis und die sie vertretende Menge. Es gibt also nicht einen, sondern unendlich viele Geldwerte. Die Preissumme ändert sich je nach der Art der Zusammensetzung des Warenbündels und nach den Preisen der in diesem enthaltenen Güter, außerdem aber auch je nachdem, welche Mengen im Geldwertindex berücksichtigt werden.[9] Die Bedeutung gerade des letzteren Faktors geht aus folgendem Beispiel hervor, das drastisch zeigt, zu welchen divergierenden Ergebnissen eine verschiedene Berücksichtigung der Mengen führt, wobei auch der unterschiedliche Preis der Güter eine wichtige Rolle spielt.

Von den gleichen Waren mit gleichen Preisen soll in zwei Fällen der Durchschnittspreis errechnet werden. Im ersten Fall soll das Gut A, das einen Preis von zehn Geldeinheiten hat, mit einer Mengeneinheit, das Gut B mit einem Preis von fünf Geldeinheiten mit zehn Mengeneinheiten und das Gut C mit einem Preis von einer Geldeinheit mit 100 Mengeneinheiten berücksichtigt werden. Im zweiten Fall werden die Mengen der Güter in umgekehrter Reihenfolge eingesetzt.

1 A	zu 10	= 10	100 A	zu 10	= 1000
10 B	zu 5	= 50	10 B	zu 5	= 50
100 C	zu 1	= 100	1 C	zu 1	= 1
111 Einheiten		= 160	111 Einheiten		= 1051

also

Durchschnittspreis = 1,471 Durchschnittspreis = 9,468.

8. Vgl. Volfgang Volwassen: „Währung, Wirtschaft und Außenhandel. Die Theorie der Wechselkurse und das englische Beispiel.“ Berliner Diss., S. 10 ff.

9. Zu beachten sind auch die dauernden Veränderungen in der Zusammensetzung des Handelsvolumens. Der Überwindung dieser Schwierigkeiten dient in gewissem Sinne das sogenannte Lehr-Marshallsche Kettensystem.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß aus der Veränderung der Preisindexzahlen allein nicht hervorgeht, ob die Ursache für diese Veränderungen in Mengen- und Preisänderungen, in Änderungen der Preise bei gleichgebliebenen Mengen oder in Mengenänderungen bei gleichgebliebenen Preisen zu suchen ist.

Von noch größerem Wert ist die Feststellung, daß ein Durchschnittspreis- bzw. Geldwertindex um so bedeutungsloser ist, je mehr er sich vom Subjekt entfernt. Am sinnvollsten ist noch ein Index, der für eine bestimmte Person bei einer bestimmten Warenmenge als persönlicher Preisausschnitt festgestellt wird.[10] In einigen Fällen (z. B. rohe Berechnung von Reallöhnen u. ä.) ist es möglich, daß die Preissumme eines Warenbündels, das als typisch für einen gewissen Bevölkerungskreis zu betrachten ist, irgendwie bedeutungsvoll ist. Geht man aber darüber hinaus, so hat der Begriff des Preisniveaus keinerlei realen Wert mehr. Aus diesem Grunde wählen die Statistiker in der Praxis bei der Anfertigung eines Index (Index der Lebenshaltungskosten mit dem idealtypischen Verbraucher, Index der Großhandelspreise mit den besonders für die Produzenten bedeutungsvollen Rohstoffen z. B.) gewisse für einen bestimmten Teil der Wirtschaft wichtige Waren aus; jedoch ist es auch in diesen Fällen durchaus möglich, daß eine Veränderung des Index einen bestimmten Kreis der Bevölkerung überhaupt nicht berührt. Trotz dieses statistischen Pessimismus[11] und obwohl nur in geringem Umfange die Begriffe Geldwert und Preisniveau theoretisch sinnvoll sind, ist die Anfertigung eines umfassenden Index (Index der Lebenshaltungskosten, Index der Großhandelspreise z. B.) in gewissem Sinne praktisch wertvoll, da man in einer Zeit allgemeiner, von der Geldseite ausgehender Veränderungen der Preise, d. h. also in einer Periode der Infla-

---

Vgl. hierzu Francis Ysidro Edgeworth: „Papers relating to political Economy". Bd. 1, London 1929; Alfred Marshall: „Remedies for Fluctuations of general prices". The Contemporary Review. London 1887, Bd. 51; Alfred Tismer: „Die Stabilisierung des Geldwertes als Ziel der Währungspolitik. Berliner Diss. 1930 und die dort, S. 58, angegebene Literatur.

10. Vgl. Gottfried Haberler: „Der Sinn der Indexzahlen. Eine Untersuchung über den Begriff des Preisniveaus und die Methoden seiner Messung". Tübingen 1927.

11. Vgl. Haberler a. a. O.

tion oder Deflation, davon ausgehen kann, daß infolge der Kostenverbundenheit aller Waren sich die einzelnen Waren im Index in etwa derselben Weise verändern werden. Obwohl die Indizes von Preisveränderungen als ein Ergebnis der Bewegungen und der Höhe der einzelnen Preise von sekundärer Bedeutung und zudem von recht fragwürdiger Natur hinsichtlich ihrer Genauigkeit und Sinnhaftigkeit sind, können sie doch, mit aller notwendigen Vorsicht gebraucht, als mittelbare oder Hilfswerte für die verschiedensten Zwecke von beträchtlichem Nutzen sein.

III. Die Verwendbarkeit von Indexzahlen.

Bereits im Jahre 1886 [12] warnte Cheysson,[13] als er die Stabilisierungspläne von Walras [14] kritisierte, davor, wie es später auch Mises [15] getan hat, von der Indexzahl mehr zu verlangen. als sie leisten könne.

Bowley [16] definiert die Indexzahl formal wie folgt: „Man gebraucht Indexziffern, um die Veränderung einer Größe zu messen, die wir nicht unmittelbar beobachten können, von der wir aber wissen, daß sie einen bestimmten Einfluß auf viele andere Größen hat, indem sie alle Größen wachsen oder abnehmen läßt, welcher Einfluß jedoch durch die Wirkung vieler Ursachen, die auf einzelne Größen in verschiedener Weise einwirken, verhüllt wird“.[17] Diese Definition betont die Mittelbarkeit der Methode, etwas durch Indexzahlen zu messen, und

---

12. Vgl. Alexander Gutfeld: „Über die Verwendbarkeit von Indexziffern als Hilfsmittel zur Geldwertregulierung.“ Berliner Diss. 1926, S. 1, 9 ff.

13. Emile Cheysson: Journal de la Société de Statistique de Paris, Jahrgang 1886, S. 208.

14. Léon Walras: „Theorie des Geldes.“ Herausgegeben, übersetzt und erläutert von R. Kerschagl und St. Raditz. Jena 1922.

15. Ludwig von Mises: „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel.“ 2. Aufl., München und Leipzig 124, S. 177.

16. A. L. Bowley: „Elements of Statistics.“ 4. Aufl., London 1920, S. 196. Übersetzung des folgenden Texts nach Rudolf Meerwarth: „Einleitung in die Wirtschaftsstatistik.“ Jena 1920, S. 246.

17. Ähnlich Francis Ysidro Edgeworth im 35. Band des Economic Journal, S. 379: „a number adapted by its variations to indicate or decrease of a magnitude not susceptile of accurate measurement.“

den Umstand, daß hier eine Durchschnittsgröße gegeben ist, die zahlreiche Ursachen und Wirkungen zusammenfaßt, aber nicht ohne weiteres die Erkennung der Zusammensetzung der Ursachen und Wirkungen erlaubt.

Da nun der allgemeine Preisstand das Verhältnis zwischen Geldwert und Warenwert ausdrückt,[18] drückt sein reziproker Wert das Verhältnis zwischen Warenwert und Geldwert aus, bezeichnet also die Kaufkraft des Geldes. Um das allgemeine Preisniveau zu erhalten, müßte man sämtliche Preise sämtlicher Waren innerhalb eines durch den Zweck dieser Statistik bestimmten Zeitraums feststellen und die innerhalb dieser Periode in diesen Waren zu diesen Preisen getätigten Umsätze berücksichtigen: denn die Preise ergeben nur in Verbindung mit Art und Menge der Umsätze den Sinn des Preisniveaus.

Eine derartige Berechnung einer Indexzahl ist aber praktisch unmöglich. Man muß daher einen genügend leicht und sicher erfaßbaren Ausschnitt aus dem allgemeinen Preisniveau auswählen, der als für letzteres repräsentativ angesehen werden kann. Dieser Indexzahl liegt demnach keine erschöpfende Massenbeobachtung zugrunde, vielmehr ist sie aus Stichproben aufgebaut. So werden nicht sämtliche in einem Wirtschaftsgebiet umgesetzte Waren einbezogen und auch nicht alle Preise, zu denen Umsätze getätigt wurden, berücksichtigt. Auf weitere Einzelheiten einzugehen, würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen.[19] Rechnerisch kann das allgemeine Preisniveau als die Summe der Produkte aus den Preisen aller Waren und sämtlichen Umsätzen in diesen Waren aufgefaßt werden. Diese Ziffer wird erst durch Vergleiche mit früheren Preisniveaus, also in ihrer Bewegung, sinnvoll. Zu beachten ist jedoch, daß dieses allgemeine Preisniveau logisch eine „Abstraktion höchsten Grades" darstellt.[20] Es existiert kein allgemeines Preisniveau, kein gemeinsamer Ausdruck für das Verhältnis des ge-

---

18. Vgl. Friedrich Freiherr von Wieser: „Der Geldwert und seine Veränderungen." Schriften des Vereins für Sozialpolitik Bd. 132, S. 511.

19. Ich möchte daher in diesem Zusammenhang auf Gutfeld a. a. O. und die dort angegebene Literatur auch bezüglich der Einzelheiten der Berechnung und Zusammensetzung der Indexzahlen verweisen.

20. Gutfeld a. a. O., S. 13.

samten Angebots und der gesamten Nachfrage der Individuen, aus denen die Volkswirtschaft besteht.[21]

Als Repräsentante des allgemeinen Preisniveaus gilt die Preisindexziffer der Großhandelswaren. Die entsprechende Verwendung eines Ausschnitts aus dem Niveau der Konsumgüterkleinhandelspreise — denn auch hier kann es sich lediglich um Ausschnitte handeln — begegnet der Schwierigkeit der Auswahl der Waren, aus denen und aus deren Mengen diese Indexzahl besteht, und der Erscheinung, daß für den Verbraucher lebenswichtige Waren, wie z. B. bestimmte Lebensmittel, eine im Verhältnis zu ihrer Bedeutung in der Gesamtheit zu große Rolle in der Indexzahl spielen würden, während dagegen Warengruppen von produktionswirtschaftlich größter Bedeutung, wie Eisen, Kohle u. s. w., einen zu geringen Einfluß auf die Gestaltung der Indexzahl hätten. Außerdem hat sich gezeigt, daß die Kleinhandelspreise sich nicht rasch genug an veränderte Situationen der Wirtschaft anpassen, daß die nicht genügend konjunkturempfindlich sind.

Zugunsten der Verwendung der Indexzahl der Großhandelspreise sprechen mehrere Gründe. Zunächst ist die Auswahl der Waren gegenüber der sehr großen Zahl der Kleinhandelswaren verhältnismäßig beschränkt. Da nun diese relativ wenigen Waren den Unterbau für die gesamte Wirtschaft bilden, können sie als Repräsentanten der Gesamtheit der Waren angesehen werden. Da die Preisbildung der Großhandelswaren nicht von wirtschaftlichen Besonderheiten eines kleinen Gebiets und von Gewohnheiten der Bevölkerung abhängt, sind die Großhandelswaren im allgemeinen auch genügend konjunkturempfindlich. Außerdem beruhen die Preise der Kleinhandelswaren auf denen der Großhandelswaren.

Allerdings besteht die Volkswirtschaft nicht nur aus Produktion und Großhandel. Aus diesem Grunde genügt die Indexzahl der Großhandelspreise zwar nicht als Repräsentante des allgemeinen Preisniveaus, jedoch veranschaulichen die Großhandelspreise durch die Beziehungen der Volkswirtschaft eines

21. W. St. Jevons sagt in: „Investigations in Currency and Finance," London 1884, S. 23: „There is no such thing as an average of Prices at any one time."

Staats zu denen der anderen Staaten die allgemeine Marktlage. Sie haben demnach für ein größeres Gebiet Geltung und werden dadurch in ihrer Bedeutung auch für das kleinere Gebiet erhöht. Ich möchte im Rahmen dieser Arbeit die Indexzahl der Großhandelspreise zwar als hauptsächlichen Ausdruck des allgemeinen Preisniveaus gelten lassen, sie jedoch mit Hilfe einer Indexzahl der Lebenshaltungskosten ergänzen, so daß hierdurch die Bedeutung der international orientierten Indexzahl der Großhandelspreise für die kleinere Einheit Staat erst voll erkennbar wird. Da die Indexzahl der Lebenshaltungskosten sich nicht auf die bloßen Lebensnotwendigkeiten beschränkt, sondern auch viele Waren geringerer Bedeutung, die in ihrer Summierung aber doch wichtige Produktionsgebiete repräsentieren (Seide, Haushaltsgeräte höchster Qualität usw.), umfaßt, steht sie der Indexzahl der Großhandelspreise gleichwertig gegenüber. Ihre Aufgabe besteht nun nicht etwa darin, daß der Mittelwert aus ihr und der Indexzahl der Großhandelspreise als der „richtige" Ausdruck des allgemeinen Preisniveaus gelten soll, sondern sie soll ebenfalls nichts anderes sein als ein Hilfsmittel.

2. Kapitel: Wechselkurs und Preise.

I. Die Theorie der Kaufkraftparitäten und die Theorie der Zahlungsbilanz.

Schwankt der Valutakurs[22] [23] eines Landes in einem bestimmten Umfang, so bedeutet dies, daß in dem gleichen Ausmaß alle Preise dieses Landes für ein anderes Land schwanken. Steigt der Kurs der eigenen Valuta, so sinkt der der fremden und damit ist auch ein relatives Sinken der Preise des Auslandes zu verzeichnen. Fällt dagegen der Kurs der eigenen Valuta, so

22. Vgl. hierzu Wolfgang Volwassen a. a. O., S. 6 f.

23. Valuta ist das Währungsgeld des Staats, wenn es bei internationalen Zahlungen zu ausländischen Währungen in Beziehung tritt. Eine Änderung der Valuta ist demnach eine solche des Außenwertes des Geldes. Vgl. hierzu Ernst Wagemann: „Allgemeine Geldlehre" Berlin 1923, S. 312, und auch Otto Donner: „Geld und Konjunktur. Beiträge zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik." Berlin 1934, S. 45.

steigt entsprechend der der fremden und die Auslandswaren werden relativ teurer. Dieses Schwanken des Wechselkurses erschwert jede kaufmännische Kalkulation, ja macht sie zuweilen fast unmöglich und bildet daher ein Moment der Unsicherheit für den internationalen Warenaustausch, dessen Entwicklung und Ausbau wesensmäßig notwendigerweise möglichst die völlige Beseitigung oder mindestens die Einschränkung der Valutakursschwankungen verlangt. Weil aber ein Preis nur dann stabil ist, wenn bei ihm Angebot und Nachfrage etwa gleich groß sind, so muß auch der Valutakurs einen Stand einnehmen, bei dem kein großer Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage besteht.

Darüber, wie hoch dieses Niveau des Wechselkurses zu sein habe, gibt es in der Wissenschaft zwei sich schroff gegenüberstehende Ansichten; die Theorie der Kaufkraftparitäten und die Theorie der Zahlungsbilanz, die auch oft — indessen in der Regel ohne genügende Begründung — abgewandelt erscheinen.[24]

Die Gedanken der Theorie der Kaufkraftparitäten,[25] die weite Verbreitung gefunden hat, zeigen sich schon bei Wheatley im Jahre 1803[26] und später bei Ricardo. Einige bedeutendere Autoren vertreten die Theorie der Kaufkraftparitäten wie folgt: Ricardo[27]: „The exchange accurately measures the depreciation of the currency." Göschen[28]: „Die Wechsel auf ein gegebenes

---

24. Vgl. Bruno Richter: „Das Wesen des Wechselkurses. Zur Theorie des intervalutarischen Kurses." München und Leipzig 1934, S. 100 ff.

25. Geldwert oder Kaufkraft des Geldes ist „die Fähigkeit des Geldes, diejenigen Güter und Dienste zu kaufen, für deren Beschaffung zu Konsumzwecken eine bestimmte Gemeinschaft von Personen ihr Geldeinkommen verausgabt" (John Maynard Keynes: „Vom Gelde ..." S. 43). Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 3 der Arbeit; Otto Donner: „Geld und Konjunktur. Beiträge zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik". Berlin 1934, S. 44 f.; ferner Alfred Marshall: „Money, Credit and Commerce." London 1923, S. 21, und die weitgehende systematische und kritische Darstellung der verschiedenen Geldwertbegriffe bei Gottfried Haberler: „Die Kaufkraft des Geldes und die Stabilisierung der Wirtschaft (Schmollers Jahrbuch 1931, S. 993 ff.).

26. John Wheatley: „Remarks on Currency and Commerce". London 1803.

27. Letters of David Ricardo to Thomas Robert Malthus 1810—1823. Ed. by J. Bonar. Oxford 1887, S. 15.

28. G. J. Göschen: „Theorie der auswärtigen Wechselcourse." Nach der 2., franz. Ausg. L. Say's von F. Stöpel, Frankfurt am Main 1875, S. 64.

Land schwanken im Werth genau in demselben Verhältniß, wie alle käufliche Artikel einschließlich des Baargeldes in Folge einer Münzentwerthung in ihrem Preise schwanken . . .“ Eulenburg[29]: „. . . der Wechselkurs zwischen zwei Ländern bringt im wesentlichen die verhältnismäßige Kaufkraft . . . ihrer Geldrechnungseinheiten zum Ausdruck . . .“ Hawtrey[30]: „The rate of exchange between any two countries substantially expresses the relative purchasing power of their monetary units.“ Cassel[31]: „The 'theoretical exchange rate' corresponds exactly to the idea denoted by the term 'purchasing power parity'.“ Mises[32]: „. . . . die Valutenkurse werden in letzter Linie durch nichts anderes bestimmt als die Kaufkraft, die der Einheit einer jeden Geldart zukommt . . .“

Cassels bekannte Aeußerung lautet[33]: „Was wird nun im Lande A für einen Wechsel auf das Land B bezahlt? Der Grund, warum Wechsel auf B im Lande A nachgefragt werden, ist, daß sie Kaufkraft auf dem Markte des Landes B darstellen. Diese Kaufkraft wird offenbar desto höher bewertet werden, je niedriger das allgemeine Preisniveau im Lande B steht, m. a. W. je höher der Geldwert in diesem Lande ist, andererseits je höher das allgemeine Preisniveau im Lande A selbst steht. Der Preis des Wechsels auf das Land B muß demnach als ein Ausdruck für die Schätzung der Valuta des Landes B in der Währung des Landes A wesentlich bestimmt sein vom Verhältnis zwischen Geldwert in B und A. Dieses Verhältnis ist die Kaufkraftparität zwischen B und A“[34].

---

29. F. Eulenburg: „Außenhandel und Außenhandelspolitik. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen“ (Grundriß der Sozialökonomik, Abt. 8). Tübingen 1929, S. 136.

30. R. G. Hawtrey: „Currency and credit“. 2nd. ed. London 1923, S. 400.

31. Gustav Cassel: „Money and foreign exchange after 1914.“ London, Bombay and Sidney 1922, S. 182.

32. Ludwig Mises: „Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems.“ Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bd. 164, T. 2. München und Leipzig 1923, S. 20.

33. Gustav Cassel: „Theoretische Sozialökonomik.“ 5., neubearb. Aufl. Leipzig 1932, S. 456.

34. Vgl. auch Gustav Cassel: „Das Geldproblem der Welt. Memorandum on the world's monetary problems.“ München 1921; derselbe: „Das Geldwesen nach 1914.“ Autorisierte Übersetzung von Wolfgang Biermer.

Vertreter der Theorie der Zahlungsbilanz, nach welcher die Parität frei vom Staat, der aber hierbei nicht vollkommen nach seinem Belieben verfahren könne, festgesetzt wird, sind u. a. Knapp [35] und Elster. „Der intervalutarische Kurs eines Zahlungsmittels ergibt sich ... aus Angebot und Nachfrage nach diesem Zahlungsmittel und ausschließlich aus diesen ... Die innerwirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind von maßgebendem Einflusse auf die pantopolischen [36] Beziehungen dieses Landes zum Auslande, bestimmen also den Umfang des Angebots und der Nachfrage nach fremdem Gelde und durch diese — also immer nur mittelbar — den intervalutarischen Kurs ... Es ist nicht richtig, daß der ausländische Wechselkurs der Ausdruck des inländischen Preisniveaus sei; nicht richtig, daß das Verhältnis der Valuten zweier Staaten die Umkehrung des Verhältnisses ihrer Existenzeinheiten sei ...“ [37] Ähnlich auch Taussig [38]: „Der Wechselkurs ist jeweils die Resultante des Zusammenstoßes zwischen momentanem Angebot und momentaner Nachfrage.“

Es ist hier nicht der Ort, näher auf die beiden Theorien einzugehen. Ich werde dies nur tun, soweit es im Rahmen und im Interesse dieser Arbeit nützlich und erforderlich sein wird.

Schriften des Weltwirtschafts-Instituts der Handels-Hochschule Leipzig. Bd. 1. Leipzig 1925, S. 103 ff.; John Maynard Keynes: „Ein Traktat über Währungsreform.“ Übersetzt von Ernst Kocherthaler. München und Leipzig 1924, S. 90 ff.; derselbe: „A tract on monetary reform.“ London 1923, S. 87 ff.

35. Vgl. Georg Friedrich Knapp: „Staatliche Theorie des Geldes.“ 3. Aufl., durchges. u. verm. München und Leipzig 1921, S. 200 ff.

36. Knapp a. a. O., S. 209, bezeichnet als „pantopolisch“ die psychologische Auffassung, die an die Gesamtheit der merkantilen Beziehungen zwischen zwei Staaten erinnert, aus der dann der intervalutarische Kurs hervorgeht. Vgl. auch Edmund Herzfelder: „Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse. Die Theorie der reinen Papierwährung.“ Berlin 1919, S. 335 ff.

37. K. Elster: „Die deutsche Valutapolitik nach dem Kriege.“ Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen, H. 59. Stuttgart 1919, S. 11 ff., 17. — Vgl. auch derselbe: „Die Seele des Geldes. Grundlagen und Ziele einer allgemeinen Geldtheorie.“ Jena 1920, S. 318 ff.; ferner Edmund Herzfelder: a. a. O. S. 314 ff.

38. F. W. Taussig: „Theorie der internationalen Wirtschafts-Beziehungen.“ Deutsch umgearbeitet und ergänzt von Melchior Palyi. Leipzig 1929, S. 263.

II. Die Hindernisse eines internationalen Ausgleichs der Preise.

Welches ist nun der natürliche Stand der Wechselkurse?[39] Um ihn feststellen zu können, ist es methodisch von Nutzen, erst eine Untersuchung über den reinen Warenaußenhandel anzustellen, da die aus diesem hervorgehende Handelsbilanz gewissermaßen den Kern der Zahlungsbilanz darstellt und die Voraussetzungen des Entstehens von Verbindlichkeiten noch am leichtesten durchschaut werden können.

Wenn sich die Wechselkurse verändern, so verändern sich auch alle Preise im Verhältnis zwischen In- und Ausland, so daß aus dem billigeren valutaschwachen Lande nach dem teureren valutastarken Waren ausgeführt werden. Diese Erscheinung hat zur Folge, daß sich auf diese Art und Weise das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach Devisen ändert, damit aber auch die Parität, so daß die Neigung, weiter aus dem valutaschwachen Land in das Land mit starker Valuta auszuführen, nachläßt. Auf diesem Wege bildet sich bei freiem Pendel der Valuta nach einiger Zeit ein Kurs heraus, bei dessen Berücksichtigung die Preise in beiden Ländern gleich hoch sind, so daß auch der Geldwert in den beiden Staaten, wenn man über die Parität rechnet, derselbe ist. Dann würde tatsächlich der Wechselkurs das Verhältnis des Geldwertes in den beiden Ländern wiedergegeben, in welchem Falle auch ein Vergleich des allgemeinen Preisniveaus nichts Problematisches mehr böte, da ja bei einem Ausgleich sämtlicher Preise in den Ländern jeder irgendwie errechnete Geldwert gleich sein muß; in Wirklichkeit ist aber unser Beispiel infolge seiner Isoliertheit ohne praktischen Wert. Ich will daher jetzt versuchen, alle Faktoren festzustellen, die für die zum mindesten für einige Zeit bestehende, wenn auch nicht gar dauernde Abweichung des wirklichen Kurses vom theoretischen Kurs verantwortlich sind.[40] Dies möchte ich in drei Etappen vornehmen.

---

39. Vgl. hierzu Volwassen a. a. O., S. 21 ff.

40. Vgl. James W. Angell: „The theory of international prices. History, criticism and restatement." Harvard Economic Studies. Vol. 28. Cambridge 1926, S. 375 ff.

Zunächst ist zu beachten, daß keineswegs sämtliche Güter eines Landes vom Außenhandel erfaßt werden. Dies ist z. B. der Fall bei den Dienstleistungen, ebenso bei den unbeweglichen Gütern (Grundstücken, Gebäuden, Industrieanlagen) und den Waren, deren Transportkosten im Verhältnis zu ihrem Wert sehr erheblich sind (vgl. die Zusammensetzung der Gruppe „Steine und Erden".). Je kleiner also der Anteil derjenigen Güter ist, die ihrem Wesen entsprechend Gegenstand des Außenhandels zu sein imstande sind, desto weniger besteht eine internationale Preisangleichung.

Sodann ist festzustellen, daß sogar Waren vollkommen gleicher Art zweier verschiedener Länder, die infolge ihres Preisunterschiedes leicht exportiert werden könnten, oft allein aus dem Grunde nicht zur Ausfuhr gelangen, weil gewisse Voraussetzungen persönlicher oder sachlicher Art nicht vorhanden sind. Hierher gehören z. B. Fehlen von Informationen über Ausfuhrmöglichkeiten oder Nichtvorhandensein von Absatzorganisationen oder Mangel an Neigung zur Ausfuhr bei Produktion oder Handel [41].

Schließlich ist zu beachten, daß infolge des Fortschreitens der Entwicklung der Wirtschaft auch Waren derselben Gattung in den zwischenstaatlichen Verhältnissen in immer größer werdendem Umfange unvergleichbar werden. Der Außenhandel soll die nationale Gütererzeugung ergänzen und weist daher schon aus diesem Grunde viele nur in einzelnen Ländern herstellbare Erzeugnisse auf.

Rühls [42] Untersuchung über die Vereinigten Staaten von Amerika gibt uns die Möglichkeit, bei diesem Lande das Verhältnis der Einfuhr von Ergänzungsprodukten zum Import von Erzeugnissen, die für die Wirtschaft der Vereinigten Staaten von Amerika eine Konkurrenz darstellen, näher zu betrachten.

---

41. Vgl. Angell a. a. O., S. 379; Gottfried Haberler: „Der internationale Handel. Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik." Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaft, 41. Berlin 1933, S. 31.

42. Alfred Rühl: „Zur Frage der internationalen Arbeitsteilung. Eine statistische Studie auf Grund der Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika." Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Sonderheft 25. Berlin 1932.

Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika nach Einfuhrgruppen im Jahre 1927 [43]

Für die Einfuhr ausschlaggebende Faktoren

	Anteil an der Einfuhr (in %)
A. Waren, deren Einfuhr eine Ergänzung der Eigenproduktion bedeutet, wobei folgende Faktoren ausschlaggebend sind:	
1. Unmöglichkeit einer Eigenproduktion	13,1
2. Fehlen der Eigenproduktion bei vorhandener Produktionsmöglichkeit	21,5
3. Fehlen einer bestimmten Sorte eines Produktes	4,9
4. Fehlen einer bestimmten Qualität eines Produktes	10,3
5. Lebensgewohnheiten zugewanderter Völker	0,8
6. Verschiedenheit der Produktion im Ausfuhr- und Einfuhrland	0,2
7. Unterschied der technischen Entwicklung des Ausfuhr- und Einfuhrlandes	4,2
8. Zu geringe Eigenproduktion	34,3
insgesamt	89,3
B. Waren, die trotz verhältnismäßig großer Eigenproduktion eingeführt werden:	
9. Infolge ungünstiger Transportlage	3,5
10. Infolge ungünstiger Kostenlage	7,2
insgesamt	10,7
Gesamteinfuhr	100,00

Als Konkurrenzerzeugnisse sind wohl die durch die Gruppen 6, 8, 9 und 10 erfaßten Waren anzusehen, die zusammen 45,2 % der Gesamteinfuhr umfassen, und als Ergänzungserzeugnisse die Waren der Gruppen 1—5 und 7 mit zusammen 54,8 % der ge-

43. Rühl a. a. O., S. 30.

samten Einfuhr. Es besteht also bei mehr als der Hälfte der Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika, also eines Landes mit den größten Möglichkeiten zur Selbstversorgung, kein internationaler Preisausgleich. Demnach müßte also der Anteil der Ergänzungserzeugnisse an der Gesamteinfuhr eines Industriestaats Europas z. B. allem Anschein nach noch erheblich größer sein.

Dies wirkt sich auf die Valutakurse so aus, daß — während der Import von ausländischen, mit inländischen Erzeugnissen konkurrierenden Waren sinkt oder vielleicht gar vollständig unterbleibt, wenn der Preisvorteil, den das Ausland hat, infolge Steigens der ausländischen Valuta oder Preise kleiner wird — ein solcher Maximalpunkt bei im Inland nicht herstellbaren Waren nicht besteht. In diesem Fall wird dieser allenfalls durch die Kaufkraft der diese Einfuhren veranlassenden (konsumierenden) Teile der Bevölkerung bestimmt. Es weicht also der Wechselkurs von einem Niveau, das mit dem Wort „Kaufkraftparität" umschrieben werden kann, um so mehr ab, je verschiedener die Struktur oder die Produktionsverhältnisse der betreffenden Länder sind. Das Maß der Abweichung wird von dem Verhältnis der Ergänzungsproduktion zur Konkurrenzproduktion im Inland und Ausland bestimmt.

Ein weiteres Hindernis für den internationalen Preisausgleich bilden die Transportkosten im weitesten Sinne, da sie nicht immer bei Ein- und Ausfuhr gleich hoch sind. Sie bestehen aus[44]: Fracht, Versicherung, Verpackung, Zinsverlust, Zoll, Nebengebühren bei der Verzollung, Generalunkosten, Risiko, das sich nicht durch Versicherung beseitigen läßt, Reklame und Vertriebskosten. Außerdem ist hier noch auf die Erscheinung hinzuweisen, daß viele Reedereien für die Heimreise ihrer Schiffe, damit diese nicht leer fahren, sehr viel billigere Frachten in Rechnung stellen. In diesen Zusammenhang gehört auch die staatliche Subventionspolitik und die Tarifpolitik der Eisenbahnen, wobei hier nur an das Beispiel der polnischen Kohle erinnert sei. Schließlich wäre noch als hierhergehörig der Umstand zu erwähnen, daß diejenigen Industrieunternehmungen,

44. Vgl. Haberler „Der internationale Handel ...", S. 31.

deren Erzeugung der Kostendegression unterliegt, den Teil ihrer Produktion, den sie im eigenen Lande nicht verkaufen können, billiger liefern, damit der zur Senkung der fixen Kosten erforderliche Überschuß der Produktion verkauft wird.

In den letzten Jahren erwuchs infolge der Autarkiebestrebungen in den verschiedensten Ländern dem internationalen Preisausgleich ein weiteres Hindernis. Überall sind Tendenzen zu beobachten, den inländischen — auch wenn teureren — Waren vor ausländischen den Vorzug zu geben („Buy British" z. B.). Viele Staaten wurden auch durch die weltwirtschaftliche Lage gezwungen, dort zu kaufen, wo sie selbst ihre Erzeugnisse absetzen können („Kauft bei Euren Kunden"). So ist es dazu gekommen, daß sich zahlreiche Preise, besonders für Rohstoffe, mehr und mehr von ihrer Ware und von deren Qualität emanzipiert haben. Baumwolle z. B. aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus Brasilien, aus Aegypten, aus Indien ist nicht mehr Baumwolle schlechthin dieser oder jener Qualität mit dem entsprechenden Preis, sondern Baumwolle (einschließlich Qualität) plus Herkunft plus Zahlungsbedingungen plus Bezieherland.[45]

Endlich sei noch eine weitere Ursache von Preisdifferenzen erwähnt: Zölle, Kontingente und Ausfuhrprämien. Besteht ein einziger Zollsatz für die gesamte Einfuhr eines Staats, so ist die Situation noch einfach, denn in diesem Falle muß man zwecks Errechnung des neuen Verhältnisses des Geldwerts beider Länder das Preisniveau des Staats ohne Zollschutz um einen dem Wertzoll entsprechenden Prozentsatz erhöhen. Die Wirkung dieses einheitlichen Zollsatzes ist für den Import von Konkurrenzerzeugnissen eine andere als für den von Ergänzungsprodukten. Der Wechselkurs wird also schon bei einem verhältnismäßig unkomplizierten Fall vollkommen unberechenbar verändert. Bei spezifischen Zöllen sind die Schwierigkeiten in viel größerem Umfange vorhanden und können schließlich bei einem mannigfachen und umfangreichen Zolltarif, wie ihn alle Staaten in der Gegenwart aufweisen können, völlig unüberwindlich sein.

Da bereits bei einem freien Handel sich die Preise in den einzelnen Staaten nicht genügend angleichen, ist dies bei einem

45. Vgl. Kastenholz im „Berliner Tageblatt" vom 19. Juli 1936, Nr. 339.

durch Kontingentierungsmaßnahmen und Zölle behinderten Handel erst recht nicht der Fall. Angesichts der in den verschiedensten Staaten zunehmenden Tendenzen, die einheimische Wirtschaft von den Preisbewegungen auf dem Weltmarkt abzuhängen, kann die Kraft, die aus dem Preisgefälle resultierend danach strebt, die Wechselkurse den Preisverhältnissen entsprechend zu gestalten, nicht genügend zur Wirkung kommen.

Die Theorie der Kaufkraftparitäten führt zu ihren Gunsten an, daß bis zum Beginn der Weltwirtschaftskrise eine parallele Bewegung — wenn auch keine vollkommene Übereinstimmung — der Wechselkurse und der Großhandelspreise zu beobachten war.[46] Diese Erscheinung ist daraus zu erklären, daß der Großhandelsindex zum größten Teil aus typischen Außenhandelswaren besteht, weswegen er auch von Keynes[47] als internationaler Standard bezeichnet wird, und diese daher in ihrer Preisgestaltung den Valutakursschwankungen entsprechen müssen, um ihre Stellung auf dem Weltmarkt behalten zu können.[48] Die Theorie der Kaufkraftparitäten hat den Vorteil, daß sie, anders als die Theorie der Zahlungsbilanz, wenigstens etwas über den Stand der Wechselkurse auszusagen vermag. Da zudem alle Güter in der Kostenverbundenheit verharren und der Großhandelsindex aus Waren besteht, die in Form von Rohstoffen oder Halbfabrikaten in fast alle übrigen Waren eingehen, wird auch ein Steigen oder Sinken dieses Index wenigstens eine Tendenz zu einer allgemeinen Preisbewegung zur Folge haben.

III. Die Beeinflussung der Wechselkurse durch Kapitalbewegungen.

Die bisherigen Darlegungen gingen davon aus, daß allein die sich aus dem Warenverkehr ergebenden Beziehungen den Stand der Wechselkurse beeinflussen.[49] In Wirklichkeit sind aber auch

---

46. Vgl. die Ausführungen auf S. 31.

47. Vgl. John Maynard Keynes: „Vom Gelde (A. Treatise on money)" Ins Deutsche übersetzt von C. Krämer unter Mitw. von L. Krämer. München und Leipzig 1932, S. 56 ff.

48. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 28; — Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung. Berlin. VII (1934), S. 111.

49. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 28 ff.; ferner Bruno Richter: „Das We-

noch andere Faktoren für die Bewegung der Wechselkurse von Bedeutung, und zwar handelt es sich hierbei um Kapitalbewegungen, politische Zahlungen und Zinsen und Tilgungen kommerzieller Schulden. Was verstehen wir nun unter Kapitalbewegungen? Kapital ist nicht etwa als „produzierte Produktionsmittel“,[50] sondern als eine Verfügungsmacht zu Erwerbszwecken aufzufassen, und dementsprechend handelt es sich bei einer Übertragung von Kapital um eine solche von erwerbswirtschaftlich genutzter Verfügungsmacht, von „Fugmacht“,[51] bei der der Erwerbszweck entweder beim Kreditgeber oder beim Kreditnehmer oder bei beiden das Motiv ihres Tuns bildet.

Die internationale Kapitalübertragung kann nun in verschiedenen Formen vor sich gehen. Wenn sie als direkter Kredit erfolgt, welchem eine entgeltlich und befristet gewährte Verfügungsmacht entspricht, so bedeutet dies, daß der Kreditnehmer vom Kreditgeber gegen Zahlung eines Zinses die befristete Verfügungsmacht über inländische Güter erhält, welche er unmittelbar zum Erwerb von Waren aus dem Staat des Kreditgebers oder mittelbar zur Veräußerung der Fugmachttitel auf dem Devisenmarkt benutzen kann. Erfolgt die Kapitalübertragung dagegen derart, daß die Fugmacht zum Erwerb einer Beteiligung an einer ausländischen Unternehmung verwendet wird, so unterscheidet sie sich von der ersten Möglichkeit dadurch, daß die unmittelbaren Schuldtitel durch Aktien oder Anleihen ersetzt werden. Von denselben Folgen für den Stand der Wechselkurse wie die Gewährung von Kredit an das Ausland hat die Kapitalflucht; denn der Inländer, der sein Kapital ins Ausland verbringen will, kann dies lediglich durch Erwerb von Effekten oder kurzfristigen Forderungen an das Ausland (Schecks, telegraphische Auszahlungen, Wechsel z. B.) tun. Alle diese Wertpapiere enthalten eine Schuldverpflichtung, deren Begleichung solange nicht verlangt wird, als das Papier bei dem Kapitalaus-

---

sen des Wechselkurses. Zur Theorie des intervalutarischen Kurses.“ München und Leipzig 1934, S. 100 ff.

50. Adam Smith: „An inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations.“ Ed. by Edwin Cannan. 4. ed. London 1905.

51. F. von Gottl-Ottlilienfeld: „Bedarf und Deckung. Ein Vorgriff in Theorie der Wirtschaft als Leben.“ Jena 1928, S. 203 ff.

führenden verbleibt. Insofern liegt also eine Kreditgewährung an das Ausland vor.

Die Folge aller dieser Kreditgewährungen ist, daß auf dem Devisenmarkt ein Angebot von inländischer Währung und Nachfrage nach ausländischer besteht, so daß erstere sinkt und letztere steigt. Diese Bewegungen des Valutakurses bilden aber für die Gewährung von Krediten eine Gefahr; daher liegt eine Stabilisierung der Wechselkurse im Interesse des Waren- und Kapitalverkehrs.

Eine Aufgabe der Währungspolitik ist es nun, die von den Kapitalbewegungen ausgehenden Gefahren für die Valuta zu bannen. Dies kann durch Heraufsetzung des Diskonts geschehen, welche dann angesichts der bestehenden engen Kreditverflechtung der Wirtschaft auch auf die übrigen kurzfristigen Zinssätze wirken wird, wodurch das Kapital im Inland höhere Zinsen erhält. Ist die Kapitalflucht jedoch lediglich die Folge eines Mangels an Vertrauen in die wirtschaftliche Situation des Staats, so ist es durchaus möglich, daß sie als Notsignal die Kapitalbewegung ins Ausland beschleunigt.

Ein anderer Weg zur Bekämpfung des Absinkens des Valutakurses besteht darin, daß entsprechend dem infolge der Kapitalbewegung gesteigerten Angebot an inländischer Valuta eine erhöhte Nachfrage nach dieser durch das Ausland infolge vergrößerten Exports geschaffen wird, welches Ergebnis entweder vermittels weiterer Verschärfung der Diskontpolitik mit einer bewußten Deflationstendenz oder in folgender Weise erzielt werden kann. Oft steigt der Export schon infolge der Kreditgewährung an das Ausland, da häufig der Staat, in den das Kapital floß, durch Vereinbarungen oder vertragliche Abmachungen (Beteiligungen an ausländischen Unternehmungen) zu besonders starker Einfuhr von Waren aus dem Gläubigerland veranlaßt werden kann. Die Handelsbilanz wird also in diesem Falle unmittelbar beeinflußt (vgl. das Beispiel Großbritanniens).

Es ist aber auch möglich, daß die Erhöhung des Exports durch die Folgen der Kreditgewährung für die Preise im kapitalempfangenden Land verursacht wird. In diesem Falle kommt es darauf an, an welche Teile der Wirtschaft des Schuldnerlandes der Kredit gewährt wird. Wenn eine öffentliche Körper-

schaft den Kredit zur Konsolidierung schwebender Schulden oder zum Bau sozialer und hygienischer Einrichtungen erhält, so fließt der Erlös sehr rasch in die Kreise der Konsumenten, wobei es von entscheidender Bedeutung ist, wozu diese ihre Einkommensteigerung benutzen. Ein Verbrauch von ausländischen Gütern erleichtert die Zahlungsbilanz des Gläubigerstaates mehr als der Konsum inländischer Güter. Eine Kreditgewährung an die Erwerbswirtschaft, die zur Kreditaufnahme nicht durch zu starke steuerliche Belastung genötigt ist, führt dagegen zu einer verstärkten Investitionstätigkeit, die leicht ein geringes Anziehen der Preise im Schuldnerland verursachen kann. Die in diesem Staat entstehende Einkommenserhöhung veranlaßt eine Preissteigerung, verringert den Export und steigert den Import. Erfolgt diese Mehreinfuhr aus dem kapitalausführenden Land, so steigt dessen Valuta wieder an, während diese Erscheinung nicht einzutreten braucht, wenn das kreditnehmende Land seine Mehreinfuhr aus anderen Ländern tätigt. Einem Staat, der Kapital ausführt, ist es demnach lediglich unter bestimmten Voraussetzungen möglich, die Tendenz zur Passivität der Zahlungsbilanz durch einen Aktivsaldo der Handelsbilanz auszugleichen. Bei dem kreditempfangenden Staat dagegen wird eine Passivität der Zahlungsbilanz nicht auftreten, da bei ihm der Import aus den verschiedensten Staaten stammt und mit den infolge der Kreditaufnahme erhaltenen Devisen beglichen wird.

Es ist daher:

1. ein Kapitalexport für die Währung des kapitalexportierenden Staates unschädlich, sofern eine entsprechende Steigerung des Warenexports erfolgt.

2. ein Kapitalexport ohne kurserhöhende Wirkung auf die Währung des kapitalimportierenden Staates, sofern eine Steigerung des Warenimports eintritt.

3. möglich, den Einfluß einer erhöhten Ein- oder Ausfuhr auf den Stand der Wechselkurse vermittels eines entsprechenden Im- oder Exports von Kapital zu kompensieren.

4. möglich, daß ein offenbarer Unterschied zwischen den in- und ausländischen Preisen, der einen Aktiv- oder Passivsaldo der Handelsbilanz verursacht, andauern kann, sofern Kapital-

bewegungen die daraus resultierende Warenbewegung ausgleichen.

Im Falle des Zurückströmens von Kapital, politischer Zahlungen und Zahlung von Zinsen und Tilgungen erscheint ein Ausgleich ohne Preisgefälle kaum möglich; das Schuldnerland kann dem Gläubigerland nicht seinen Willen aufzwingen, wohl aber kann letzteres das erstere dazu bewegen, seinen Warenbedarf aus dem kreditgebenden Staat zu beziehen. Außerdem führt die Kreditaufnahme im Schuldnerstaat immer (zu einer ansteigenden Konjunktur und damit) zu Preiserhöhungen; Kapitalrückfluß, politische Zahlungen und Zinsen- und Tilgungsdienst dagegen nie zu entsprechenden Erscheinungen im kreditgebenden Staat, letztere, weil ihr Umfang zu klein ist, und die übrigen, weil ihre Übertragung einen Exportüberschuß vermittels ruinöser Schleuderpreise oder Drosselung des Imports erfordert oder sie in Perioden des Fehlens von Vertrauen vorgenommen werden. Setzt sich nun bei einer infolge Absinkens der Preise entstandenen Umkehr der Warenbewegungen der Import des kreditgebenden Staats aus dem kreditempfangenden Land überwiegend aus Konkurrenzerzeugnissen zusammen, so wird der Widerstand des ersteren Staats wach, so daß es sehr leicht möglich ist, daß der Transfer infolge der so stark angewachsenen Übertragungsschwierigkeiten vollkommen problematisch wird. Vorübergehend ist eine Beseitigung dieser Schwierigkeiten durch gleichzeitige Gewährung von Krediten an den Schuldnerstaat möglich (vgl. das Beispiel Deutschlands in den Jahren 1924—1931). Die hier entstehende Notwendigkeit einer Preisdifferenz zwischen den Ländern stellt einen weiteren wichtigen Störungsfaktor für einen internationalen Preisausgleich und eine Ursache für die Abweichung der Wechselkurse von der theoretischen Parität dar.

Zurückströmen von Kapital, politische Zahlungen und Zinsen- und Tilgungsdienst führen wie eine Kreditgewährung zu einem Absinken des Valutakurses, wenn keine entsprechende Ausfuhr von Waren erfolgt. Ein Überschuß der Ausfuhr kann jedoch in diesem Fall, anders als bei der Kreditgewährung, nur durch Preissenkung oder Einfuhrdrosselung erreicht werden.

Erstere bezieht sich entweder lediglich auf die bedeutendsten Ausfuhrwaren, z. B. als staatliche Exportprämienpolitik, mit dem Nachteil der Etatbelastung und der Hervorrufung von Abwehrmaßnahmen des Auslands, oder auf alle Waren, als Deflationspolitik. Die Klassiker dachten noch an einen automatischen Deflationsvorgang durch Abströmen von Gold und die folgen hiervon für Preise und Einkommen. In den letzten Jahren dagegen wurde Deflationspolitik immer bewußter getrieben. Der Export wird vorübergehend durch Räumung der Läger gesteigert; der Nachteil ist die Erschwerung der Exportkreditierung. Infolge des hohen Zinssatzes wird unrentabler gearbeitet, sinkt die Unternehmungslust und schrumpft das Kreditgebäude. Damit sinken auch Einkommen und Verbrauch. Die Preise fallen, steigern so den Druck der Schulden und verursachen bei langen Produktionszeiten Verluste. Kapitalmarkt und Bauwirtschaft schrumpfen infolge der Kapitalverluste zusammen und führen ihrerseits wieder zur Einkommenssenkung. Die Deflationspolitik führt also dazu, daß die Wirtschaft immer weiter zusammenschrumpft. Die so bei gegebenem Wechselkurs der Valuta zustandegekommene Preissenkung widerspricht der Theorie der Kaufkraftparitäten. Wenn allerdings im Ausland wirksame Abwehrmaßnahmen (Einfuhrverbote, Prohibitivzölle z. B.) getroffen werden, ist es durchaus möglich, daß auch eine sehr starke Senkung der Preise nicht zu einem ausreichenden Exportüberschuß führt, so daß der Wechselkurs eines Landes trotz einer schon vorhandenen Preisdifferenz noch weiter sinkt. Da diese Maßnahmen gerade in den letzten Jahren von vielen Ländern getroffen wurden, ist festzustellen, daß die tatsächlichen Verhältnisse so sehr von der Theorie der Kaufkraftparitäten abweichen, soweit diese sich nicht lediglich auf die Großhandelspreise bezieht, daß diese Theorie jene begrifflich nicht mehr erfassen kann.

Hinzu kommt schließlich noch, daß viele devisenbringende Faktoren der Zahlungsbilanz, z. B. Kommissionsgeschäfte, andere Vermittlungsgeschäfte, internationale Wanderungen, Versicherungsgeschäfte, Rücksendungen von Ersparnissen der im Ausland lebenden Inländer und Angehörigen von Inländern, durch internationale Preisstellungen keineswegs beeinflußt wer-

den, sondern von ganz anderen Tatsachen, nicht selten psychischer Art, abhängig sind (vgl. das Beispiel Großbritanniens; dieses war auch geraume Zeit hindurch in der Lage, einen Import in einem Umfange aufzuweisen, der bei anderen Valuten sehr schwierige Situationen geschaffen haben würde).

IV. Wechselkursschwankungen und Warenpreisbewegungen.

1. Die Beeinflussung der Preise durch Wechselkursschwankungen.

Die Untersuchung dieser bedeutungsvollen Frage der Wechselkursschwankungen und Warenpreisbewegungen möchte ich in drei Abschnitten vornehmen, und zwar soll als erstes die Beeinflussung der Preise durch Wechselkursschwankungen, darauf die Tendenz zur automatischen Korrektur von Wechselkursbewegungen und schließlich die Beeinflussung der Wechselkurse durch Preisbewegungen dargestellt werden.

Ich erwähnte bereits [52] die parallel, nicht etwa übereinstimmend verlaufende Bewegung von Großhandelspreisen und Wechselkursen. Steigt die eigene Valuta nicht allzu schroff an, so werden diejenigen Waren, die im Ausland abgesetzt werden müssen, billiger, damit sie den durch das Absinken der ausländischen Valuten hervorgerufenen Nachteil ausgleichen, jedoch bestehen für diese sinkende Preisbewegung in der Kostengestaltung Grenzen, die den Erfolg haben, daß, wenn die eigene Valuta weiter steigt, immer weniger Waren zur Ausfuhr gelangen. Ist aber ein Sinken der eigenen Valuta zu verzeichnen, so werden die inlandsabhängigen Großhandelspreise keineswegs steigen. Ja, die inländischen Exporteure haben sogar ein Interesse daran, den Konkurrenzvorsprung, der ihnen aus dieser Differenz zwischen Preisen und Valuta erwachsen ist, zu erhalten. Viele Staaten benötigten einige Zeit für eine entsprechende Senkung ihrer Großhandelspreise bei einer überhöhten Stabilisierung; Frankreich und Belgien dagegen konnten jahrelang aus dieser Lage für ihren Devisenbestand und Außenhandel Nutzen ziehen.

---

52. Vgl. S. 25.

Nun verlaufen zwar auf die Dauer Groß- und Kleinhandelspreise infolge der Kostenverbundenheit der Güter parallel, jedoch lehrt die Erfahrung der Zeit nach dem Weltkriege, daß immerhin während zweier Jahre divergierende Bewegungen möglich sind. Für das Ausmaß des Gleichlaufs von Großhandels- und anderen Warenpreisen oder von „nationalen und internationalen" Gütern ist, was auch Haberler [53] mit Recht annimmt, die Größe des Anteils entscheidend, den der Außenhandel am Gesamtumsatz der Wirtschaft hat. Haberler glaubt, daß dieser Anteil sehr beträchtlich sei, und kommt daher ganz allgemein zu einem engen Preiszusammenhang zwischen den beiden erwähnten Warenkategorien. Tatsächlich jedoch hat der Außenhandel in den Vereinigten Staaten von Amerika nach Haberler selbst nur einen Anteil von 5—8 % und in Deutschland [54] einen solchen von 7—8 %. Es kann also ein geringes Steigen der Rohstoffpreise für die übrigen Warenpreise nur ganz geringe Folgen haben. Steigt demnach die fremde Valuta, so führt die Erhöhung der Preise der importierten Waren nur langsam zu einem Preisanstieg bei den restlichen Waren. Sinkt dagegen die fremde Valuta ab, so führt die Preissenkung der importierten Rohstoffe durchaus nicht immer zu einer Verbilligung der Preise der aus jenen hergestellten Fertigwaren, sondern wird sehr oft auf dem Wege zum Fertigerzeugnis von den beteiligten Wirtschaftsstufen (Importeur, verarbeitende Industrie, Großhandel, Kleinhandel usw.) zur Gewinnerhöhung benutzt, soweit der Wettbewerb dies zuläßt.

Immer aber bleibt zu beachten, daß eine Veränderung der Wechselkurse wie die Veränderung eines generellen Zollsatzes wirkt. Ebenso wie bezüglich des Einflusses der Zölle auf die Preise ist auch bei Schwankungen der Valuta die Preisentwicklung von der Elastizität auf der Angebots- und Nachfrageseite abhängig. Die bedeutendsten hier in Betracht kommenden Fälle werden von Volwassen [55] wie folgt dargestellt:

A. Der Einfluß einer sinkenden Valuta auf die Einfuhrpreise:

---

53. Vgl. Haberler a. a. O., S. 32.
54. Vgl. hierzu auch Jessen a. a. O., S. 56.
55. Volwassen a. a. O., S. 37.

a) Bei starrer inländischer Nachfrage (Elastizität: null) werden die Importeure — diese können aber doch wohl auf Verbraucher abwälzen?! — die volle Last der Valutaverschlechterung zu tragen haben, wenn keine Konkurrenz des ausländischen Angebots vorhanden ist.

b) Bei einer inländischen Nachfrageelastizität, die kleiner als eins ist, muß der ausländische Exporteur einen Preisnachlaß gewähren; dessen Größe wird bei unelastischem ausländischem Angebot größer und bei elastischem Angebot kleiner sein, bzw. die Preiserhöhung im Inland wird geringer oder größer sein müssen.

c) Bei einer Elastizität der inländischen Nachfrage, die größer als eins ist, wird der Preisanstieg im Inland im Falle eines unelastischen ausländischen Angebots sehr gering sein, während bei elastischem Angebot die Einfuhr entsprechend sinkt.

B. Der Einfluß einer steigenden Valuta auf die Einfuhrpreise:

a) Im Falle einer starren inländischen Nachfrage und eines starren ausländischen Angebots wird der Preis der Einfuhrwaren stärker sinken als bei elastischem Angebot (z. B. wenn Kartelle die dem valutastarken Lande sonst zugute gekommene Verbilligung durch eine Preiserhöhung wettmachen).

b) Bei einer elastischen Nachfrage und einem starren Angebot werden die Einfuhrpreise weniger als unter den vorher erwähnten Umständen sinken.

c) Wenn die Nachfrageelastizität sehr groß ist und das ausländische Angebot unter Kostendegression steht, können die Preise besonders stark fallen.

Was hier von der Einfuhr gesagt wurde, gibt, vom Ausland her betrachtet, auch entsprechende Anhaltspunkte für die Entwicklung der Ausfuhr.

Zum Begriff der Elastizität von Angebot und Nachfrage ist noch zu sagen, daß in ihm auch die Tatsache enthalten ist, daß in ein Land mit abgesunkener Valuta eingeführte Waren dort auf Konkurrenz treffen — also ein Fall von Nachfrageelastizität; denn die importierten Waren können nicht teurer sein als die im

Einfuhrland hergestellten konkurrierenden Erzeugnisse —, oder daß nach diesem Staat lediglich ein geringer Prozentsatz der Ausfuhr exportiert wird, so daß den Exporteuren der Verzicht auf eine Ausfuhr nach diesem Land verhältnismäßig nicht schwer fällt, demnach ein Fall von Angebotselastizität. Hat das Sinken der Valuta eine Inflationspsychose zur Folge, so wird infolge der einsetzenden Flucht in die Sachwerte die Geldumlaufsgeschwindigkeit größer und es liegt ein Steigen der Preise im Bereiche der Möglichkeit, welches im Falle einer vermehrten Notenausgabe noch größer wird, was auf die Elastizität der Nachfrage von ebensolchem Einfluß ist, wie ihn umgekehrt eine einkommenvermindernde Krise ausübt. Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang jedoch, daß eine Verschlechterung der Valuta durchaus nicht notwendig eine Vermehrung des Notenumlaufs nach sich zieht, wie wiederholt angenommen wurde.[56]

Die Ansicht Schmidts,[57] daß die infolge Steigens der fremden Valuten verringerte Einfuhr und vermehrte Ausfuhr dazu führe, daß ein kleineres Angebot von Gütern einer gleichen Geldmenge gegenüberstehe und so ein Steigen der Preise zur Folge habe, während dagegen, wenn die eigene Valuta steige, die Einfuhr vergrößert und die Ausfuhr verringert werde und so infolge des jetzt vermehrten Warenangebots im Inland die Preise sänken, ist in dieser Verallgemeinerung abzulehnen. Dies beweist deutlich der Umstand, daß bei einer passiven Zahlungsbilanz eines Landes mit freier Papierwährung zum mindesten eine Neigung zur Preissteigerung zu verzeichnen ist, bei einem Lande mit Metallwährung alten Stils dagegen der Abfluß von Metall zu einer Preissenkung führt.

Sind die Elastizitätsverhältnisse derart, daß die Einfuhrwaren, besonders Rohstoffe, um das volle Ausmaß der Valutasenkung teurer werden, so steigen die Preise der inländischen Fertigerzeugnisse je nach dem Anteil, den die Rohstoffe an den fertigen Produkten haben.

---

56. Vgl. z. B. Karl Helfferich: „Das Geld." 6., neubearb. Aufl. Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften, I. Abt., 8. Bd., T. 1. Leipzig 1923.

57. F. Schmidt: „Der Zahlungsverkehr." 2. Bd.: „Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse." 2. durchges. u. erg. Aufl. Leipzig 1922, S. 182 f.

Die Politik des Festhaltens an einer überhöhten Valuta, um so die Preise stabil zu halten, kann leicht zu Preissteigerungen führen; denn die sinkende Ausfuhr hat notwendigerweise eine verringerte Einfuhr zur Folge, so daß die Importwaren knapp und damit teurer werden. Schließlich führt dann die schwierige Exportlage dazu, die Ausfuhr durch eine allgemeine Umlage auf die Wirtschaft zu finanzieren.

2. Die Tendenz zur automatischen Korrektur von Wechselkursbewegungen.

Bevor ich darstelle, in welchem Umfang sich Schwankungen der Wechselkurse von selbst ausgleichen,[58] möchte ich im folgenden kurz auf die Ursachen der Valutabewegungen eingehen:

Wird die Veränderung des Valutakurses durch einen Druck auf die Zahlungsbilanz hervorgerufen, so möchte ich mich im wesentlichen auf das beziehen, was ich bezüglich der Angebots- und Nachfrageelastizität im In- und Ausland erwähnte. Ist z. B. im Falle eines Sinkens der eigenen Valuta die einheimische Nachfrage generell unelastisch, so steigen die Einfuhrwerte dieser Waren und bilden so ein Hindernis für ein Ansteigen des Wechselkurses der eigenen Valuta. Besonders gilt dies auch, falls zur gleichen Zeit die Nachfrage im Ausland nach den inländischen Produkten starr ist oder doch mindestens eine Elastizität besitzt, die kleiner als einst ist. Zu dem wertmäßigen Steigen der Einfuhr gesellt sich somit ein wertmäßiges Absinken der Ausfuhr und verschlimmert so die Situation. Weist aber die Nachfrage des In- und Auslandes eine große Elastizität auf, so zeigen auch die Wechselkurse eine starke Neigung zu sinken. Steigt dagegen die eigene Valuta, so besteht entsprechend im Falle unelastischer in- und ausländischer Nachfrage eine starke Beharrungstendenz der Valuta und bei einer in- und ausländischen Nachfrage, deren Elastizität größer als eins ist, eine starke rückläufige Bewegung der Valuta.

Nun ist aber tatsächlich die Elastizität von Angebot und Nachfrage bei fast jeder Ware eine andere, so daß es vollkommen unmöglich erscheint, auch nur annäherungsweise die ge-

58. Vgl. Volwassen, a. a. O., S. 39 ff.

samten Preissummen der importierten und exportierten Waren, die für die schließliche Gestaltung der Valutakurse von entscheidender Bedeutung sind, zu bestimmen. Außerdem ist es äußerst diffizil, alle diejenigen Waren herauszuheben, bei denen ein Schwanken der Valuta ausreicht, damit sie entweder vom Im- und Export ausgeschlossen oder für Ein- und Ausfuhr geeignet werden [59]

Ist eine Preisschwankung des Währungsmetalls die Ursache für die Veränderung der Wechselkurse, so reagieren diese anders. Auch hier sind zwei Fälle zu unterscheiden:

1. Es besteht keine Prägefreiheit, und das Währungsmetall, beispielsweise Silber, wird überwiegend gehortet. Wenn nun der Silberpreis sinkt, so werden die Schuldner des Silberlandes solange mit Silber an Stelle von Devisen zahlen, bis infolge der geringeren Nachfrage nach Devisen der Valutakurs auf den niedrigeren Silberpreis sinkt. Gleitet er tiefer ab, so bietet es größeren Vorteil, wenn man mit Devisen statt mti Silber zahlt, bis der Valutakurs wieder auf die Höhe des Silberpreises gestiegen ist. Steigt der Preis des Silbers im Falle seiner Remonetisierung, so geschieht das gleiche. Es besteht eine Nachfrage nach den Devisen des Silberlandes, beispielsweise, um den Unterschied zwischen Silberpreis und Valutakurs auszunutzen oder die Silberausfuhr zu bezahlen, bis jener Unterschied infolge Steigens der Valuta verschwunden ist. Erscheint nun, wie ich annehme, die vermehrte Ein- bzw. Ausfuhr von Silber nicht in vollem Ausmaß in einer Veränderung der Zahlungsmittelmenge, so kann sich auch das Preisniveau nicht verändern und einen der Valutabewegung entsprechenden neuen Stand — durch Preissenkung bei gestiegener und Preissteigerung bei gesunkener Valuta — einnehmen. In Staaten mit Papierwährung herrscht dann eine ähnliche Situation; allerdings ist es im Falle einer Papierwährung unmöglich vorherzubestimmen, welchen Stand der Valutakurs einnehmen wird, während bei Ländern mit Silberwährung, wie oben gezeigt wurde, dieses Niveau durch die Höhe des Silberpreises eindeutig festgelegt wird. Weil die Preise aus den

59. Diese Waren werden von Haberler, a. a. O., S. 32 ff., potentielle Welthandelsgüter genannt.

oben erwähnten Gründen im Silberland nur verhältnismäßig geringen Änderungen unterworfen sind, zeigt sich im Falle der gestiegenen Valuta eine Neigung zum Sinken und bei gesunkener Valuta durch Erhöhung des Exports und Verringerung des Imports eine Neigung zur Valutasteigerung. Da allerdings derartige Tendenzen umgehend durch Silberbewegungen kompensiert werden, gelangen sie nie zur vollen Auswirkung.

2. Führt dagegen der Im- bzw. Export von Silber zu einer entsprechenden Veränderung der Zahlungsmittelmenge, hat also das Silber in erster Linie die Funktion des Geldes, so hebt im Falle eines Absinkens des Silberpreises und der Valuta die importierte Silbermenge das Preisniveau bzw. umgekehrt, so daß ein neues Gleichgewichtsverhältnis zwischen Valuta und Preisen und damit eine neue Ruhelage entsteht, ohne daß wie vorher eine dauernde Tendenz zu einem Saldo der Handelsbilanz, verbunden mit erneuten Silberbewegungen, einzutreten braucht. Jedoch werden bestimmte Verlagerungen im Außenhandel vor sich gehen, da die Preissteigerung nicht sofort und gleichmäßig erfolgt. Tritt im Falle eines Anziehens des Silberpreises und der Valuta eine Hemmung des Exports und eine Verstärkung der ausländischen Konkurrenz ein, und ist eine Neigung zur Deflation die Folge, besonders wenn das Zahlungsmittel Silber abfließt, so führt dies zu bedeutenden Spannungen, vor allem in der Binnenwirtschaft (vgl. das Beispiel Chinas).

3. Die Beeinflussung der Wechselkurse durch Preisbewegungen.

Der eben dargestellte Fall [60] einer durch eine Preisänderung des Währungsmetalls verursachten Änderung des Valutakurses, die zu keiner entsprechenden Bewegung der Warenpreise führt, steht vollkommen im Widerspruch zur Theorie der Kaufkraftparitäten, welcher eine infolge einer allgemeinen in- oder ausländischen Preisbewegung entstandene Valutakursänderung entspricht.

---

60. Vgl. Volwassen, a. a. O., S. 41 ff.

Im folgenden möchte ich zeigen, daß auch eine Änderung der Warenpreise nicht in gleicher Art und Weise auf die Valuta wirkt, sondern daß die Bewegung der Valuta der Erhöhung der Preise zeitlich vorangeht oder ihr nachfolgt. Ein zu rascher Verfall des Geldwerts beispielsweise kann zu einer Inflationspsychose der in- und ausländischen Bevölkerung und damit zu einer Veräußerung aller irgendwie abzustoßenden Forderungen gegen das valutaschwache Land und starker Nachfrage nach Devisen anderer Staaten führen. Darüber hinaus ist die Art der Preissteigerung für das Ausmaß der Geldentwertung entscheidend; denn wird der vermehrte Notenumlauf durch binnenwirtschaftliche Zwecke des Staates bzw. der Wirtschaft verursacht, so ist eine unmittelbare Erhöhung der Einkommen der Verbraucher und damit ein Steigen der Warenpreise zu verzeichnen, während das Absinken der Valuta keinen so großen Umfang annimmt. Wird dagegen die Notenvermehrung zur Steigerung des Imports oder zur Abtragung von Auslandsschulden benutzt, so fließt die neugeschaffene zusätzliche Kaufkraft so rasch wie möglich zum Devisenmarkt und führt so dazu, daß die ausländische Valuta schneller anzieht als die inländischen Warenpreise. Deutschland machte beide Stadien durch; von 1915 bis 1922 sank der Markkurs in geringerem Tempo, 1922/23 jedoch rascher, als die Preise anzogen. Für die Entwicklung in der ersten Phase war die Sperrung des Imports während der Kriegszeit und der folgenden Periode, für die der zweiten die Spekulation entscheidend. In der zweiten Etappe stieg der Notenumlauf so stark an, daß nur die Devisenkurse einen Maßstab für die inländischen Preisfestsetzungen bildeten. Lediglich im Falle einer solchen freigebigen Notenausgabe, wie sie zu jener Zeit vor sich ging, erfolgt eine so vollkommene Übertragung einer Entwertung der eigenen Valuta auf die Warenpreise. Auch wenn alle Preise sich im gleichen Ausmaß ändern, ändert sich die Valuta nicht im gleichen Umfange. Keynes[61] betont mit Recht die entscheidende Bedeutung der Elastizität der ausländischen Nachfrage. Ist diese im Falle einer allgemeinen und gleichen Senkung der Preise kleiner als eins, so

61. Vgl. „The Economic Journal . . ." London, Bd. 39 (1929), S. 1 ff., 172 ff., 179 ff., 400 ff., 404 ff.; — Keynes: „Vom Gelde . . ", S. 268.

sinkt die Ausfuhr wertmäßig, steigt jedoch mengenmäßig. Wenn die ausländische Nachfrage vollkommen unelastisch ist, bleibt die Ausfuhr mengenmäßig konstant, sinkt aber wertmäßig um den Prozentsatz der Preissenkung. Wenn endlich die Elastizität der ausländischen Nachfrage größer als eins ist, ist ein mengen- und wertmäßiges Ansteigen der Ausfuhr zu verzeichnen.[62]

Auf die Wechselkursgestaltung dagegen ist das von Taussig[63] und der angelsächsischen Nationalökonomie so genannte „Bruttoaustauschverhältnis", d. h. das Verhältnis der Preissummen, und zwar der Ausfuhrwerte zu den Einfuhrwerten, insofern von entscheidendem Einfluß, als die Valuta ansteigt, wenn das Bruttoaustauschverhältnis größer wird, jedoch sinkt, wenn es kleiner wird. Das Verhältnis zwischen Einfuhr- und Ausfuhrpreisen, das „Nettoaustauschverhältnis", wird in der englischen Literatur auch als „reales" bezeichnet. Der Ansicht, daß die Wechselkurse durch die Preisbewegung von Außenhandelswaren maßgeblich beeinflußt würden, ist folgendes entgegenzuhalten: Die Preise der Außenhandelswaren ändern sich nicht isoliert von den Preisen der anderen Waren. Ändern sich aber die Preise aller Güter, so würde nach der Theorie ein Absinken der ausländischen Preise gegenüber den inländischen für die eigene Valuta vorteilhaft sein, was sowohl den tatsächlichen Verhältnissen widerspricht als auch die Theorie der Kaufkraftparitäten umkehrt. Außerdem gibt es nicht einfach Außenhandelswaren als solche; denn es kommt auf Valutastand und Preisgestaltung an, ob eine Ware Außenhandelsware ist oder nicht. Und schließlich hat eine Senkung der Importwaren bzw. ein Anziehen der Preise der Exportwaren, selbst wenn tatsächlich eine isolierte Preisbewegung bei den zu einem bestimmten Zeitpunkt im Außenhandel befindlichen Gütern besteht, lediglich unter der Voraussetzung einen Valutaanstieg zur Folge, daß die in- und ausländische Nachfrage starr ist oder doch wenigstens eine Elastizität besitzt, die kleiner als eins ist.[64] Wenn die Elastizität

62. Vgl. auch die Ausführungen auf S. 33 f.

63. Vgl. F. W. Taussig: „Theorie der internationalen Wirtschafts-Beziehungen." Deutsch umgearb. und erg. von Melchior Palyi. Leipzig 1929, S. 138.

64. Hierbei möchte ich noch darauf aufmerksam machen, daß eine

größer als eins ist, führt ein Preisanstieg der Ausfuhrwaren zu einem stärkeren Rückgang der Ausfuhr, als der Preiserhöhung entsprechen würde, und zu einem im Verhältnis zur Preissenkung der Auslandswaren stärkeren Importanstieg. Auf diese Weise verändert sich aber das Bruttoaustauschverhältnis zugunsten des Inlands und die Valuta sinkt. Die Situation ist entsprechend, wenn die Preise der Exportwaren niedriger werden und die der Importwaren anziehen. Ein Sinken der Preise der Einfuhrwaren und ein Ansteigen derjenigen der Ausfuhrwaren führt deshalb nicht zu einem Absinken der Valuta um den Prozentsatz der Preisveränderung, weil dieses sogleich zur Folge hat, daß potentielle Ausfuhrwaren [65] zur Ausfuhr gelangen und andererseits die importierten Konkurrenzwaren verdrängt werden — was genau genommen unter eine elastische Nachfrage fällt. Entsprechend bewirkt die Tatsache, daß im Falle einer isolierten Verbilligung der Ausfuhrwaren und einem Anziehen der Preise der Einfuhrwaren und bei Annahme einer elastischen Nachfrage solche ausländische Waren, deren Preise nicht gestiegen sind, importiert werden, und durch das Anziehen der Valuta die billiger gewordenen Exportwaren verteuert und die teurer gewodenen Importwaren verbilligt werden, eine alsbald eintretende Hemmung für den Valutaanstieg.

Ist die Nachfrageelastizität kleiner als eins und verändert sich das Austauschverhältnis zugunsten des Inlands, so ist es möglich, daß eine Neigung zu einer dauernden Verbesserung der Valuta entsteht, da der Anstieg der Valuta die Preise der Einfuhrwaren senkt und so ein Anziehen des Valutakurses bewirkt.

Die in den obigen Ausführungen genannten Ursachen einer andersartigen Bewegung des Preisniveaus im In- und Ausland wirken lediglich bei normalen Veränderungen der Preise. Für Perioden sehr starker Geldentwertung gilt die schon von Ricardo getroffene Feststellung, daß in solchen Epochen der Wechselkurs den Maßstab für die Geldentwertung bildet, die sogenannte Inflationstheorie.

---

entsprechende Handelspolitik aus einer elastischen Nachfrage eine unelastische machen kann.

65. Vgl. hierzu Haberler, a. a. O., S. 32.

V. Endgültige Formulierung der Theorie der Kaufkraftparitäten.

Die Theorie der Kaufkraftparitäten[66] ist nicht so zu verstehen, daß im Gleichgewichtszustand die Kaufkraft des Geldes, der objektive Geldwert bzw. das Preisniveau in allen Staaten die gleiche a b s o l u t e Höhe haben muß. Vielmehr sind lokale Unterschiede vorhanden, so daß die Theorie lediglich im Sinne einer parallelen Bewegung der Preisniveaus der verschiedenen Staaten gilt.[67] Nur bezüglich der Preise der international gehandelten Güter existiert ein direkter und strammer Zusammenhang der Bewegung. Jedoch ist ein enger Zusammenhang zwischen dem generellen Preisniveau eines jeden Landes und den internationalen Preisen vorhanden, so daß demnach auch die generellen Preisniveaus der verschiedenen Staaten vermittels des Bindeglieds der internationalen Preise in einem eindeutig bestimmten Verhältnis stehen.

Ist N_1 das generelle Preisniveau im Staate 1, N_2 das des Staates 2, W der Wechselkurs, d. h. der in Geldeinheiten des Staates 1 ausgedrückte Wert einer Geldeinheit des Staates 2 und ist u der Unterschied des objektiven Geldwerts bzw. der Kaufkraft zwischen 1 und 2, dann ist: $N_1 = N_2 \cdot u$. Es ist also

$$W = \frac{N_1}{N_2 \cdot u} .$$

Das Verhältnis der Preisniveaus, die Kaufkraftparität, ist $\frac{N_1}{N_2}$ und u stellt die Abweichung hiervon dar. Werden zwei durch x und y gekennzeichnete Zeitpunkte betrachtet, dann ist

$$W_x : W_y = \frac{N_1}{N_{2_x} \cdot u_x} : \frac{N_1}{N_{2_y} \cdot u_y} .$$ Ist $u_x = u_y$, d. h. ist die Abweichung von der Kaufkraftparität gleichgeblieben — was der Fall ist, wenn das generelle Preisniveau in jedem Staat dem

66. Vgl. Haberler, a. a. O., S. 34 ff.

67. Vgl. A. C. Pigou: „The foreign exchanges" in „Essays in applied economics", London 1930, und in „The Quarterly Journal of economics", November 1922.

Niveau der internationalen Preisniveaus parallel verläuft —, so ist $W_x : W_y = \frac{N_{1x}}{N_{1y}} : \frac{N_{2x}}{N_{2y}}$, d. h. die Wechselkurse verändern sich im gleichen Verhältnis wie die Preisniveaus, d. h. parallel zur Kaufkraftparität. Ist das Preisniveau des Staates 2 konstant geblieben, also $\frac{N_{2x}}{N_{2y}} = 1$, und herrscht im Staate 1 eine Inflation, so ist die folgende die einfachste Formulierung der Theorie der Kaufkraftparitäten $\frac{W_x}{W_y} = \frac{N_{1x}}{N_{1y}}$. Aus der Bewegung des Wechselkurses ist also die Veränderung des Preisniveaus, des objektiven Geldwerts, der Kaufkraft des Geldes zu ersehen. Nun ist die Theorie der Kaufkraftparitäten dann als richtig anzusehen, wenn u, die Abweichung von der Kaufkraftparität, sich nicht ändert, also Gesamtpreisniveau und Niveau der internationalen Preise sich parallel bewegen. Je umfangreicher die Liste der in den zwischenstaatlichen Austausch gelangenden Waren ist, desto eher wird eine Parallelität der Bewegung zu verzeichnen sein[68] und umgekehrt. Die Handelsbeziehungen zwischen dem Staat A und dem Staat B bestehen z. B. darin, daß A bestimmte Industrieerzeugnisse (Chemikalien z. B.) nach B und B Agrarprodukte (Baumwolle z. B.) nach A in der gleichen wertmäßigen Höhe ausführt. Wenn jetzt A mehr Agrarprodukte braucht, so daß es mehr und teurer einführt,[69] muß es nun entweder den Kurs der Valuta von B anziehen lassen — wodurch die Ware des Staates B teurer und die des Staates

68. Vgl. Haberler, a. a. O., S. 35 Anm. 1.

69. Von ähnlicher Wirkung wären 1. andere Verschiebungen der Nachfrage von Binnenhandelsgütern auf internationale Güter und umgekehrt in einem der beiden Staaten und 2. Verschiebungen auf seiten des Angebots (Kosten) verbunden mit einer von eins verschiedenen Elastizität der Nachfrage. Ist diese gleich eins, so ändert sich bei einem Sinken der Kosten und des Preises der Ausfuhrware der Ausfuhrwert nicht und die Kaufkraftparität ist ebenfalls die gleiche geblieben, da dieselben Preise in beiden Ländern parallel gesunken sind. Ist aber die Elastizität der Nachfrage von eins verschieden, so liegt eine Störung der Zahlungsbilanz vor und es handelt sich um den im Text behandelten Fall.

A billiger werden würde, so daß das gestörte Gleichgewicht der Zahlungsbilanz wieder hergestellt sein würde — oder den Kurs der Valuta von B durch Verringerung der Geldmenge stabil halten (bei Papierwährung vermittels Kreditkontraktion, bei Goldwährung automatisch vermittels Goldabflusses). In beiden Fällen entsteht im Lande A eine Deflation, die Preise — auch der zur Ausfuhr nach B gelangenden Industrieerzeugnisse — sinken, so daß B mehr Waren aus A beziehen würde. Der Preis für die von B nach A ausgeführten Agrarprodukte dagegen zieht im Verhältnis zu den in B herrschenden Preisen an, so daß B weniger aus A einführt und derart die Zahlungsbilanz wieder ausgeglichen wird.[70] In beiden Fällen wird von der alten Kaufkraftparität abgewichen, da das Preisniveau im Lande A im Verhältnis zu dem des Landes B gesunken ist. Im Lande A ist ein Absinken des nationalen Preisniveaus im Verhältnis zum internationalen Preisniveau zu verzeichnen, da der Preis der aus B eingeführten Waren im Verhältnis zu den Preisen der Binnenhandelsgüter angezogen hat. Da der Preis für die zur Ausfuhr nach B gelangenden Waren im Verhältnis zu den im Lande A geltenden Preisen konstant geblieben ist, während der Preis der aus B eingeführten Waren anzog, ist die eine Komponente des internationalen Preisniveaus gleich geblieben, die andere dagegen gestiegen, so daß das internationale Preisniveau gleichfalls angezogen hat. Im Lande B ist dagegen ein Absinken des Niveaus der internationalen Preise im Verhältnis zum allgemeinen Preisniveau zu verzeichnen. Der Faktor u in der oben erwähnten Formel hat sich verändert; also wäre die Theorie der Kaufkraftparitäten unrichtig.[71] Es werden allerdings wohl kaum bei einer engen weltwirtschaftlichen Verflechtung derart starke Verschiebungen der Niveaus der nationalen und der internationalen Preise binnen kurzer Zeit eintreten, jedoch leicht innerhalb einiger Jahre.[72]

Der Grundgedanke der Theorie der Kaufkraftparitäten, daß die Preissysteme — nicht die Preisniveaus — der Volkswirtschaften der einzelnen Länder eng zusammenhängen, bleibt

70. Vgl. auch Haberler, a. a. O., S. 36 Anm. 2.
71. Vgl. Haberler, a. a. O., S.36 Anm. 4.
72. Vgl. Haberler, a. a. O., S. 36 Anm. 5.

aufrechterhalten.[73] Außerdem bleibt von der Theorie der Kaufkraftparitäten die Einsicht übrig, daß:

1. monetäre Einflüsse, d. h. Vermehrung der Geldmenge, Inflation, einerseits und Verminderung der Geldmenge, Restriktion oder Deflation, anderseits keinerlei Bedeutung für das u in unserer Formel haben. Von Ausnahmen abgesehen verändert eine Geldvermehrung nicht das Verhältnis der Nachfrage nach Binnenhandelswaren und nach internationalen Waren. Bleiben Technik und Konsumgewohnheiten konstant, führt also eine Inflation zu einem annähernd gleichen Anziehen des nationalen und des internationalen Preisniveaus. Bei starker Inflation bildet der Wechselkurs den Maßstab für die Geldentwertung. Bei den Inflationen der Kriegs- und Nachkriegszeit wurden eventuelle Nachfrageverschiebungen von den monetären Einflüssen vollkommen überdeckt.

2. bleibt die Einsicht übrig, daß man jederzeit vermittels Regulierung der Geldmenge den Wechselkurs stabilisieren und Einflüsse ausgleichen kann, die in Verschiebungen der wechselseitigen Nachfrage ihren Ausgangspunkt haben und dazu neigen, ihn vom gewünschten Niveau abzudrängen. Es handelt sich hier letzten Endes lediglich um eine praktische Anwendung des Falles 1.

In ausreichendem Maße wurden bisher die Preisniveaus der einzelnen Länder in ihren Zusammenhängen nicht untersucht. Dies liegt auch daran, daß die theoretischen Grundlagen bisher noch nicht genügend klargestellt wurden. Im allgemeinen wurden die Bewegungen der Großhandelsindizes der einzelnen Staaten miteinander verglichen, wobei man eine zu erwartende und nichtssagende Übereinstimmung feststellte: besteht doch der Großhandelsindex aus Preisen von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Nahrungsmitteln, demnach fast sämtlich internationaler Waren, deren übereinstimmende Bewegung einfach natürlich ist und erst gar nicht überprüft zu werden braucht. In Zeiten der Geldvermehrung sind größere und dauernde Abweichungen von der Regel zu verzeichnen.

---

73. Dieser Zusammenhang der Preissysteme ist nicht als Gleichheit der Preisniveaus aufzufassen.

Wichtiger ist die Parallelität der Bewegung der Kleinhandels- und Lebenshaltungsindizes der einzelnen Staaten, da es sich bei Kleinhandelswaren um ausgesprochene Binnenhandelswaren handelt; sie stellen das Produkt aus Großhandelsgütern, Transportgütern und Dienstleistungen des Kleinverkaufs dar. Es besteht allerdings ein absoluter Unterschied der Lebenshaltungskosten und Kleinhandelspreise verschiedener Staaten, dessen Hauptursache höchstwahrscheinlich in Qualitätsunterschieden zu finden ist. Zum Begriff der Qualität ist außer der Eigenschaft der Ware selbst die Verpackung, die Art der Bedienung, die Einrichtung der Verkaufsräume u. ä. zu rechnen. Ein weiterer Preisunterschiede begründender Faktor sind die Kosten des Detailverschleißes. Hinzu kommen Steuervorschriften, eine eventuelle Ladensperre, mietrechtliche Bestimmungen usw. Aus allen diesen Gründen kann sehr leicht eine absolute Diskrepanz der Lebenshaltungskosten und Kleinhandelspreise in den verschiedenen Staaten, aber auch ein Auseinanderklaffen ihrer Bewegungen erfolgen, wodurch ein Vergleich äußerst erschwert wird.

Auch einem Vergleich der Preise einzelner Waren verschiedener Staaten und Märkte bieten sich starke Hindernisse, da nur vollkommen unzulängliche Daten bezüglich des weitaus größten Teils der Waren vorhanden sind. Für eine sorgfältige Untersuchung der Zusammenhänge der Preise sind aber (kaum erreichbare) tägliche oder zum mindesten wöchentliche Preisnotierungen erforderlich. Auch wären hier Qualitätsunterschiede, Verschiedenheiten der Usancen der einzelnen Märkte, eventuelle Rabatt- und Kreditgewährung u. dergl. zu beachten.

3. Kapitel: Wirkung der Währungsentwertung auf das Preisniveau.

Wohl die umstrittenste Frage [74] innerhalb des ganzen Abwertungsproblems ist, ob und in welchem Ausmaß eine Währungsverschlechterung die Preise im Inlande steigen und die in der Welt sinken läßt, und vor allem ob und in welchem Ausmaß sich Wirkungen auf die einzelnen Exportwaren ergeben.

74. Vgl. hierzu S. E. Harris: „Auswirkungen der Währungsabwertung".

Da den Ausgangspunkt der kreditären und monetären Maßnahmen [75] eine wirtschaftliche Depression bildet, existieren starke Reserven an Produktivkräften, deren Einbeziehung in den wirtschaftlichen Umlauf durch Vermehrung des Güterangebots von großem Einfluß auf die Bildung der Preise ist. Bezüglich der Preisentwicklung ist zwischen der direkten Wirkung durch die Heraufsetzung der Devisenkurse und der durch Krediterweiterung und Steigerung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ausgeübten Wirkung zu unterscheiden. Die Entwertung erhöht unmittelbar die Preise der Auslandswaren und führt so zu der zum Ausgleich der Zahlungsbilanz erforderlichen Einschränkung der Einfuhr. Das Ausmaß der Verteuerung der eingeführten Waren stuft sich nach den Verarbeitungsstufen ab, die die Ware noch im Inland durchzumachen hat, bis sie zum Verbrauch gelangt. Die Stufenfolge der durch die Währungsentwertung verteuerten Waren sieht also so aus, daß am stärksten eingeführte Fertigerzeugnisse im Preis steigen. Hier erhöht sich zum mindesten der Großhandelspreis um das volle Ausmaß der Entwertung. Am geringsten ist die Preissteigerung bei Waren, für deren Produktion die Verwendung ausländischer Rohstoffe nicht erforderlich ist. Von dem Anteil der ausländischen Waren am Verbrauch des Inlands hängt das Ausmaß des Anstiegs des Preisniveaus, besonders aber der Lebenshaltungskosten, ab.

Unabhängig von der Entwertung ist der Einfluß der mit ihr zusammenhängenden Änderungen des Kreditsystems des entwertenden Landes. Fast stets steigt die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes; auch das Kreditvolumen weitet sich aus. Diese Erschei-

---

Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Andreas Predöhl. 44. Band, September 1936, Heft 2, S. 252 ff. Harris kündigt auch das baldige Erscheinen einer eingehenden Untersuchung der im folgenden näher behandelten Probleme (Cambridge, Mass., 1936) an. — Vgl. auch die Ausführungen S. 33 f., 39 f. dieser Arbeit.

75. Vgl. Hans Gestrich: „Geldpolitik und Weltwirtschaft. Eine Untersuchung der weltwirtschaftlichen Konsequenzen monetärer Konjunkturpolitik." Zwischenstaatliche Wirtschaft. Voraussetzungen und Formen internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Herausgegeben im Auftrage der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von Herbert von Beckerath-Bonn. Heft 10. Berlin 1934, S. 37 ff.

nungen beeinflussen nicht nur die Märkte mit ausländischen Waren, sondern auch die anderen Märkte, allerdings nicht alle gleichmäßig. Es kommt hier sehr auf die Methode der Krediterweiterung an (öffentliche Arbeiten, Deckung eines Defizits des öffentlichen Haushalts, private, durch Krediterleichterung ermutigte Investitionen z. B.). Ein erheblicher Teil der von der Kreditseite ausgehenden Wirkung äußert sich auch statt in einer Erhöhung der Preise, in einer Belebung der Umsätze. Hier ist es von Bedeutung, ob ein Ansteigen der Preise und Löhne durch Kartellmaßnahmen und Lohntarife begünstigt wird (NIRA-Politik in den Vereinigten Staaten von Amerika) oder ob die Entwicklung der Preise nicht beeinflußt wird. Eine mäßigende Preispolitik führt zu einem größeren Anstieg der Produktion, erzielt eine stärkere Vermehrung der Ausfuhr und hat eine erheblichere Abnahme der Arbeitslosigkeit zur Folge als eine bewußte Steigerung der Preise. Von wesentlicher Bedeutung ist auch die Art der wirtschaftlichen Struktur des Entwertungslandes. In einem Staat mit Monokultur, für den die Ausfuhr eines Erzeugnisses — gegen Einfuhr von Verbrauchsgütern — lebensnotwendig ist, wirkt selbstverständlich die Entwertung auf die Preise fast in ihrem vollen Ausmaß. Handelt es sich dagegen um einen hochindustrialisierten Staat, so hat der Einfluß der Währungsverschlechterung auf die Preise bedeutend kleineren Umfang.

Je elastischer Angebot und Nachfrage bezüglich einer bestimmten Exportware im Ausland und je unelastischer sie im Inland sind, desto weniger sinkt der Preis auf dem Weltmarkt, und desto höher steigt er im Inland. Selbstverständlich ist eine Betrachtung dieser bestimmenden Faktoren zusammen mit den variablen Faktoren erforderlich, welche für die allgemeinen Bewegungen der Preise bestimmend sind, und bei welchen staatliche Ausgabenpolitik und Zahlungsbilanz die größte Rolle spielen. Es ist nun durchaus möglich, daß, während die zuerst erwähnten Faktoren, die Angebots- und Nachfrageelastizitäten, preissteigernd wirken, doch ein Preisfall eintritt, weil eben die variablen Faktoren preissenkenden Einfluß hatten. Man muß auch beachten, daß die Elastizität der Nachfrage teilweise von der Höhe des Anteils eines Landes am Welthandel der in Be-

tracht kommenden Exportware und die Angebotselastizität teilweise von der Höhe des Anteils der Produktion für den Export an der gesamten Inlandsproduktion abhängig ist.

Bei den folgenden Ausführungen ist darauf zu achten, ob es sich um eine einzelne oder um mehrere Exportwaren handelt, da die aus der Untersuchung der Verhältnisse einer einzelnen Ware gezogenen Schlußfolgerungen nicht notwendigerweise für den Gesamtexport eines Staats gelten. Bezüglich der Gesamtausfuhr eines Landes ist wohl die Nachfrageelastizität bei einem gegebenen Wert des Exports desto größer, je zahlreicher die Exportwaren dieses Staats und die Absatzpunkte sind. In diesem Fall veranlaßt eine Vergrößerung des Absatzes nicht so schnell Abwehrmaßnahmen des Auslands, und die Exporteure können daher eher zu niedrigeren Preisen an das Ausland liefern.

Eine Exportvergrößerung durch Währungsverschlechterung hat ihre Grenzen, wenn der Staat bzw. die Staaten mit entwerteter Valuta nicht selbst ihre Importe erhöhen, Zusatzkredite leisten oder sonst, möglicherweise vermittels dritter Länder, ihre Abnehmer in den Stand setzen, höhere Einfuhrwerte zu bezahlen. Die Zahlungsbilanz muß also berücksichtigt werden, damit eine Beurteilung der Entwicklung bei einer größeren Zahl von Exportwaren oder beim Gesamtexport der Entwertungsländer erfolgen kann. Vor allem geeignet ist hier die Benutzung des Nachfrage- und Angebotsschemas für den internationalen Handel nach Marshall und Edgeworth. Für Staaten mit entwerteter Valuta dürfte sich zunächst eine ungünstige reale Tauschrelation ergeben.[76] Je elastischer die Nachfrage im Entwertungsland und je unelastischer sie im Ausland ist, desto ungünstiger für ersteres stellt sich die reale Tauschrelation dar. Nach Edgeworth wirkt sich bei elastischer ausländischer Nachfrage unter bestimmten Voraussetzungen eine technische Verbesserung für den sie vornehmenden Staat günstig aus. Dies kann auch für eine Valutaverschlechterung gelten, wenn auch bei einer Entwertung wohl kaum die gesenkten Angebotspreise auf dem Weltmarkt im gleichen Ausmaß durch eine Kostensenkung kompensiert werden können wie bei einer technischen Verbesserung. Auch muß

76. Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 39 f.

die Abhängigkeit der Elastizität von Größe, Bedeutung oder Zahl der Goldländer und der Entwertungsländer berücksichtigt werden. Nimmt ein kleiner Staat eine Verschlechterung seiner Währung vor, so ist die Elastizität seiner Nachfrage nach den Erzeugnissen der Länder mit stabiler Valuta, also aller anderen Staaten, gering. Entwerten aber mehrere große Staaten ihre Valuta, so ist die Elastizität ihrer Nachfrage nach den Erzeugnissen der Staaten mit fester Währung viel größer, da sie im allgemeinen gewillt und imstande sind, den Import von ausländischen Waren mit sinkenden Preisen zu erhöhen und zusätzliche Mengen von Exportwaren anzubieten, ohne daß durch diesen Exportanstieg die Kosten schnell und ausgedehnt ansteigen, da ja, in der eigenen Währung ausgedrückt, für die Exportwaren höhere Preise vom Ausland gezahlt werden. Wenn also mehrere große oder kleine Staaten oder auch nur ein einzelner großer Staat ihre Währung verschlechtern, so werden die infolge der Entwertung eingetretenen Vorteile durch die aus der weniger günstigen realen Tauschrelation resultierenden Verluste in einem größeren Masse kompensiert als bei einem kleinen Staat.

Der zusätzliche Import ausländischer Waren, der nach dem Anfangsstadium einer Währungsentwertung eintritt, kann der Elastizität der Nachfrage in den Staaten mit entwerteter Valuta zugeschrieben werden. Während zudem in letzteren die Nachfragekurven der ausländischen Waren zu einer Verschiebung nach rechts neigen, verschieben sich in den Goldwährungsländern die Nachfragekurven der eigenen Exportgüter nach links; denn hier ist neben einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation auch ein Absinken der Preise für Auslandswaren eingetreten. Gemäß der Theorie sinken dann in den Staaten mit fester Währung die Preise oder der Wert ihrer Währungen, oder die Preise in den Entwertungsländern steigen ausreichend oder teils die eine und teils die andere Bewegung erfolgt mit dem Ergebnis, daß zuletzt die übermäßige Ausfuhr aus den Entwertungsländern gesenkt oder bzw. und der Import aus den Goldwährungsländern erhöht wird. Außerdem verschiebt sich in den beiden Ländergruppen die Nachfrage entgegengesetzt.

Die hier untersuchten Probleme sind auch für die Theorie der unvollständigen [77] und der freien Konkurrenz von Bedeutung. Entwertet nur ein einzelner kleiner Staat seine Währung, so kann er seine Waren zu niedrigeren als Weltmarktpreisen exportieren. Wenn auch, da hier unvollständige Konkurrenz besteht, die Nachfragekurve seiner Ausfuhr bei jeder einzelnen Exportware negativ geneigt ist, so wird jedoch die Gesamtnachfragekurve seines Exports fast wagerecht gerichtet sein. Selbstverständlich ist es im Falle eines sehr starken Weltmarktanteils einer bestimmten Ware eines obgleich kleinen Staats anders, z. B. bei dem Zinnexport Boliviens. Im allgemeinen ist aber die Nachfragekurve für den Anteil eines kleinen Staats an einem gegebenen Weltmarkt sehr viel elastischer als die Nachfragekurve für die Waren aller Exportstaaten zusammen. Ein kleiner Staat kann demnach eher ohne erhebliche Zugeständnisse gegenüber den Weltmarktpreisen seinen Export stark erweitern als ein großer Staat oder eine Gruppe von Staaten.

Anderseits liegt auch ein Problem der Theorie der freien Konkurrenz vor. Da zwischen den einzelnen Staaten unvollständige Konkurrenz herrscht, ist es möglich, ihre Gesamtanteile am Weltangebot einer Ware nebeneinander zu betrachten. In den meisten Fällen besteht jedoch das Gesamtangebot jedes dieser Staaten aus den Teilangeboten sehr vieler einzelner Exporteure, zwischen denen freie Konkurrenz herrscht. Daher können im allgemeinen die tatsächlichen Verkäufer einer beliebigen Exportware des Entwertungslandes nicht die Folgen eines auf die Valutaverschlechterung folgenden Absinkens der Preise auf Preise und Angebot konkurrierender Staaten oder Gruppen berücksichtigen. Hierbei ist aber zu betonen, daß der einzelne Staat, soweit er in der Lage ist, seine Wechselkurse zu beeinflussen, die Folgen seiner eigenen Valutaentwertung und damit auch der niedrigeren Weltpreise seiner Exportwaren für die Währungspolitik und also auch für Exportpreise und Exportmengen der konkurrierenden Staaten berücksichtigt.

---

77. Vgl. E. Chamberlin: „The theory of monopolistic competition" Harvard Economic Studies. 38. Cambridge 1933, S. 30 ff., 117 ff.

Bei eingehender Betrachtung der Angebotselastizität der einzelnen Exportwaren ist zu beachten, daß die Elastizität für die Gesamtheit der Produkte nicht so groß ist wie für die einzelne Exportware.[78] Ist die Elastizität des Angebots groß, so führt die Währungsentwertung ceteris paribus eher zum Absinken des Weltmarktpreises der in Betracht kommenden Waren als zur Erhöhung des Preises in den Staaten mit entwerteter Valuta. Je geringer der Ausnutzungsgrad der Betriebe und je größer der Umfang der Lagervorräte, je leichter die Umstellung vom Inlands- auf den Auslandsabsatz und je geringer die Standardisierung der Erzeugnisse ist, desto größer ist die Angebotselastizität, und zwar ist diese für eine einzelne Exportware größer als für den Gesamtexport. Sie ist auch für eine einzelne oder für alle Exportwaren größer im Falle einer hauptsächlich für den Inlandsmarkt arbeitenden als im Falle einer zum größeren Teil für den Export eingerichteten Produktion. Es ist auch die zum Teil bestehende Abhängigkeit der Angebotselastizität für die Auslandsmärkte von der inländischen Elastizität der Nachfrage zu beachten. Ist diese groß, so werden durch die Inlandspreiserhöhung infolge der Valutaentwertung für die Auslandsmärkte größere Mengen freigesetzt als im Falle einer kleinen inländischen Nachfrageelastizität.

Der Faktor des Ausmaßes der nicht ausgenutzten Produktionskapazität muß eingehend untersucht werden. Ist z. B. das fixe Kapital im Vergleich zur laufenden Nachfrage groß, was in Zeiten wirtschaftlicher Depression leicht möglich ist, so lockt die Währungsentwertung zur Vergrößerung des Angebots auf

---

78. Vgl. F. W. Taussig: „International Trade." New York 1927, S. 346 ff; — Gottfried Haberler: „Der internationale Handel." Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften. 41. Berlin 1933; — F. Graham: „Exchange, prices and production in hyper-inflation: Germany 1920—1923." Publications of the International Finance Section of the Department of Economics and Social Institutions in Princeton University. 1. Princeton 1930, S. 222 ff.

Nach Taussig ist die Angebotselastizität für die Auslandsmärkte von der Verteilung des Absatzes zwischen In- und Auslandsmarkt, von den verfügbaren Lagervorräten und der Anpassungsfähigkeit der Produktion abhängig. Haberler betont die große Bedeutung der für die Anpassung der Produktion erforderlichen Zeit. Graham erwähnt die besonders große Elastizität der deutschen Produktion für die Auslandsmärkte in den Jahren 1921 bis 1923.

den Auslandsmärkten. Die Produktion kann leichter — ohne Gegenwirkung durch ansteigende Kosten — ausgedehnt werden. Auch setzen die Unternehmer in diesem Fall ihre Waren lieber auf den Auslandsmärkten ab, wenngleich der Umfang dieses Exports von der auf jenen bestehenden Elastizität der Nachfrage abhängig ist.

Die Möglichkeit größeren Exports wirkt günstig auf die Produktion, falls geringe Lagervorräte vorhanden, die unausgenutzte Produktionskapazität nicht hoch und Auslandsnachfrage und Auslandsangebot elastisch sind. Reichen dagegen die im Ausland erzielbaren Preise zur Deckung der beweglichen und fixen Kosten nicht aus, und werden sie dies auch nicht innerhalb kurzer Zeit tun, so wird die Produktionsausdehnung durch die vorhandenen Anlagen begrenzt. Unter diesen Voraussetzungen erhält die in Betracht kommende Industrie kein neues Kapital.

Bei monopolistischen Erscheinungen in der Wirtschaft, also bei unvollständiger Konkurrenz, können bestimmte Unternehmer eher als bei freier Konkurrenz aus der Valutaentwertung durch Verkauf zu höheren Preisen, ausgedrückt in der eigenen Währung, im Inland statt einer Vergrößerung ihres Exports einen größeren Vorteil erlangen. Die Angebotselastizität ist nicht so groß wie bei freier Konkurrenz. Hierbei muß aber die Möglichkeit des Monopolisten oder der Oligopolisten zur Mengenregulierung beachtet werden; denn sie können die Nachfrage nach ihrem Marktanteil und die Beeinflussung von Angebot und Preisen anderer in- und ausländischer Oligopolisten durch eine Vergrößerung des Exports in Rechnung stellen. Es ist daher durchaus möglich, daß ein Unternehmer in monopolistischer Stellung auch bei höheren Preisen im Inland als jetzt im Ausland auf eine Vergrößerung des Inlandsabsatzes verzichtet, in der Furcht vor den Folgen seines Verhaltens für die Mengen- und Preispolitik der mit ihm in Wettbewerb stehenden Unternehmungen.

Die bisherige Darstellung der Elastizität des Angebots ging von der einzelnen Industrie aus. Auch hier muß die Anzahl der Entwertungsländer und ihre Bedeutung für den Weltmarkt berücksichtigt werden. Die Angebotselastizität wächst mit dem normalen Anteil des Inlandsmarktes für den Gesamtabsatz, der

Anzahl und Bedeutung der Staaten mit entwerteter Valuta und mit der inländischen Nachfrageelastizität für die Exportwaren dieser Staaten; denn je mehr Staaten ihre Währung verschlechtern, desto größer ist das Angebot von Waren auf dem Weltmarkt und desto erheblicher und rascher sinken die Weltpreise. Ein einzelnes Entwertungsland, das eine große Elastizität des Angebots besitzt, kann seinen Export vergrößern und ist so im Vorteil, obwohl es andererseits durch das daraus resultierende Absinken der Weltpreise benachteiligt ist. Diesen Nutzen hatte daher Großbritannien, als es im Herbst 1931 vom Goldstandard abging, in höherem Maße als z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika.

Nimmt ein einzelner Staat eine Entwertung seiner Währung vor, so nähert sich sein Goldpreisniveau dem in der übrigen Welt, also in den Staaten mit fester Valuta, und so hat die Valutaentwertung einen entsprechenden Anstieg der Inlandspreise gegenüber den Inlandsgoldpreisen der Goldwährungsländer zur Folge. Sinken die Preise in der ganzen Welt, so tun sie dies auch, wenngleich nicht so rasch, im Entwertungsland. Haben jedoch fast alle Staaten ihre Währung entwertet — ein Zustand, wie er heute erreicht ist —, so werden die Goldpreise, genauer gesagt die nach der Währungsentwertung auf Grund der früheren Parität ermittelten inländischen Preise, in den Staaten mit entwerteter Valuta mehr durch das niedrige Goldpreisniveau in den Entwertungsländern als, wie im oben dargestellten Fall, durch das relativ hohe Preisniveau in den Staaten mit fester Valuta bestimmt.

Die inländische Preiserhöhung bei Entwertung aller Valuten hat aber andere Ursachen. In diesem Fall verändern sich die Preise hauptsächlich auf dem Weltmarkt. Ist zur Zeit der Valutaentwertung das Absinken der Weltpreise noch nicht am Maximum und der Anstieg der inländischen Preise noch nicht am Minimum angelangt und werden die Auswirkungen der Währungsentwertung bzw. der Stabilisierung auf einen geringeren Goldgehalt der Währungseinheit durch Unausgeglichenheit des Staatshaushalts, geringe Höhe der Zinssätze, Kreditausweitung usw. verstärkt, so ziehen die Inlandspreise an und die Weltpreise sinken weniger, als bisher von mir angenommen wurde. Der

Preisanstieg kann sogar bis zur Erhöhung des Goldpreisniveaus führen. Die erwähnten finanzpolitischen Maßnahmen verursachen zum größten Teil das Anziehen der Preise auf dem Inlandsmarkt.

4. Kapitel: Die Währungspolitik.

Ihre besondere Bedeutung erhält die Theorie der Kaufkraftparitäten [79] durch die Tatsache, daß sie auf die zwischen der Valuta und den Warenpreisen bestehenden Wechselbeziehungen aufmerksam macht. Hierin besteht auch ihr Nutzen für die Praxis, für die Währungspolitik.

In der folgenden Abbildung,[80] die das der Physik entnommene Bild der kommunizierenden Röhren verwendet, bedeutet

die Flüssigkeit in den Gefäßen, die die Staaten A und B darstellen, die in diesen Ländern umlaufende Geldmenge; das Preisniveau wird durch den Wasserstand dargestellt, und das Volumen der Gefäße ist das sogenannte Handelsvolumen, d. h. die Menge der zu tätigenden Umsätze, bestimmt durch das Handelsvolumen im engeren Sinne, d. h. die Menge der umzusetzenden Güter oder besser Kaufobjekte, und durch die Zahlungssitten, den Umfang des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, Konzentration in einer Hand bzw. Vorhandensein mehrerer Unternehmungen der aufeinanderfolgenden Produktionsstufen in jedem einzelnen Produktionszweig,[81] Faktoren, die im allgemeinen vom Ausdruck der „Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes“ umschlossen

79. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 44.
80. Vgl. Haberler a. a. O., S. 38 ff.
81. Vgl. Literatur hierzu bei Haberler a. a. O., S. 39 Anm. 1.

werden. Im Rahmen dieser Arbeit würde eine genaue Abgrenzung dieser Begriffe zu sehr in die Geldtheorie hineinführen.

Es ist nun die folgende Beziehung vorhanden: Bleiben Umlaufsgeschwindigkeit und Zahlungssitten gleich und steigt die Geldmenge, so ist ein Steigen des Preisniveaus zu verzeichnen. Dagegen ist ein Sinken des Preisniveaus zu beobachten, wenn Zahlungssitten und Geldmenge die gleichen bleiben und die Güterproduktion ansteigt, d. h. demnach in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs. Ein näheres Eingehen auf diese Sätze der Quantitätstheorie möchte ich mir hier ersparen.

Von den das Preisniveau bestimmenden Faktoren sind die umzusetzenden Gütermengen, die Zahlungssitten und die Umlaufsgeschwindigkeit nicht leicht beeinflußbar, im Gegensatz zur Geldmenge, durch deren Regulierung die Währungspolitik die Einwirkung der beiden anderen Faktoren auf das Preisniveau ausgleichen und dieses so stabilisieren kann. Ein Sinken der Preise beispielsweise infolge Steigens der umzusetzenden Gütermenge kann, wenn ein an und für sich möglicher Ausgleich durch veränderte Zahlungssitten, Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs beispielsweise, nicht erfolgt, lediglich vermittels Vermehrung der Geldmenge verhindert werden. Die Geldmenge muß also vermehrt werden, damit höhere Umsätze bei gleichgebliebenen Preisen getätigt werden können.

Es ist nun der Wechselkurs $W = \frac{N_A}{N_B \cdot u}$. Hierbei ist N_A das Preisniveau im Staate A, NB das des Staates B und u die Abweichung von der Kaufkraftparität. Bleibt u relativ konstant, so ist für eine Stabilisierung des Wechselkurses erforderlich, daß $\frac{N_A}{N_B}$ stabil bleibt. Ändert sich u dagegen, so muß sich $\frac{N_A}{N_B}$ so ändern, daß die Änderung von u ausgeglichen wird.

Die Stabilisierung des Wechselkurses wird durch Regulierung der Geldmenge vorgenommen. Auf dieselbe Art und Weise kann auch das Preisniveau stabil erhalten werden. Beides zugleich ist lediglich auf dem Wege internationaler Abmachungen möglich, da auch im Ausland eine Politik der Stabilerhaltung des Preisniveaus betrieben werden muß. Außerdem ist auch er-

forderlich, daß u konstant bleibt; denn wenn es einer Veränderung unterliegt, ist es nur bei einer — zufälligen — Änderung des Preisniveaus im Ausland im gleichen Ausmaß wie die von u möglich, Wechselkurs und Preisniveau zugleich stabil zu erhalten. Steigt oder sinkt das ausländische Preisniveau langsam, so muß entweder eine Stabilisierung des inländischen Preisniveaus erfolgen — in welchem Falle sich der Wechselkurs im reziproken Verhältnis der Änderung des Preisniveaus im Ausland verändert — oder der Wechselkurs stabilisiert werden; in diesem Falle ist eine Änderung des inländischen Preisniveaus entsprechend der des ausländischen zu verzeichnen. Zugunsten einer Stabilisierung des Wechselkurses bei nicht zu heftigen Veränderungen des ausländischen Preisniveaus kann man anführen, daß Wechselkursbewegungen auffälliger und leichter feststellbar sind als solche des Preisniveaus. Außerdem wirken Wechselkursbewegungen stark auf den zwischenstaatlichen Geld-, Kredit- und Warenverkehr. Hinzu kommt, daß, wie die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, ein Schwanken des Wechselkurses ja auch nur die Gefahr eines solchen, in Staaten, deren Bevölkerung sich noch einer etwa erlebten Inflation erinnert, Vertrauenskrisen und Kreditentziehungen im Gefolge hatte. Für die Währungspolitik finanziell schwacher, vom Ausland abhängiger Staaten und von Ländern, deren Außenhandel für ihre Wirtschaft von großer Bedeutung ist, kommt daher lediglich die Stabilisierung des Wechselkurses in Betracht. Für die anderen Staaten gilt dies freilich nicht. So verlangte Keynes z. B. schon seit einiger Zeit, daß Großbritannien die Preise stabilisiere, um Konjunkturschwankungen auszuschalten oder doch in ihren Auswirkungen zu mildern, und auf die Wechselkursstabilität gegenüber den Goldwährungsländern verzichte.

Auf ein wenig bekanntes Beispiel dafür, wie in der Praxis eine verhältnismäßige Stabilität des inneren Preisniveaus durch Währungsmanipulationen erreicht werden kann, macht Keynes [82] aufmerksam. Als in den Jahren 1919 und 1920 die Weltmarkt-

---

82. John Maynard Keynes: „Ein Traktat über Währungsreform." Übersetzt von Ernst Kocherthaler. München und Leipzig 1924, S. 160 ff.; derselbe: „A tract on monetary reform." London 1923, S. 156 ff.

preise anzogen, ließ die Regierung von Britisch-Indien auch den Wechselkurs der Rupie steigen, so daß der Höchststand des indischen Preisindex, der im Jahre 1920 erreicht wurde, die Durchschnittszahl des Index von 1919 nur um 12 % überstieg, während in England vergleichsweise ein Anstieg um 29 % zu verzeichnen war. Als dann die Weltmarktpreise wieder fielen, ließ man auch den Wechselkurs der Rupie wieder sinken, mit dem Ergebnis, daß der Tiefststand des indischen Preisindex, der im Jahre 1921 zu verzeichnen war, um 15 % niedriger als der Höchststand des Jahres 1920 und nur 5 % unter dem Durchschnitt von 1919 war, während die entsprechenden Zahlen für England 50 % und 35 % lauten.

Die Aufrechterhaltung [83] gleicher Wechselkurse und Inlandspreise durch Bindung an das Gold und nicht durch eine freie Papierwährung erfolgt in der geschichtlich nicht unberechtigten Befürchtung, daß die für die Währung Verantwortlichen nicht fähig genug oder nicht willens sein würden, die Währung durch eine geeignete Kreditpolitik stabil zu halten. Tatsächlich konnten die Staaten mit Goldwährung nicht immer die Währung halten.

Im folgenden möchte ich das Wesen der Funktion der Goldwährung darstellen: Bei Gold ist ein internationaler Preisaustausch fast vollkommen. Infolgedessen ist notwendig das Verhältnis des in- und ausländischen Goldpreises gleich dem Verhältnis der in- und ausländischen Währung. Verkoppelt man auf der anderen Seite kreditpolitisch den Goldpreis mit den Warenpreisen, so ermöglicht man eine Stabilität der Währung; denn eine etwa entstehende Valutaschwankung wird durch eine durch die Marktgängigkeit des Goldes angefachte Goldbewegung mittelbar durch eine dann erforderlich werdende Verschärfung der Kreditpolitik im valutaschwachen Staat oder unmittelbar infolge der bei Gold besonders starken Nachfrageelastizität korrigiert. Selbstverständlich ist ein Goldbestand über die Begleichung zeitweiliger Salden der Zahlungsbilanz hinaus für die Kaufkraft des Geldes vollkommen ohne Bedeutung.

---

83. Vgl. hierzu Volwassen a. a. O., S. 44 ff.; Erich Egner: „Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik." Leipzig 1928, S. 99 ff.

Vor dem Weltkriege [84] galt in den meisten am Welthandel teilnehmenden Staaten die Goldwährung. Devisenkurse und Warenpreisniveau veränderten sich nur wenig, besonders gering erstere zwischen Goldwährungsländern, da sie nur innerhalb der Goldpunkte schwanken konnten. Das Warenpreisniveau stieg allerdings in allen Staaten mit Goldwährung von 1896 bis 1913 um etwa 25—30 %. Die Warenpreise wurden dadurch annähernd stetig gehalten, daß die Gesamtmenge des Geldes jeder Art (Münzen, Banknoten, Bankguthaben, d. h. sogenanntes Giralgeld) in einem bestimmten, jedoch nicht festen Verhältnis zur monetären Goldmenge stand, das durch die Verpflichtung der Zentralbanken, Gold zu festem Preise anzukaufen und die Noten gegen Gold einzulösen, geschaffen wurde. Die Zentralbanken durften daher, um liquide zu bleiben, Banknoten und Giralgeld nur in begrenztem Umfange schaffen. Die Privatbanken waren, da sie mit der Abhebung eines Teils des von ihnen geschaffenen Giralgeldes (Depositen) in bar rechnen mußten, gezwungen, gleichfalls auf ihre Liquidität bedacht zu sein und die Schaffung dieses Giralgeldes durch Gewährung von Kredit zu begrenzen. Der Staat aber konnte bei diesem System Papiergeld in größerem Umfange nicht schaffen. Demnach hatte also die Knappheit der Goldmenge gewissermaßen automatisch eine Knappheit des gesamten Geldumlaufs zur Folge und wirkte so auf das Preisniveau stabilisierend ein. Die Veränderungen der Preise gingen in allen Staaten ungefähr gleichmäßig vor sich.

Der Weltkrieg zerstörte diesen Mechanismus; der größte Teil der Länder beseitigte die Goldwährung, finanzierte den durch den Krieg hervorgerufenen, außerordentlich gestiegenen Bedarf durch eine Inflationspolitik und erhöhte so das Warenpreisniveau.

Wenn man die Währung an das Gold bindet, ist die Höhe des festgesetzten Goldpreises sehr wichtig. Soll das zur Zeit der Stabilisierung bestehende Wechselkursniveau beibehalten werden, so muß der tatsächliche Marktpreis des Goldes der Münzparität zugrunde gelegt werden. Wird der Goldpreis niedriger

84. Vgl. Walter Eucken: „Das internationale Währungsproblem. Ein Überblick." Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung. Heft 2, Berlin 1925, S. 2 f.

als dieser festgesetzt und ist freier An- und Verkauf von Gold bei der Notenbank gestattet, so wird von ihr Gold gekauft werden, bis sie kein Gold mehr hat oder der Marktpreis auf den gesetzlichen Preis gesunken ist. Dies hat zur Folge, daß Auslandsschulden statt wie bisher mit jetzt teureren Devisen nun mit dem billigeren Gold bezahlt werden und infolgedessen der Kurs der eigenen Valuta anzieht, und daß die Summe, die die Notenbank als Gegenwert für das von ihr verkaufte Gold erhalten hat, dem Geld- und Kreditvolumen der Wirtschaft entzogen wird, was zu einer Senkung der Preise und damit zu einer Beendigung der Bewegungen der Wechselkurse und der Zahlungsbilanz führt. Setzt man dagegen den Goldpreis so fest, daß er höher liegt als der Marktpreis, so gehen die Dinge umgekehrt vor sich. Der Notenbank wird Gold verkauft, bis der Marktpreis des Goldes zur Höhe des gesetzlichen Goldpreises angestiegen ist und ein entsprechendes Anziehen der Preise stattfindet. Außerdem strömt Gold aus dem Ausland ein, bis der Wechselkurs auf den Stand des neuen Goldpreises abgesunken ist. In diesem Falle ist wieder ein Ruhezustand bei der abgesunkenen Valuta und dem angestiegenen Preisniveau eingetreten, bei dem die Preise sich ungefähr, die Valuta dagegen genau um den Satz verändert hat, um den der gesetzliche Goldpreis vom Marktpreis abwich.[85]

Von großer Bedeutung ist hier die Art der Reaktion der Bevölkerung auf die Goldpreisveränderung. Wenn von der Wirtschaft beispielsweise eine Inflation erwartet wird, so wird, wenn der Goldpreis erhöht wird, Gold nur in kleinem Umfange verkauft werden. Wird aber angenommen, daß nennenswerte Preissteigerungen nicht eintreten werden, so wird die Vermehrung der Geldmenge, insbesondere wenn allgemeine Geschäftsunlust herrscht, nur in wenig umfangreichem Ausmaße zur Auswirkung gelangen. Die neu ausgegebenen Geldscheine werden gehortet oder ein Sinken der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes ist zu verzeichnen oder die Kreditinstitute vermögen trotz großer Kreditfähigkeit nicht, Debitoren aufzutreiben. Nur sehr selten

85. Vgl. hierzu auch Fredric Benham: „Das englische Währungsexperiment." Berlin 1933, S. 17 ff.

ändert eine Veränderung (Erhöhung bzw. Herabsetzung) des Goldpreises das Preisniveau in demselben Umfang. Oft kann auch eine bewußte Deflationspolitik [86] nicht die Preise im Ausmaß des Valutaanstiegs und der Goldpreisherabsetzung senken.

Diese oben dargestellten Erscheinungen bilden für jede Währungspolitik feststehende Orientierungsmittel. Will man die Valuta auf dem augenblicklichen Stand stabilisieren, so muß man den tatsächlichen Marktpreis des Goldes festhalten. Soll die Valuta über ihren augenblicklichen Stand hinaus steigen, so muß der gesetzliche Goldpreis niedriger festgesetzt werden, und will man die Valuta unter den gegenwärtigen Stand hinabdrücken, so muß man den gesetzlichen Goldpreis erhöhen. Die Währungspolitik hat ja lediglich folgende Möglichkeiten. Sie kann die Valuta:

1. auf einem Niveau stabilisieren, das höher liegt als die alte Parität;

2. in Höhe ihrer ehemaligen Parität stabilisieren (sogenannte Normalisierung, Restauration oder Restitution);

3. ansteigen lassen, allerdings nicht bis zur Höhe des früheren Standes;

4. nicht weiter senken, sondern auf dem augenblicklichen, schon abgesunkenen Stand stabilisieren;

5. senken und auf einem tieferen Stand stabilisieren.

4. und 5. stellen die Fälle einer Abwertung der eigenen Valuta gegenüber den fremden Währungen dar (sogenannte Devalvation). Sie unterscheiden sich lediglich durch den Zeitpunkt, von dem aus der Vorgang betrachtet wird. Die über das Wesen dieser Erscheinungen, besonders der Devalvation, bestehenden unterschiedlichen Ansichten beruhen letzten Endes darin, daß keine Einigung über die Verwendung bestimmter Ausdrücke zwecks Kennzeichnung der jeweiligen Tatbestände besteht und außerdem nicht selten die zur Erreichung eines Zieles verwendeten Mittel mit dem Ziel selbst verwechselt werden (beispielsweise Deflation mit Restauration). Oft kann man auch beobach-

86. Über die verschiedenen Bedeutungen des Begriffes „Deflation" vgl. Charles Rist: „La déflation en pratique (Angleterre, Etats-Unis, France, Tchéco-Slovaquie)." Paris 1924, S. 1 ff.

ten, daß dies mit den Tatbeständen hinsichtlich des Binnenwerts des Geldes (der Kaufkraft des Geldes, des eigentlichen Geldwerts) und dessen Außenwerts (der Valuta) ebenfalls geschieht.[87]

Nun kann aber die Wirtschaftspolitik nicht sich willkürlich eine von den erwähnten Möglichkeiten aussuchen. Eine dauernde Entwertung der Valuta, ähnlich der in vielen Staaten in der Zeit nach dem Weltkriege infolge einer Inflationspolitik erfolgten, verbietet sich von vornherein. Ihr Aufhören erfolgt durch Beendigung der Inflation. Wenn Terhalle [88] behauptete, der Stillstand der Notenpresse werde „nur zu erreichen sein, wenn die Valuta stabilisiert ist", so kehrt diese Ansicht die tatsächlichen Verhältnisse um, und ich möchte hier lediglich auf das bezüglich der Beeinflussung der Preise durch Wechselkursschwankungen Dargelegte [89] hinweisen. In den meisten Fällen ist,[90] wenn angenommen wird, daß eine Stabilisierung der Valuta eines Staates bevorsteht, das Hereinströmen von Kapital in diesen Staat und demzufolge ein Ansteigen seiner Valuta zu verzeichnen. Die Wirkung dieser spontanen Deflation oder wegen ihres Auftretens infolge von Stabilisierungen sogenannten Stabilisierungskrisis ist ein Abflauen jeglicher Inflationspsychose, ein Absinken der Geldumlaufsgeschwindigkeit, ein ungünstigeres Arbeiten der für die Ausfuhr beschäftigten Teile der Wirtschaft, kurz die Wiederkehr einer normalen Lage überall im Wirtschaftsleben. Ist ein Sinken der Preise zu beobachten, so erscheint eine Abschöpfung des nichtausgenutzten Geldes wenigstens zum Teil (durch Veräußerung von Staatspapieren z. B.) durchaus möglich.

Größerer Schaden als durch die Stabilisierungskrisis wird, wie die Geschichte lehrt, dadurch verursacht, daß versucht wird,

---

87. Die oben dargestellten fünf Möglichkeiten der Währungspolitik — d. h. Erhöhung über den alten Stand hinaus, Steigerung bis zum früheren Niveau, Heraufsetzung, aber nicht bis zum ehemaligen Stand, Stabilisierung der augenblicklichen Entwertung, weitere Abwertung — und nur sie gelten auch für den Binnenwert des Geldes.

88. F. Terhalle: „Währung und Valuta. Eine Einführung in die deutsche Währungsfrage der Gegenwart." 2., neu bearb. und erg. Aufl. Jena 1922, S. 68.

89. S. 31 ff.

90. Vgl. C. Rist: „La déflation . . ." S. 113 ff.

durch eine Deflationspolitik die Valuta auf einem Stand zu halten, der höher ist als der durch die Preisverhältnisse im In- und Ausland bedingte. Das Absinken der Preise erfolgt bei weitem langsamer und qualvoller als ein Ansteigen der Preise. Je weiter vorgeschritten die Entwicklung einer Volkswirtschaft ist, d. h. in diesem Zusammenhang je spezialisierter ihre Produktion ist, je höher ihre innere Verschuldung ist, je stärker sie mit fixem Kapital arbeitet — sonst könnte man eine Umstellung auf Produktionszweige mit geringerem oder keinem Preisdruck vornehmen —, je zahlreicher die Zusammenschlüsse zu Kartellen und Gewerkschaften sind, desto starrer ist diese Volkswirtschaft und desto stärker wird sie von den Folgen einer Preissenkung betroffen.[91]

Im folgenden nenne ich einige historische Beispiele:[92] Kaiser Aurelian wollte im Jahre 274 den Geldwert steigern, veranlaßte aber dadurch eine Revolution, in deren Verlauf er seinen Tod fand. Seit Beginn des vorigen Jahrhunderts sind Deflationskrisen zu verzeichnen in Preußen und England (Anfang des 19. Jahrhunderts), in Oesterreich (1862—1866; die Regierung beabsichtigte, eine Verringerung des Geldumlaufs durch eine Abstempelung der Noten um ungefähr 35 % herbeizuführen), in den Vereinigten Staaten von Amerika (1865), in Rußland (1878—1884; 1897—1898 infolge der Währungspolitik Wittes), in Japan (1882—1886), in der Tschechoslowakei (1922 als Folge der Maßnahmen des Finanzministers Rašín zur Hebung der Krone) und in geringerem Umfange in Dänemark, England, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und der Schweiz, welche Staaten ihre abgesunkene Valuta auf der früheren Parität zu stabilisieren beabsichtigten.

In diesem Zusammenhang wären die von Fisher[93] und Keynes[94] vorgeschlagene Indexwährungen zu erwähnen, welche

91. Anderer Ansicht ist Mises: „Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems." Schriften des Vereins für Sozialpolitik. München und Leipzig 1923.

92. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 48, mit Literaturnachweisen.

93. Irving Fisher: „Die Kaufkraft des Geldes." 2. Aufl., Berlin 1922; derselbe: „Der schwankende Geldwert." Berlin 1924.

94. John Maynard Keynes. „Ein Traktat über Währungsreform." Übersetzt von Ernst Kocherthaler. München und Leipzig 1924; derselbe: „A tract on monetary reform." London 1923.

Schwankungen des Preisniveaus in größerem Ausmaße verhindern sollen. Dies Ziel will Fisher z. B. durch Schaffung einer Währung erreichen, bei der die umlaufenden Geldzeichen nicht in einer bestimmten Gewichtsmenge Gold, sondern in jener Goldmenge einlösbar sein sollen, die der Kaufkraft der Geldeinheit im Augenblick des Übergangs zum neuen Währungssystem entspricht. Der Dollar soll aufhören, eine feste Menge Gold mit veränderlicher Kaufkraft darzustellen, und soll zu einer veränderlichen Menge Gold mit unveränderlicher Kaufkraft werden. Monatlich soll, der festgestellten Änderung der Indexzahl gemäß, die Goldmenge, die einem Dollar zu entsprechen hat, neu festgesetzt werden.[95]

Bei der Goldwährung[96] erfolgt die Stabilisierung des Wechselkurses, wie oben gezeigt wurde, vermittels Einströmens bzw. Abfließens von Gold. Nun ist es aber für die Wechselkursstabilität nicht erforderlich, daß der Geldumlauf nur aus Gold besteht; denn die zwischenstaatlichen Zahlungen werden vor allem durch Wechsel und Schecke neben anderen Zahlungsmitteln vorgenommen, und lediglich die Salden werden durch Barzahlungen ausgeglichen. Eine Barzahlung erfolgt:

1. wenn die vom Ausland zu erhaltenden und die an das Ausland zu leistenden Zahlungen zeitlich auseinanderklaffen;

2. wenn das oben erwähnte, sogenannte Handelsvolumen eines Landes sich verändert, beispielsweise bei einem Produktionsanstieg, in welchem die Preise, da die vermehrten Umsätze infolge der zu kleinen Geldmenge nicht getätigt werden können, sinken müssen, so daß der Export ansteigt und Geld in das Land hereinkommt. Eine ein Ansteigen des Geldbedarfs verursachende Änderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs oder der Zahlungssitten hat die gleiche Wirkung;

3. wenn die Geldmenge vermehrt wird.

In den ersten beiden Fällen — im ersten allerdings nur, wenn keine Veränderung der Geldmenge erfolgt — erreichen die

95. Vgl. hierzu Ludwig Mises: „Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik." Jena 1928, S. 6 f., 23 ff., mit eingehender Kritik.

Über die Bedeutung einer solchen Währung für den Stand der Wechselkurse vgl. Erich Egner: „Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik." Leipzig 1928, S. 144 ff.

96. Vgl. Haberler a. a. O., S. 41 ff.

Goldbewegungen keinen großen Umfang.[97] Es kann daher, da bei normalen Verhältnissen lediglich das Abfließen einer relativ geringen Goldmenge zu erwarten ist, Papiergeld den weitaus größten Teil des Geldumlaufs bilden; die Straße wird, wie Adam Smith es nannte, in die Luft gebaut. Es ist selbstverständlich, daß lediglich der eine Staat den Nutzen hiervon hat; denn, wenn sämtliche Staaten diese Politik betreiben, ziehen die Weltmarktpreise an ohne einen Gewinn für jemanden; auch führt die Erhöhung des Preisniveaus zu einer gesteigerten Verwendung des Goldes zu industriellen Zwecken.

Läuft nun im Inland nur Papiergeld um und befindet sich das Gold bei der Notenbank, so liegt eine sogenannte Goldkernwährung vor („Gold Bullion Standard" oder „Gold Exchange Standard"; letzteres bezeichnet jedoch auch nicht selten eine Golddevisenwährung), welche zuerst von Ricardo vorgeschlagen wurde.[98] Ihr Vorteil liegt darin, daß ein kleiner Goldvorrat, der Goldkern, für die Stabilhaltung der Währung ausreicht.

Das bei der Notenbank befindliche Gold kann nun von dieser gewinnbringend, da gegen Zinsen, in der Weise im Ausland kurzfristig angelegt werden, daß sie erstklassige, auf fremde Währung lautende, jederzeit in Gold einlösbare und im Ausland als Zahlungsmittel wie Gold wirkende Wechsel kauft. Vor dem Weltkriege betrieb diese Politik u. a. besonders die österreichisch-ungarische Bank. Bei der nach dem Weltkriege vorgenommenen Stabilisierung der Währungen Mitteleuropas wurden im größten Teil der Länder sogenannte Golddevisenwährungen eingerichtet[99]; diese setzten mindestens e i n Land mit Goldwährung alten Stils voraus. In der Zeit nach dem Weltkriege waren diese „Hüter des Goldes" die Vereinigten Staaten von Amerika und von 1925—1931 Großbritannien.

Bei Goldkern- und Golddevisenwährung wird die Geldmenge vermittels der Einlösung reguliert. Überwiegen vorübergehend die Zahlungen an das Ausland, so daß Gold oder Devisen ge-

97. Über die Folgen einer Politik der Stabilerhaltung der Geldmenge für die internationalen Verhältnisse vgl. Haberler a. a. O., S. 42.

98. Vgl. Haberler a. a. O., S. 43 Anm. 2.

99. Eigentlich waren es „Dollar-Exchange-Standards"; denn lediglich die Vereinigten Staaten von Amerika besaßen eine tatsächliche Goldwährung.

braucht werden, so wird dafür Papiergeld bei der Notenbank eingereicht und von dieser aus dem Verkehr gezogen. Die ein bestimmtes Deckungsverhältnis des Papiergeldes durch den Barschatz vorschreibenden Bestimmungen haben den Zweck, eine zu große Papiergeldausgabe durch die Notenbank zu verhindern.

Außerdem kann die Notenbank auf die Wechselkurse durch die Diskontpolitik einwirken. Seit dem vorigen Jahrhundert geben die Notenbanken einen Teil der Noten gegen bankmäßige Deckung, d. h. derart, in den Verkehr, daß sie Inlandswechsel bestimmter Art — meistens mit höchstens 90 Tagen Laufzeit und drei Unterschriften — gegen einen Zinsenabzug, den offiziellen Diskontsatz, die Bankrate, ankaufen. Vermittels seiner Änderung kann die Notenbank die Wechselkurse beeinfussen. Seine Senkung führt zu einem Anstieg der Kurse der ausländischen Valuten, seine Heraufsetzung zu deren Senkung. Der Wechselkurs wird durch die Diskontsatzänderung 1. mittelbar infolge der so hervorgerufenen Änderung des Preisniveaus und 2. unmittelbar durch deren Einwirkung auf die kurzfristige Kapital- und Kreditbewegung beeinflußt.

1. Wird der Diskontsatz gesenkt, so steigen die Preise; wird jener erhöht, so sinken diese.[100] Die Änderung des Diskonts ist ein Mittel der Notenbank, den gegen Wechsel ausgegebenen Teil des Notenumlaufs zu regulieren. Durch Erhöhung des Diskonts, also des Abzugs von Zinsen bei Einreichung eines Wechsels an die Notenbank, wird das Geld teurer; daher sinkt die Zahl der der Notenbank verkauften Wechsel und damit auch der Notenumlauf. Die Diskonterhöhung ist jedoch nur wirksam, wenn ein Teil des Notenumlaufs bankmäßig gedeckt ist, d. h. also Wechsel sich bei der Notenbank befinden, und wenn nicht zugleich mit der Änderung des Diskonts die übrigen Kreditterteilungsbedingungen im entgegengesetzten Sinne durch die Notenbank geändert werden. Dies gilt auch für eine Senkung des Diskonts.

Eine Erhöhung des Diskonts führt zu einer Senkung des Preisniveaus und damit zur Senkung der Wechselkurse, eine

100. Vgl. hierzu die bei Haberler a. a. O., S. 44 Anm. 1, angegebene Literatur.

Senkung des Diskonts zur Erhöhung des Preisniveaus und der Wechselkurse.

2. Nun beeinflußt aber eine Diskontänderung das Preisniveau erst nach Ablauf einiger Zeit, die Wechselkurse dagegen sofort, d. h. es existiert noch eine andere, und zwar unmittelbare Einwirkung des Diskonts auf den Wechselkurs. Da die Notenbank einen großen Teil des Angebots an kurzfristigen Krediten in Händen hat, beeinflußt sie in bestimmtem Umfange die Lage auf dem Geldmarkt. Mittel hierzu sind Veränderungen des Diskonts, nicht zuletzt mit ihrer Wirkung auf die anderen Kreditgeber, und die sogenannten „open market operations", d. h. der An- und Verkauf festverzinslicher Wertpapiere am offenen Markt. Der Ankauf läßt flüssige Mittel auf den Markt strömen und führt so zu dessen Entspannung; ein Verkauf dagegen nimmt jene heraus und hat so eine Versteifung zur Folge. Steigen die kurzfristigen Zinssätze, so sinken selbstverständlich die Kurse der festverzinslichen Wertpapiere und umgekehrt. Solche Kursbewegungen bilden einen Anreiz für Arbitragegeschäfte und haben für die Zahlungsbilanz dieselbe Wirkung wie Preisveränderungen. Noch mehr wirkt allerdings auf die Zahlungsbilanz die durch eine Änderung des Diskontsatzes verursachte Veränderung des allgemeinen Zinsniveaus für kurzfristiges Geld, also des Zinsfußes am Geldmarkt, da sie die Bewegung der kurzfristigen Gelder zwischen den internationalen Finanzplätzen beeinflußt. Eine, die Zinsspanne zwischen den in- und ausländischen Märkten verursachende oder diese vergrößernde Erhöhung des Diskonts führt zu einem Einströmen kurzfristigen Geldes bzw. verhindert den Abzug solchen ausländischen Geldes. So steigt die Nachfrage nach der eigenen Valuta, es werden mehr Devisen angeboten und der Wechselkurs steigt. Eine umgekehrte Wirkung hat eine Diskontsenkung.[101]

Selbstverständlich ist die so hervorgerufene Erleichterung der Lage nur vorübergehender Natur, da der infolge der Zinserhöhung von seiten des Auslands gewährte Kredit in Umfang und Dauer begrenzt ist. Daher ist, wenn die Nachfrage nach

---

101. Weitere Einzelheiten hierüber, deren Darstellung im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen würde, finden sich bei Haberler a. a. O., S. 45 f.

ausländischen Zahlungsmitteln beim gegenwärtigen Kurs dauernd überwiegt, das Preisniveau ständig steigt, infolge Sinkens des Handelsvolumens oder Verbesserung der geldsparenden Methoden oder Vergrößerung der Geld- und Kreditmenge, eine Verringerung der Geldmenge erforderlich, wenn nicht der Wechselkurs sinken soll. Eine Diskontänderung ist demnach lediglich imstande, Störungen vorübergehender Natur, die in einem zeitlichen Auseinanderklaffen der an das Ausland zu leistenden und der von diesem zu bewirkenden Zahlungen ihre Ursache haben, zu beseitigen. Andere Störungen sind lediglich vermittels einer auf die Preise einwirkenden Deflationspolitik zu beseitigen. Dieser Teil des Mechanismus ist besonders empfindlich und kann sehr leicht bei akuten Finanzkrisen mit Vertrauenskrisen, Runs und Panikstimmungen vollkommen zusammenbrechen.

Das Hinzutreten des Bankkredits, des Zirkulationskredits, als neuer Zahlungsmittelart und der so den Banken gegebenen Möglichkeit der Schaffung von Kaufkraft ändert den Mechanismus lediglich äußerlich, da jetzt keine zwischenstaatliche Goldversendung, der augenfälligste Teil des klassischen Mechanismus, zur Kaufkraftverschiebung nicht mehr unbedingt erforderlich ist. Das Wesen des Mechanismus mit den dargelegten Beziehungen zwischen Einkommen, Handelsbilanz, Import und Export, Preisen, Zahlungsmittelmenge bleibt jedoch erhalten.

Die bisher geschilderte Theorie könnte als statisch bezeichnet werden, da sie Gleichgewichtszustände darstellt. Die Geltung der Formel $W = \frac{N_A}{N_B \cdot u}$ ist ja lediglich auf die statischen Endzustände beschränkt, denen die Wirtschaft zustrebt. In der Zwischenzeit erfolgt eine vorübergehende Störung obiger Gleichung und ein Abweichen der Wechselkurse von der Norm. Die Behauptung, daß die statische Betrachtungsweise wertlos sei, weil gerade die Veränderungen und Störungen von Interesse wären, ist unrichtig. Auch die letzteren werden beachtet, indem ein Vergleich des Gleichgewichtszustands der Wirtschaft vor der Störung mit dem nach dieser vorgenommen wird. Dann ist der Unterschied zwischen den beiden Zuständen das Produkt der

Störung. Diese Betrachtungsweise wird am besten als komparative Statik bezeichnet.

Welche Wirkungen hat eine Inflation? Wird bei einer Papierwährung die Geldmenge um 30 % vermehrt, so steigt gemäß den obigen Darlegungen das Preisniveau, wenn eine Anpassung der Wirtschaft an die vermehrte Geldmenge erfolgt ist und das neugeschaffene Geld über die Volkswirtschaft verteilt ist. Ist der Wirtschaftsverlauf, von der vermehrten Geldmenge abgesehen, der gleiche geblieben, ist also keine Änderung der Zahlungsgewohnheiten, der Güterproduktion und des Verbrauchs nach Art und Menge zu beobachten, so steigt das Preisniveau und sinkt der Wechselkurs im gleichen Umfang, wie die Geldmenge vermehrt wurde, also um 30 %. Nun führt aber in Wirklichkeit eine Inflation stets zu Veränderungen der Gütererzeugung, der Nachfrage- und Preisverhältnisse, überhaupt der Struktur der Wirtschaft (Schädigung der Gläubiger und Begünstigung der Schuldner langfristiger Schulden; vorübergehender Vorteil der ersten, deren Einkommen steigt; Schaffung neuer Produktionsanlagen usw.). Daher ist das Ausmaß der Veränderung von Preisniveau und Wechselkurs höchstwahrscheinlich nicht genau das der Vermehrung der Geldmenge.

Sehen wir uns nun die zwischen dem statischen Anfangs- und Endzustand vorhandenen Zwischenglieder an. Wird die Zahlungsbilanz eines Staats aktiv, so ziehen in diesem Land die Preise an, während sie im anderen sinken. Der Export des Staates, der Zahlungen größeren Umfangs an das Ausland entrichtet, steigt, der Import sinkt und auf diese Art und Weise wird das Gleichgewicht wieder hergestellt.

Wie ist es nun, wenn im Verlaufe der Inflation immer wieder neues Geld schon in die Wirtschaft gepumpt wird, ehe diese die letzte Geldaufnahme vollkommen „verdaut" hat, d. h. ehe ein Gleichgewichtszustand wieder vorliegt. Darüber, an welcher Stelle das neu geschaffene Geld in die Wirtschaft eindringt, entscheidet die Art der Inflation. Diese Stelle sind z. B. bei der Goldinflation die in den Goldminen Tätigen, bei der hier interessierenden, weil allein so starkes Ausmaß annehmenden, staatlichen Inflation die Staatsbeamten und -lieferanten, bei der Kreditinflation die Produktionswirtschaft. Von dieser Stelle geht

jetzt eine größere Nachfrage aus, die verlangten Güter werden teurer, deren Hersteller erhalten so ein höheres Geldeinkommen. Hauptnutznießer der Geldentwertung sind die Unternehmer in Landwirtschaft, Handel und Industrie, da ihre Warenvorräte im Werte steigen. Hauptleidtragende sind die Festbesoldeten, die Rentner mit festem Zinseinkommen und solche, deren Einkommen auf früher erworbenen Versicherungsansprüchen und dergleichen beruht.[102]

Der Geldstrom erstreckt sich schließlich, flacher werdend, über die gesamte Volkswirtschaft, bis er endlich auch die Wechselkurse erreicht und sie ansteigen läßt. Wenn das Anziehen der Preise zunächst sich auf die im Inland hergestellten Güter erstreckt und von hier aus die Einfuhrgüter ergreift, auf der anderen Seite die Herstellungskosten der Ausfuhrindustrien erhöht, so den Export hindert und den Import begünstigt und damit einen Anstieg der Wechselkurse veranlaßt, dann steigen die Kurse nicht so schnell wie die Preise. Wird dagegen das zusätzliche Geld zum Bezug ausländischer Waren verwendet, so bleibt die Steigerung des Preisniveaus hinter der der Wechselkurse zurück. Früher oder später merkt dann die Bevölkerung, was gespielt wird. Bisher wurde das Anziehen als nicht dauernder Natur angesehen und demzufolge nur eine verhältnismäßig geringe Erhöhung der Preise und Löhne vorgenommen. Jetzt erfolgt die Flucht in die Sachwerte; die Preise steigen schneller. Auch die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel ziehen nun stärker an, da die Spekulation — ohne Risiko, solange die Geldmenge vermehrt wird — sich ihrer bemächtigt, wozu noch das Horten der ausländischen Zahlungsmittel durch die Bevölkerung tritt (vgl. das Beispiel der deutschen Inflation nach dem Weltkriege).

Die klassische Theorie vertritt die Ansicht, daß eine Geldvermehrung, deren Ursache ein ungedecktes Defizit im Staatshaushalt ist, eine Steigerunge der Preise und der Wechselkurse veranlaßt, wobei die der Preise der der Wechselkurse nachfolgen kann und umgekehrt. Im ersteren Fall entsteht ein

---

102. Vgl. Ludwig Pohle: „Das Problem der Valuta-Entwertung." Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden. 9. Band 1918, Heft 9, Leipzig und Dresden 1919, S. 21 ff.

Valuta-Dumping, eine Ausfuhrprämie; aber gerade dadurch wäre das Gleichgewicht bald wiederhergestellt, würden nicht neue Geldmengen zusätzlich geschaffen werden. Allerdings erschwert die Wechselkurs- und Preiserhöhung eine Deckung des Fehlbetrags des Staatshaushalts und veranlaßt eine weitere Geldvermehrung und Erhöhung von Wechselkursen und Preisen. Jedoch führt eine Stabilhaltung der Geldmenge, auch wenn der Staatshaushalt aus irgendwelchen Gründen (ungesunde Finanzpolitik, von der Wirtschaft nicht tragbare, zu hohe Ansprüche an den Staat von außen (Reparationen z. B.) usw.) nicht ausgeglichen werden kann, zum Aufhören des Steigens der Wechselkurse und Preise und paßt deren Stand einander an, gemäß der oben gegebenen Formulierung der Theorie der Kaufkraftparitäten.[103] Eilt die Geldentwertung der Geldvermehrung voraus, verringert sich also, in Gold gerechnet, der Geldumlauf, so ist die Ursache hierfür ein Ansteigen der Umlaufsgeschwindigkeit und die Schrumpfung des sogenannten Handelsvolumens, die u. a. eine Folge davon ist, daß andere Tauschmittel einen erheblichen Teil der Umsätze bewältigen.

Es wäre falsch, wenn man aus den bisherigen Darlegungen die Schlußfolgerung ziehen wollte, daß das, was für die eine Volkswirtschaft von Nutzen ist, auch für eine andereVolkswirtschaft vorteilhaft ist. Tatsächlich liegen die Verhältnisse so, daß während z. B. für die eine Volkswirtschaft eine Senkung der Preise nützlich ist, für die andere ein starker Preisanstieg erforderlich sein kann.[104] Das gleiche gilt auch für die Wahl, ob das innere Preisniveau oder der Valutakurs stabil gehalten werden soll.[105] Gerade die im Verlaufe der letzten Weltwirtschaftskrise gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß das, was für die Wirtschaft des einen Landes nützlich ist, für die Wirtschaft eines anderen Staates durchaus schädliche Folgen haben kann. Die Gegenwart ist gekennzeichnet durch gewaltige, in ihren Folgen noch gar nicht absehbare Umstel-

103. Pohle a. a. O., S. 18 ff., ist ebenfalls der Ansicht, daß die Geldvermehrung die Ursache von Preissteigerung und Wechselkursanstieg ist.

104. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 49.

105. Vgl. hierzu John Maynard Keynes: „A tract on monetary reform." London 1923, S. 154 ff.; derselbe: „Ein Traktat über Währungsreform." Übersetzt von Ernst Kocherthaler. München und Leipzig 1924, S. 158 ff.

lungen.[106] [107] Die ganze Entwicklung deutet darauf hin, daß sich in Zukunft Wirtschaftsgebiete größeren Umfangs absondern werden. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß man den früheren Zustand wird wiederherstellen können.

---

106. Vgl. Otto Donner: „Geld und Konjunktur. Beiträge zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik." Berlin 1934, S. 37.

107. In diesem Zusammenhang ist auch die von Gustav Cassel: „Die Krise im Weltgeldsystem." 3 Vorträge gehalten als Rhodes Memorial Lectures. Berlin-Charlottenburg 2, 1933, S. 36 ff., 75, gegebene Begründung des Preissturzes der letzten Weltwirtschaftskrise von Interesse. Danach hatten die Kriegsschulden- und Reparationszahlungen ein unverhältnismäßig hohes Ansteigen der Goldvorräte in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika zur Folge, da diese Länder, insbesondere Frankreich seit 1928/29, nicht die Kriegsschuldenzahlungen durch Kapitalausfuhr ausglichen. Außerdem gingen beide Staaten noch dazu über, im Ausland angelegtes Kapital in Gold umzuwandeln und zurückzuziehen. Hinzu kommt, daß diese Staaten sich weigerten, Zahlungen des Auslands an sie in Form einer Mehreinfuhr von Waren und Dienstleistungen anzunehmen, was zu einer weiteren Vermehrung des Goldimports führte. Von Anfang 1929 bis Mitte 1931 stieg der Goldbestand in Frankreich um 945 Millionen Dollar, in den Vereinigten Staaten von Amerika um 815 Millionen Dollar, während der Weltgoldvorrat (ohne Rußland) in der gleichen Zeit um 855 Millionen Dollar zunahm. Die übrigen Staaten, die also für über 900 Millionen Dollar Gold abgegeben hatten, konnten ihr Preisniveau auf dem Stand von 1928 nicht halten und mußten zur Verteidigung ihrer Goldreserven Deflationspolitik treiben. Infolge des jetzt einsetzenden Sinkens der Preise in diesen Ländern verschärfte sich der Wettbewerb auf dem Weltmarkt. Die Folge war ein weiteres, noch schärferes Absinken der Preise, das dann schließlich jenes ungeheure Ausmaß annahm. Der größte Teil der Gold abgebenden Länder mußte, da es in Anbetracht der in einigen Ländern herrschenden Starrheit der inländischen Preise und Löhne, besonders aber infolge der Belastung durch private und öffentliche Schulden, nicht möglich war, das inländische dem niedrigen internationalen Preisniveau anzugleichen, den Goldstandard aufgeben. So kam es letzten Endes zu einem vollständigen Zusammenbruch des ganzen internationalen Goldstandard-Systems. Warum führten aber die sehr hohen Goldansammlungen in Frankreich und in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht zu einer Vermehrung der effektiven Zahlungsmittel und damit zu einem Anstieg der inländischen Preise in diesen Staaten, wie es nach der klassischen Lehre vom automatischen Funktionieren des Goldstandards hätte eintreten müssen und was eventuell eine Umkehrung der Bewegung zur Folge gehabt hätte? Der Grund für das Ausbleiben dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß in beiden Ländern das Gold einfach in den Tresoren der Zentralbanken begraben wurde.

2. Teil.

Die Ergebnisse der Statistik.

1. Kapitel: Statistische Erkenntnisse.

Im folgenden möchte ich untersuchen, ob und wieweit die als Folge der vorgenommenen Währungsentwertungen [1] tatsächlich eingetretenen Preisveränderungen den theoretischen Erkenntnissen entsprechen oder von ihnen abweichen. Dabei wird der Begriff „Anpassung" in dem Sinne verwendet, daß als internationaler Gleichgewichtszustand die vor der Valutaentwertung vorhandene Lage angesehen wird und im Verlaufe der Entwertungsperiode Veränderungen dieses Zustands weder durch die Währungsverschlechterung selbst noch aus irgendwelchen anderen Ursachen eingetreten sind. Vergleicht man Kosten und Preise der Staaten mit fester Währung mit denen der Entwertungsländer, so erhält man ein Bild der durchschnittlichen Anpassung der Länder mit entwerteter Valuta an die Währungsentwertung für die einzelnen untersuchten Faktoren und für die einzelnen Entwertungsjahre.[2]

Bei der Untersuchung über das Ausmaß der Anpassung der Großhandels-, der Ein- und Ausfuhrpreise, der Löhne und Lebenshaltungskosten in den jeweils ersten vier Jahren nach der Entwertung kommt man zu dem Ergebnis, daß die mit den französischen Preisen und einem aus fünf Goldwährungsländern gewonnenen Durchschnittsindex verglichenen Großhandelspreise in den Staaten mit entwerteter Valuta im ersten Jahr nach der Währungsverschlechterung sich lediglich zu 25 % bzw. 8 % und im vierten Jahr bloß zu 42 % bzw. 36 % an die gleichen Preise in Frankreich und den fünf Goldwährungsländern angepaßt haben. An der geringen oder sogar negativen Anpassung

1. Vgl. Harris a. a. O., S. 260 ff.
2. Vgl. die Tabelle auf der folgenden Seite.

der Löhne und Lebenshaltungskosten kann man den erheblichen Wettbewerbsvorteil der Entwertungsländer erkennen. Die Anpassung der Einfuhrpreise betrug mehr als 50 % und war damit größer als die der Ausfuhrpreise. Auch diese waren niedriger als die Weltmarktpreise derselben Waren; einer Anpassung um 60 % im ersten Jahre steht eine solche um jeweils 37 % im zweiten und dritten Jahr nach der Entwertung gegenüber, während eine Anpassung zum mindesten der international gehandelten Waren um 100 % erwartet werden mußte. Die tatsächlich niedrigere Anpassung zeigt deutlich das Erfordernis der vorsichtigen Anwendung dieses Begriffs und wirft mehrere theoretische Fragen auf.

Anpassung der Großhandelspreise,[3] Lebenshaltungskosten, Löhne und Ein- und Ausfuhrpreise an die Entwertung:

Index	Anzahl der Länder	Durchschnittliche Anpassung[4] erstes	zweites	drittes	viertes Kalenderjahr der Entwertung
Großhandelspreise[5]	8	25	32	40	42
Großhandelspreise[6]	8	8	23	28	36
Lebenshaltungskosten[6]	9	— 4	2	0	— 1
Löhne[6]	11	1	2	—2	4
Einfuhrpreise[6]	11	68	50	56	—
Ausfuhrpreise[6]	11	60	37	37	—

3. Vgl. Harris, a. a. O., S. 260; danach sind Quellen: für die Lohnindizes: Statistical Yearbook of the League of Nations Geneva. 1934/35, S. 76; für die Großhandelspreise: Bank of England. „Statistical Summary." London. Oktober 1932, März 1935. — Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Bern; für die Ein- und Ausfuhrpreise: Review of World Trade. Geneva. 1934; für die Lebenshaltungskosten: laufende Nummern von „Wirtschaft und Statistik". Berlin.

4. Die Zahlen sind die Quotienten aus der prozentualen Veränderung im Werte des Bruches: Index (Preise, Löhne usw.) des Entwertungslandes französischer Index und dem Index der Franken (Gold)notierung, wenn es sich um negative Anpassungen handelt, bzw. der prozentualen Veränderung der Franken (Gold)notierung, wo positive Anpassungen auftreten. Auf diese Weise ist es möglich, beide Arten von Anpassung zu berücksichtigen, ohne daß die negativen Anpassungen zu sehr ins Gewicht fallen würden.

5. Verglichen mit dem Durchschnitt aus fünf Goldländern.

6. Verglichen mit den französischen Indizes.

1. Das reale Austauschverhältnis ist für die Staaten mit entwerteter Valuta weniger günstig, d. h. die Gleichgewichtslage aller Entwertungsländer wird verändert; denn für diese Staaten war ja die Aufrechterhaltung einer günstigen Zahlungsbilanz im allgemeinen schwierig, als sie noch keine Währungsverschlechterung vorgenommen hatten. Sehr oft war ein Absinken der Preise ihrer Ausfuhrwaren erforderlich. Wenn daher die Preise in den Entwertungsstaaten nicht im Ausmaße der Valutaentwertung anzogen, so heißt dies nicht etwa, daß keine völlige Anpassung erfolgt wäre, sondern zeigt die Tendenz der Entwicklung in Richtung auf den Gleichgewichtszustand. Die Anpassung ist demnach größer, als die statistischen Zahlen ohne weiteres zeigen.

2. Es ist jedoch auch möglich, daß die tatsächliche Anpassung an die Valutaentwertung kleiner ist, als aus den Statistiken zunächst hervorgeht. Gestaltet sich z. B. die wirtschaftliche Situation nach der Entwertung günstiger, so ist das neue Gleichgewichtsniveau der Preise höher als das bisherige. Ein anscheinend auf die Valutaentwertung zurückzuführendes Anziehen der Preise kann demnach teilweise lediglich Ausdruck eines veränderten Gleichgewichtszustands sein. In diesem Fall ist also die tatsächliche Anpassung kleiner als die statistischen Ergebnisse vermuten lassen.

Es taucht jetzt die Frage auf, wie das starke Auseinanderklaffen der Preisbewegungen der international gehandelten Waren zu erklären ist. Die eine Seite des Problems wird durch die Veränderungen in dem realen Austauschverhältnis beleuchtet. Am Weltmarkt sinken die Exportpreise der Entwertungsländer relativ; sie brauchen also nicht, und werden es auch nicht tun, im Ausmaß der Währungsverschlechterung anzuziehen, auch nicht bei einer in gleicher Weise erfolgenden Veränderung der Preise gleicher Erzeugnisse. Die Staaten mit entwerteter Valuta exportieren aus anderen Staaten nicht einführbare nichtstandardisierte Waren und in relativ großen Quantitäten Produkte, welche in besonders hohem Maße den durch inflatorische Maßnahmen in den Entwertungsländern verursachten deflationistischen Einflüssen unterliegen. Da Waren dieser Art in den Indizes der Staaten mit entwerteter Währung eine große Rolle

spielen, sinken die Exportindexziffern dieser Staaten, unter Berücksichtigung der Währungsentwertung gerechnet, sehr stark.

Warum sollten auch unter Berücksichtigung von Transportkosten- und Wechselkursveränderungen die Preisbewegungen selbst für ähnliche oder identische Waren immer die gleichen sein? Goldwährungsländer können nicht immer ihre Preise in ebensolchem Ausmaße senken wie Entwertungsländer, so daß identische Erzeugnisse verschiedene Preisbewegungen haben. Wenn aber die Exporteure der Länder mit stabiler Valuta ihre Preise denen der Staaten mit entwerteter Währung angleichen, so kann auch hier, sofern nicht bisher der Gewinn zu hoch war, noch ein verstecktes Ungleichgewicht der Kosten vorhanden sein.[7]

Die Preise der Importwaren sind nun im Verhältnis zu deren Preisen in den Goldwährungsländern tatsächlich nicht im Ausmaß der Valutaentwertung gestiegen. Der Umstand, daß viele Staaten ihre Währung entwertet haben und demzufolge die Preise ihrer Exportwaren auf dem Weltmarkt gesunken sind, erklärt diese Erscheinung durchaus nicht; denn ein Absinken der Preise auf den Märkten der Goldwährungsländer und denen der Entwertungsländer in gleichem Ausmaß begründet noch nicht den relativen Rückgang auf den Märkten letzterer Staaten. Nun sanken aber die Preise auf diesen Märkten besonders stark, weil die Exporteure sonst diese Absatzmärkte in großem Umfange verloren hätten. Die Entwertungsländer importierten demnach hauptsächlich im Preis stark gesunkene Waren, sie wurden also besonders günstig gestellt.

Eine weitere Ursache der Erhöhung der inländischen Preise der Importwaren auf den Märkten der Goldwährungsländer bilden die in diesem Zeitraum in den Staaten mit fester Valuta dauernd steigenden Zölle. Der Anpassungsgrad an die Valutaentwertung war also näher bei 100 % als die statistischen Zah-

---

7. A. C. Pigou: „Essays in applied economics." London 1923, S. 151 f., erwähnt z. B. die sehr großen Währungsgewinne der englischen Hersteller aus dem Außenhandel mit Deutschland, solange die Gleichgewichtslage noch nicht erreicht war. Die für eine Betrachtung des realen Austauschverhältnisses in Frage kommenden Preise der Importwaren müßten sich in diesem Falle nach unten hin bis zu dem Punkt anpassen, an dem ihre Höhe der normalen Gewinnmarge entspricht.

len ohne weiteres erkennen lassen. Von besonderem Interesse ist auch die Tatsache, daß das Ausmaß der Anpassung in den ersten Jahren größer ist als in dem folgenden Zeitraum.

Am stärksten erhöhten sich die Preise dort, wo der Valutawert am meisten gefallen war. In dem größten Teil der Staaten gaben die Großhandelspreise stärker nach als die Lebenshaltungskosten. Bemerkenswert ist aber die Tatsache, daß die Währungsentwertung die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten insofern besserte, als sie eine Mitursache für eine relative Senkung der Lebenshaltungskosten gegenüber dm Niveau der Großhandelspreise darstellte. Die Begründung für diese Erscheinung bildet die Abwehrpolitik der Staaten mit stabiler Valuta und die Tatsache, daß dort die Großhandelspreise schneller anzogen als die Lebenshaltungskosten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Staaten mit entwerteter Valuta wurde auch durch das Aufhören der bis 1931 überall, besonders stark in den späteren Entwertungsländern, zu beobachtenden Erhöhung der Reallöhne, welches durch die Beendigung des allgemeinen Preisfalls seit der Valutaentwertung bedingt war, gefördert.

Zweifellos sind die Entwertungsländer imstande, in Gold gerechnet, billiger zu liefern.[8] Die Staaten mit stabiler Währung sind also gezwungen, ihre Preise ebenfalls zu senken. Es wurde aber bereits darauf hingewiesen, daß das Ausmaß des Druckes auf die Goldpreise auf der einen Seite und die inflationistische Wirkung auf die inländische Preisstruktur des Staates mit entwerteter Valuta mehrere beachtenswerte Ursachen hat. 1. Hier ist zunächst die Zahl der Entwertungsländer von Bedeutung. Als anfangs nur eine verhältnismäßig nicht sehr große Anzahl von Staaten die Währung verschlechtert hatte, neigte das Goldpreisniveau in diesen Staaten dazu, sich dem höheren Niveau in den Staaten mit stabiler Währung anzugleichen. Als aber später die Währungen der meisten Staaten entwertet waren, sanken die Preise der Staaten mit fester Valuta in Richtung auf das niedrigere Niveau der Staaten mit entwerteter Valuta.[9] 2. Sodann

8. Über die preissenkende Wirkung der amerikanischen und britischen Währungspolitik auf die Goldpreise vgl.: „World Economic Survey." Geneva. 1933/34, S. 11, 96, 144; „Review of World Trade." 1932, S. 8; „World Production and Prices." Geneva 1925—1933, S. 54 f.

9. Es wird hier von den die Goldpreise in den Entwertungsländern erhöhenden Wirkungen der Währungsentwertung abgesehen.

werden oft die den Goldpreis senkenden Wirkungen der Valutaentwertungen übertrieben, dagegen ihr die inländischen Preise erhöhender Einfluß verringert dargestellt. Dies zeigen deutlich die Preisveränderungen in den Entwertungsländern während der Jahre 1929—1932 verglichen mit denen der Jahre 1933—1935.[10]

3. Schließlich bedarf der Begriff der Goldpreise einer vorsichtigen Anwendung. Werden die internationalen Warenbewegungen durch Importbeschränkungen stark gehemmt, so besteht der Preisindex der Staaten mit fester Valuta bzw. der auf Grund des Goldpreises errechnete Index in den Staaten mit entwerteter Währung hauptsächlich aus den inländischen Erzeugnissen. In diesem Falle geht der Begriff der Goldpreise eines großen Teils seiner Bedeutung verlustig, die er zu einer Zeit besaß, als ein reger internationaler Warenaustausch stattfand und demzufolge diese Waren stärker im Index vertreten waren.

2. Kapitel: Die Entwicklung der Wechselkurse.

Die Entwicklung der Wechselkurse,[11] seitdem sie in den letzten Jahren in Bewegung geraten sind, geht deutlich aus der nachfolgenden Tabelle hervor: [12] [20]

Goldwert der	Jahresdurchschnitt							
Valuten[13] [14] (Goldparität = 100)	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936 [22] [23]
Bulgarien			99,2	99,6	97,1	96,2	98,4	98,8
Dänemark	99,57	99,88	93,56	70,36	55,84	50,1	48,5	49,3
Estland			99,8	100,2	82,4	62,1	60,1	61,1

10. Vgl. hierzu auch die Ausführungen im zweiten Teil dieser Arbeit.

11. Vgl. auch Jessen a. a. O., S. 22; ferner Gifford: „The Devaluation of the Pound." London 1934, S. 70.

12. Vgl.: „Binnenmarktpreise und Weltmarktpreise" in „Wirtschaft und Statistik", 14. Jahrgang, 1934, Nr. 3, S. 82 ff.; ferner: „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung." Herausgegeben von Ernst Wagemann. 11. Jahrgang, 1936, Heft 2, Teil B, Neue Folge, S. 60; 9. Jahrgang, 1934, Heft 3, Teil B, S. 291.

13. Nach Bulletin Mensuel de Statistique, Genf (berechnet über den Gold-Dollar alter Parität), mit Ausnahme von Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika.

14. Den Goldwert ihrer Valuten haben ohne vorangegangene Entwertung gesenkt: Die Tschechoslowakei um 1/6 am 17. Februar 1934, Belgien um 28 % am 30. März 1935 und Danzig um 42,37 % am 2. Mai 1935.

Goldwert der			Jahresdurchschnitt					
Finnland			94,8	61,7	58,1	52,8	51,0	51,8
Griechenland			99,6	64,1	43,3	43,2	42,9	42,9
Groß-britannien [15]	99,80	99,91	93,17	72,02	68,07	61,8	59,8	60,7
Jugoslawien				93,2	77,7	76,9	77,0	77,2
Norwegen			93,5	67,2	62,7	56,3	54,6	55,4
Oesterreich [16]			96,9	82,4	79,2	78,2	68,7	79,2
Portugal				72,2	69,0	62,1	59,8	60,7
Schweden	99,96	100,21	94,46	69,02	64,54	57,8	56,0	56,9
Spanien			49,5	41,7	43,3	42,1	42,1	42,1
Aegypten			93,2	72,0	68,1	61,8	59,8	60,8
Argentinien [17]	98,60	86,29	69,26	60,66	56,00	47,2	45,7	46,5
Australien	99,04	94,13	72,46	57,62	54,45	49,1	47,4	48,4
Brasilien [17]			58,8	59,5	53,3	42,0	41,2	42,2
Britisch-Indien	99,21	98,84	92,26	72,34	68,19	61,9	60,1	61,0
Chile [17]			99,2	65,0	49,0	49,7	24,8	24,9
China [18]	88,21	63,75	47,04	46,34	44,16	48,7	51,9	42,4
Japan	92,60	99,17	98,17	56,74	40,52	35,6	34,2	34,7
Kanada	99,27	99,85	96,35	88,15	73,16	60,2	59,1	59,2
Mexiko			71,2	63,9	45,7	33,2	33,1	33,0
Neuseeland			85,3	65,8	54,7	49,3	47,7	48,8
Straits Settlem			92,4	71,2	67,8	62,0	59,8	61,1
Südafrik. Union			98,8	97,9	67,6	61,1	59,2	60,1
Ver. Staaten v. Am. [15 19 21]	100,00	100,00	100,00	100,00	80,57	59,7	59,4	59,2

15. Arithmetisches Mittel aus den Kursen in Paris, Zürich und Amsterdam.

16. Bis Ende Juni 1935 auf Grund der Notierung in Basel. In % der vor dem 30. April 1934 bestehenden Goldparität; am 30. April 1934 wurde der Goldwert des Schilling auf 78,7 % des früheren Goldwertes festgesetzt.

17. Amtlicher Kurs.

18. Auf Grund des Durchschnittskurses des Jahres 1929: 1 Shanghai Tael = 58,42 USA. cents.

19. In % der vor dem 31. Januar 1934 bestehenden Goldparität; am 31. Januar 1934 wurde der Goldwert des Dollar auf 59,06 % des früheren Goldwertes festgesetzt.

20. Vgl. „Die Währungen im Jahre 1933 und Anfang 1934" in „Wirtschaft und Statistik", herausgegeben vom Statistischen Reichsamt, Berlin, 14. Jahrgang, 1934, Nr. 6, S. 184 ff.; „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung", 11. Jahrgang, 1936, Heft 2, Teil B, Neue Folge, S. 60, Heft 3, Teil B, Neue Folge, S. 90; ferner Walter Croll: „Internationale Währungskonferenz?" in „Weltwirtschaft", Monatsschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr, Berlin. 24. Jahrgang, Heft 9, September 1936, S. 276.

21. Parallel mit dem Dollar entwickelten sich die Währungseinheiten von Cuba, den Philippinen sowie Panama, der Dominikanischen Republik und Haiti; der Colon Costa Ricas hat sich etwas stärker als der Dollar entwertet.

Die obige Tabelle läßt den ungemein starken Verfall der Wechselkurse in den Jahren nach 1931 klar erkennen. Ebenso ersichtlich ist aber auch, daß sich seit 1935 im allgemeinen nicht mehr sehr viel geändert hat. Zu beachten ist aber, daß infolge der neuen Abwertungswelle vom Herbst 1936 zu den oben aufgeführten Valuten noch die meisten anderen bisher stabil gebliebenen Währungen hinzugekommen sind.

Die verhältnismäßige Stabilität der Valuten war ein Erzeugnis mannigfaltiger Überwachungsmaßnahmen und vor allem des laufenden Eingreifens der Währungsfonds aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika.

3. Kapitel: Die Entwicklung der Preise.

Bevor ich jetzt die Entwicklung der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten verschiedener Staaten zur Darstellung bringe, möchte ich bezüglich ihres Vergleichs auf die bereits zu Beginn dieser Arbeit[24] gemachten Ausführungen verweisen. Ich betone nochmals, daß es angesichts der verschiedenen Art der Zusammensetzung der einzelnen Indizes (hinsichtlich der Art und der Menge der berücksichtigten Waren, der zeitlichen Basis, der Wägung der Preise usw.) im Rahmen dieser Arbeit nicht so sehr auf die absolute Höhe der Indexzahlen ankommt, sondern vielmehr auf ihre Bewegung, und zwar sowohl auf die Entwicklung der Indexzahl eines Staats als auch auf einen Vergleich der Veränderungen der Indexzahlen mehrerer Länder.

I. Die Bewegung der Großhandelspreise.[25] [26]

Im einzelnen entwickelten sich die Großhandelspreise folgendermaßen.[27] Schon einige Jahre vor Ausbruch der Weltwirt-

22. Durchschnitt der ersten neun Monate.

23. Ende September bzw. Anfang Oktober wurden die Währungen folgender Länder entwertet (die Zahlen in den Klammern stellen den Stand der betreffenden Währungen in v. H. ihrer früherer Parität zum neuen Dollar am 26. Oktober 1936 dar): Frankreich (70,1), Schweiz (70,4), Niederlande (79,3), Tschechoslowakei (70,0), Italien (59,0).

24. S. 13 ff.

25. Vgl. auch Volwassen a. a. O., S. 63 f.

26. Vgl. hierzu die laufenden Nummern von „Wirtschaft und Statistik", 11. Jahrgang (1931) — 16. Jahrgang (1936).

27. Vgl.: „Binnenmarktpreise und Weltmarktpreise" in „Wirtschaft und Statistik", 14. Jahrgang, 1934, Nr. 3, S. 82 ff.

schaftskrise, insbesondere seit 1926, begann sich eine Spanne zwischen Binnenmarktpreisen und Weltmarktpreisen zu bilden. Als sich im Verlauf der Weltwirtschaftskrise die Staaten immer mehr vom Weltmarkt absperrten, verursachte dies an den Binnenmärkten eine Abschwächung, am Weltmarkt dagegen eine Verstärkung des Preisfalls.[28] Im Jahre 1930 waren, entsprechend der Bewegung am Weltmarkt, auch die Großhandelspreise an den Binnenmärkten der einzelnen Länder für fast alle Waren abwärts gerichtet, so daß die Indexzahlen der Großhandelspreise Ende 1930 erheblich niedriger als zur gleichen Vorjahrszeit lagen.

Über das Ausmaß des Preisrückgangs in den einzelnen Staaten lassen sich einwandfreie Vergleiche wegen der unterschiedlichen Berechnungsmethoden der Indexzahlen nicht anstellen. So weisen die Indexzahlen für Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika, die beide im Gegensatz zu den Indexzahlen fast aller anderen Länder in weitgehendem Umfang Fertigwaren einschließen, schon deshalb eine verhältnismäßig geringere Bewegung auf. Von den methodischen Unterschieden der Indexberechnung abgesehen, zeigt die Preisbewegung der einzelnen Staaten sowohl untereinander als auch jeweils gegenüber der Bewegung am Weltmarkt mehr oder weniger große Abweichungen, die zum größten Teil durch staatliche und private wirtschaftspolitische Maßnahmen hervorgerufen wurden. Es handelt sich hierbei besonders um Zollerhöhungen europäischer Industrieländer für Getreide und Zucker, Stützungskäufe von Weizen und Baumwolle in den Vereinigten Staaten von Amerika, von Roggen im Deutschen Reich, von Baumwolle in Aegypten, Beimahlungszwang für Getreide und Beimischungszwang für Mehl (Weizen im Deutschen Reich, in Frankreich, Luxemburg, Schweden und der Tschechoslowakei und Roggen im Deutschen Reich, in Schweden und in der Tschechoslowakei). Außerdem wäre hier als Faktor der Loslösung der Inlandspreisbewegung von der Weltmarktpreisbewegung die Erhöhung der Steuerbelastung in einigen Staaten zu erwähnen.

---

28. Vgl.: „Der Verlauf der Großhandelspreise an den Binnenmärkten des Auslandes im Jahre 1930" in „Wirtschaft und Statistik", 11. Jahrgang, 1931, Nr. 3, S. 106 ff.

Das im Jahre 1931 [29] zu verzeichnende weitere Absinken der Weltmarktpreise veranlaßte weitaus die meisten Staaten zu Schutzmaßnahmen zugunsten der eigenen Produktion. Diese bestanden zunächst in der Erhöhung bestehender oder der Einführung neuer Zölle, um den Fall der Inlandspreise aufzuhalten. Nach Ausbruch der Kredit- und Währungskrisis mußten wirksamere Maßnahmen ergriffen werden, sollte nicht der zunehmende Drang zur Liquidierung der Warenvorräte auf dem Wege über den Weltmarkt die bestehenden Schwierigkeiten an den Binnenmärkten verschärfen oder neue auslösen. Einfuhrkontingentierungen, Einfuhrmonopole und staatliche Devisenbewirtschaftung schränkten die schon vorher gelockerten internationalen Wirtschaftsbeziehungen weiter ein. Mitte 1931 waren die Weltmarktpreise [30] für agrarische und industrielle Roherzeugnisse gegenüber dem durchschnittlichen Stand von 1925/29 um mehr als 50 % gesunken, die Großhandelspreise in Gold gerechnet in den meisten Staaten nur zwischen 25 % und 35 %. Die Folgen der hieraus resultierenden Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der meisten Staaten waren immer weitergehende Stützungsmaßnahmen, Ausfuhrprämien, allgemeine Aufwendungen für die Inlandsproduktion u. dergl. Schließlich griffen die meisten Länder, unter Vorantritt Großbritanniens, vom Herbst 1931 an zum Mittel der Währungsverschlechterung und beeinflußten so ihre Binnenmarktspreise. Ende 1931 waren die Großhandelspreise in den Staaten mit unterwertiger Valuta entweder höher (in Oesterreicht, Ungarn, Australien, China, Peru, Chile) oder nur wenig niedriger als ein Jahr zuvor, während in allen anderen Staaten, mit Ausnahme Frankreichs, die Preise weiter, immerhin infolge der zunehmenden Isolierung vom Weltmarkt weniger stark als 1930, sanken. Den bei weitem größeren Anteil an diesem Preisrückgang hatte im Zusammenhang mit den Kreditschwierigkeiten die zweite Hälfte des Jahres 1931.

---

29. Vgl.: „Die Großhandelspreise an den Binnenmärkten des Auslands im Jahre 1931" in „Wirtschaft und Statistik", 12. Jahrgang, 1932, Nr. 3, S. 81 f.

30. Vgl.: „Binnenmarktpreise und Weltmarktpreise" a. a. O., S. 82 ff.

Die schwierige Aufgabe, einerseits am Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben,[31] anderseits den Binnenmarkt vor allzu starken Erschütterungen infolge des Preissturzes zu schützen, ist den Ländern im Jahre 1932 durch die im Vergleich zu den Vorjahren verhältnismäßig geringe Abwärtsbewegung der Weltmarktpreise zu einem guten Teil erleichtert worden. Daher ergingen in diesem Jahre bei weitem weniger einfuhrhemmende oder ausfuhrfördernde Maßnahmen als im Vorjahr. Vielmehr wurden im allgemeinen lediglich die schon im Jahre 1931 begonnenen Maßnahmen weiter ausgebaut. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Ottawa-Zölle Großbritanniens und seiner Dominien.

In Gold gerechnet entspricht das Absinken der Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Spanien, der Schweiz, Norwegen, Dänemark, Belgien, Schweden, den Niederlanden und dem Deutschen Reich der Abschwächung der Weltmarktpreise um ca. 10 % vom Dezember 1931 bis Dezember 1932. In Spanien und in den nordischen Staaten ist dies durch einen weiteren Rückgang der Valuta erreicht worden. Konkurrenzfähiger wurden besonders Polen, China und vor allem Japan. In den meisten übrigen Staaten differenzierte sich das Preisniveau weiter vom Weltmarktpreisniveau, in den Goldwährungsländern (Frankreich, Tschechoslowakei, Italien) ebenso wie in den Staaten mit abgeschwächter Valuta (Großbritannien, Finnland). In Oesterreich und Australien war das Preisniveau bei gestiegener Valuta im Dezember 1932 ungefähr ebenso hoch wie ein Jahr vorher.

In der Landeswährung sanken die Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Kanada, Italien, Belgien, der Schweiz, den Niederlanden, dem Deutschen Reich, Südafrika und China ungefähr in demselben Ausmaß wie die Weltmarktpreise, während sie in Polen stärker zurückgingen. In Schweden, Oesterreich, Britisch-Indien, Spanien, Großbritannien, der Tschechoslowakei und Frankreich waren die Preise Ende 1932 um 3 % bis 7 % niedriger als im Jahr zuvor. In Norwegen und

31. Vgl.: „Die Großhandelspreise an den Binnenmärkten des Auslands im Jahre 1932" in „Wirtschaft und Statistik", 13. Jahrgang, 1933, Nr. 3, S. 83 f.

Dänemark blieb das Preisniveau unverändert, so daß die in den vorhergehenden Jahren in der Wirtschaft dieser Länder aufgetauchten Deflationsstörungen sich nicht verstärkten. In Japan, dessen Valuta um 52 % sank, waren die Großhandelspreise um 22 % höher. Im allgemeinen entfiel der größere Teil des Preisrückgangs auf die erste Jahreshälfte. Die folgende Tabelle stellt die Veränderungen der Großhandelspreise denen des Valutawerts gegenüber:

Land	Goldwert der Valuta	Veränderung Dezember 1932 gegenüber Dezember 1931	
		Großhandelspreise	
		in Gold	in der Landeswährung
Oesterreich	+ 3,9	± 0,0	— 3,6
Australien [32]	+ 0,9	— 0,6	— 2,6
Kanada [33]	+ 5,6	— 3,1	— 8,2
Tschechoslowakei	± 0,0	— 4,6	— 4,6
Italien	— 0,2	— 6,1	— 8,2
Brit.-Indien [32]	— 3,0	— 6,3	— 3,6
Frankreich	± 0,0	— 6,6	— 6,6
Großbritannien	— 2,7	— 7,2	— 4,5
Spanien [33]	— 3,4	— 7,6	— 3,6
Ver. St. von Amerika	± 0,0	— 8,2	— 8,2
Norwegen	— 9,2	— 8,6	+ 0,8
Dänemark	— 8,6	— 8,8	± 0,0
Belgien	± 0,0	— 8,9	— 8,9
Schweden	— 6,6	— 9,6	— 2,7
Niederlande	± 0,0	— 10,6	— 10,6
Deutsches Reich	± 0,0	— 10,9	— 10,9
Schweiz	± 0,0	— 11,0	— 11,0
Südafrikanische Union	+ 1,5	— 12,7	— 11,9
Polen	± 0,0	— 15,4	— 15,4
China [33]	— 10,9	— 21,7	— 12,2
Japan	— 52,4	— 41,8	+ 22,2
Weltmarkt (geschätzt)		— 10	

Als Mitte 1932 [34] der Fall der Weltmarktpreise im wesentlichen aufhörte, stiegen allmählich auch die Binnenmarktpreise in einer größeren Reihe von Staaten, vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika, die erst Anfang 1933 eine Währungs-

32. Dezember 1931 bis Oktober 1932.
33. Dezember 1931 bis November 1932.
34. Vgl.: „Binnemarktpreise und Weltmarktpreise", a. a. O., S.82 ff.

entwertung vornahmen. Infolge der hauptsächlich valutarischen Bedingtheit des Anstiegs der Binnenmarktpreise und ihres Nachhinkens hinter der Valutaentwertung verkleinerte sich die Spanne zwischen den Binnenmarktpreisen und den Weltmarktpreisen seit ihrem Höhepunkt, der Mitte 1932 erreicht war. In Gold gerechnet waren die Weltmarktpreise im Juni 1932 und auch Ende 1933 um 65 %, also um fast zwei Drittel, niedriger als 1925/29. Dagegen sanken die Binnenmarktpreise in Gold gerechnet im gleichen Zeitraum weiter. Mitte 1932 hatte von den bedeutenderen Ländern Japan mit 58 % den stärksten Preisfall, während die Goldwährungsländer zum größten Teil Rückgänge von 30 % bis 40 % gegenüber 1925/29 zu verzeichnen hatten. Ende 1933 stand Japan mit einer Senkung um 68 % nach wie vor an der Spitze, während die Goldwährungsländer — das Deutsche Reich, Frankreich, die Schweiz z. B. — wiederum nur einen Rückgang von 30 % bis 40 % aufweisen konnten.

Der in der Mehrzahl der Länder [35] zu verzeichnende Anstieg der Großhandelspreise, der sich dann noch weiter fortsetzte, ist hauptsächlich auf die Entwertung der Währungen zurückzuführen. In einem Teil der Entwertungsländer hatten die Großhandelspreise ihren tiefsten Stand bereits im Jahre 1931 erreicht. In den Vereinigten Staaten von Amerika begann der Anstieg im Frühjahr 1933 nach der Abwertung des Dollars. Danach gingen auch in vielen anderen Staaten die Preise nicht weiter zurück. Seit dem Frühjahr 1935 steigen die Rohstoffpreise an den Weltmärkten. Im Zusammenhang hiermit zogen im Laufe des Jahres 1935 auch die Großhandelspreise in den damaligen Goldblockländern an.

Im Jahre 1935 verstärkte sich der Preisanstieg nur in wenigen Ländern, besonders in Italien, Großbritannien und Japan; sonst ist eine Verringerung zu beobachten, und zwar vor allem infolge der Tatsache, daß im allgemeinen die Wechselkurse im Jahre 1935 nicht weiter sanken und daher die mit einer Verschlechterung der Währung verbundenen Auftriebskräfte fehlten,[36] die auch im Jahre 1934 noch die Hauptursache

35. Vgl.: „Die Großhandelspreise an den Binnenmärkten" in „Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 3, S. 113 ff.

36. Vgl. S. 77 f.

der Preiserhöhung gewesen waren. Zum Preisanstieg trugen in den meisten Staaten neben den Einflüssen des Weltmarkts auch binnen wirtschaftliche Vorgänge — der Ausfall der Ernte oder eine Umsatzsteigerung am Binnenmarkt z. B. — bei Vgl. hierzu auch die Tabelle auf der folgenden Seite, die die Binnenmarktpreise einzelnen Waren deren Weltmarktpreisen gegenüberstellt.[37]

Eine Valutaabschwächung begleitete das Anziehen der Preise am Binnenmarkt im Jahre 1935 lediglich in einigen Staaten, z. B. in Ungarn, Italien, Danzig, Belgien, China und Rumänien. In den vier letzteren Staaten war die Preissteigerung hauptsächlich valutarisch bedingt. Die folgende Übersicht zeigt die Veränderungen des Goldwerts der Valuta, des Goldpreises und der Großhandelspreise in diesen sechs Staaten von Ende 1934 bis Ende 1935:

Länder	Goldwert der Valuta %	Goldpreis[38] %	Großhandelspreise %	Steigerung der Großhandelspreise in % der Steigerung des Goldpreises
Rumänien	— 24,3	+ 32,1	+ 7,7	24
China	— 14,4	+ 16,8	+ 4,5	27
Belgien	— 28,0	+ 38,9	+ 23,7	61
Danzig	— 42,0	+ 72,4	+ 56,7	78
Ungarn	— 7,3	+ 7,9	+ 13,1	166
Italien[39]	— 5,8	+ 6,2	+ 25,9	418

Der im Jahre 1935 erfolgte Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Halbfabrikate wirkte sich allgemein auf den Binnenmärkten aus. In verschiedenen Staaten, z. B. in Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei, war die Preiserhöhung der ausländischen Waren am Binnenmarkt stärker als die Preis-

37. Über die Zusammensetzung und andere nähere Einzelheiten der Indexzahl der Weltmarktpreise vgl. „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, S. 218 ff.: „Zehn Jahre Preisentwicklung am Weltmarkt. Methoden und Ergebnisse einer Indexziffer der Weltmarktpreise für Rohstoffe und Halbfabrikate."

38. Reziproker Wert der Veränderung des Goldwerts der Valuta.

39. Letzte veröffentlichte Indexzahl der Großhandelspreise: Anfang November 1935 (Mailand).

steigerung der inländischen Produkte. Auch in der Schweiz und in den Niederlanden hatte der Preisanstieg vor allem außenwirtschaftliche Ursachen, standen doch die Preise der einheimischen Produkte immer noch zum größten Teil unter dem Druck der Deflationspolitik. In den meisten Staaten war die Preiserhöhung hauptsächlich binnenwirtschaftlich bedingt. Fast überall stiegen die Preise für Agrarprodukte stärker als für Industrieprodukte, besonders in Dänemark und der Schweiz (für pflanzliche Lebensmittel), in Bulgarien, Norwegen, Polen, Schweden, der Tschechoslowakei, Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika (für tierische Lebensmittel).

Die großen Unterschiede des Binnenmarktpreisniveaus der einzelnen Staaten sind aus der Entwicklung der Preise in Gold ersichtlich. Gegenüber dem Stand von 1925/29 war im Vergleich zu dem großen Vorsprung der Staaten mit entwerteter Valuta im Jahre 1935 das Preisniveau der damaligen Goldblockländer und der Staaten mit Devisenzwangswirtschaft sowie auch der Tschechoslowakei und Oesterreich relativ hoch. Das niedrigste Preisniveau unter den Entwertungsstaaten hatte Japan, unter Berücksichtigung des durch die verschiedenartige Zusammensetzung der Indexzahlen beeinträchtigten Erkenntniswerts. Innerhalb des Sterlingblocks sind nur geringe Unterschiede vorhanden. Das innere Preisniveau der Vereinigten Staaten von Amerika war gegenüber dem Stand von 1925/29 relativ hoch und blieb nur wenig hinter dem Preisniveau mehrerer Staaten zurück, die keine Währungsverschlechterung vorgenommen hatten. Wurde das Absinken der Binnenmarktpreise seit Beginn der Weltwirtschaftskrise in sämtlichen Staaten durch die verschiedensten Maßnahmen gemildert, so konnte der Sturz der Weltmarktpreise durch Eingriffe der Produzenten nur wenig aufgehalten werden. Daher wurde die Spanne zwischen Binnenmarktpreisen und Weltmarktpreisen immer immer größer und erreichte im Juni 1932 ihren Höhepunkt. Danach wurde die Spannung infolge der Valutaentwertungen zunächst geringer, im Sommer 1933 sanken jedoch die Weltmarktpreise wiederum stärker als die Binnenmarktpreise, in Gold gerechnet. Erst seit dem Frühjahr 1935 wurde die Spanne wieder geringer. Gegenüber dem Stand von 1925/29 waren Mitte 1932 die Weltmarkt-

preise um 61,5 %, die Binnenmarktpreise im Durchschnitt von 20 Ländern dagegen lediglich um 40,7 % gesunken; im Oktober 1935 lauteten die entsprechenden Zahlen 61,4 % und 47.6 %.

Soweit sich darüber jetzt schon ein Urteil fällen läßt, scheinen die Währungsentwertungen[40] vom Herbst 1936, in Gold gerechnet kaum zu stärkeren Senkungen der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Rohstoffe zu führen.

II. Die Bewegung der Lebenshaltungskosten.

Bevor ich die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und der Ernährungskosten zur Darstellung bringe, verweise ich auf die Ausführungen zu Beginn dieses Kapitels.[41] [42]

Der allgemeine Preissturz des Jahres 1930[43] wirkte sich in fast allen Ländern auch in den Lebenshaltungskosten aus. Lediglich in Frankreich lag die Indexzahl der Lebenshaltungskosten Ende 1930 höher als ein Jahr vorher. Im Durchschnitt betrug die Senkung der Lebenshaltungskosten in den wichtigeren Staaten etwa 5 % bis 8 %. Der prozentuale Rückgang der Einzelhandelspreise war in allen Ländern wegen der verhältnismäßig geringen Beweglichkeit der meisten Handelsunkosten nicht so stark wie derjenige der Großhandelspreise. Wie groß der Unterschied in der Bewegung der Großhandelspreise und der Kleinhandelspreise in den einzelnen Staaten war, läßt sich mangels hinreichenden Materials nicht angeben; keinesfalls ist hierzu ein Vergleich der Indexzahlen der Großhandelspreise und der Lebenshaltungskosten der einzelnen Länder geeignet. Die Indexzahlen der Lebenshaltungskosten sind mit den Indexzahlen der Großhandelspreise nicht vergleichbar, da beide in ihrer Zusammensetzung voneinander abweichen, und zwar sowohl hinsichtlich der Waren als auch hinsichtlich der Wägung. Die Unterschiede bestehen einmal darin, daß in der Indexzahl der Großhandelspreise Rohstoffpreise, vor allem aber auch die Preise

---

40. Vgl.: „Die Tendenz der Weltmarktpreise" in „Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 20, S. 790.
41. S. 79.
42. Vgl. auch Volwassen a. a. O., S. 63 f.
43. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im Jahre 1930" in „Wirtschaft und Statistik", 11. Jahrgang, 1931, Nr. 6, S. 233 ff.

solcher Waren enthalten sind, die in keiner Form in der Indexzahl der Lebenshaltungskosten wieder in Erscheinung treten (Rohstoffe der Produktionsgüterindustrien). Auf der anderen Seite wird die Bewegung der Indexzahl der Lebenshaltungskosten auch dadurch bestimmt, daß hier die Ausgaben für Wohnung und teilweise sogar auch für Leistungen berücksichtigt werden. Was die Wägung betrifft, so sind die Indizes der Großhandelspreise im allgemeinen nach der volkswirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Waren gewogen, während der Wägung der Indexzahl der Lebenshaltungskosten üblicherweise die Verbrauchsstruktur im Einzelhaushalt zugrunde liegt.

Nachdem besonders in der zweiten Jahreshälfte 1930 in verschiedenen Staaten in zunehmendem Umfang eine Herabsetzung der Löhne in die Wege geleitet worden war, um eine stärkere Anpassung der Preissenkung für Halbfabrikate und Fertigwaren an den Preissturz der Rohstoffe zu ermöglichen, versuchten einige Staaten, in dem Bestreben, die Kaufkraft der Lohnempfänger möglichst ungeschmälert zu erhalten, auch planmäßig auf die Verbilligung der Lebenshaltung einzuwirken. So unternahmen besonders Italien und das Deutsche Reich Preissenkungsaktionen, um die Preisrückgänge der vorausgegangenen Produktionsstufen bis auf die verbrauchsreifen Güter zu übertragen.

Im ersten Vierteljahr 1931 [44] sanken die Lebenshaltungskosten in nahezu sämtlichen Staaten weiter, und zwar stärker als im gleichen Vorjahrszeitraum, obwohl Nahrungsmittel in vielen Staaten nicht mehr so stark im Preise sanken. Dagegen verringerten sich die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung sowie für Bekleidung stärker, und die Wohnungsmieten stiegen im Gegensatz zu 1930 nicht mehr im bedeutenden Umfange an. In allen Staaten, mit Ausnahme Frankreichs, waren die Lebenshaltungskosten im März 1931 niedriger als im März 1930. Das gleiche gilt für die Ernährungskosten. Jedoch sanken diese im Deutschen Reich, in Großbritannien, Frankreich, Polen, Schweden, Finnland, Danzig und im Saargebiet von Dezember 1930

44. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im 1. Vierteljahr 1931" in „Wirtschaft und Statistik", 11. Jahrgang, 1931, Nr. 10, S. 389 f.

bis März 1931 weniger stark als im Vorjahr. Die konjunkturelle Senkung nahm also in diesen Staaten ab.

Im zweiten Vierteljahr 1931 [45] sanken die Lebenshaltungskosten in den meisten Staaten weiter. Die saisonmäßige Erhöhung der Ernährungskosten hatte jedoch eine geringere Abschwächung der Lebenshaltungskosten zur Folge als im vorhergehenden Vierteljahr. Eine geringe Steigerung sogar erfolgte im Deutschen Reich, in Danzig, im Saargebiet, in Oesterreich und in der Tschechoslowakei. Eine größere Unterschreitung des entsprechenden Vorjahrsstandes im Juni als im März, also noch verstärkt abfallende Tendenz, zeigen die Indexziffern für die Niederlande, Norwegen, Oesterreich, Polen, Schweden, die Schweiz, Britisch Indien und Kanada. In Frankreich waren als einzigem Land im Juni 1931 die Lebenshaltungskosten höher als ein Jahr zuvor.

Im dritten Vierteljahr 1931 [46] verursachten die internationalen Kreditschwierigkeiten ein erneutes verschärftes Absinken der Großhandelspreise, das sich auch auf die Kleinhandelspreise und Lebenshaltungskosten auswirkte. Die Lebenshaltungskosten behielten ihre saisonmäßig von Juli an überwiegend anziehende Tendenz nur in Oesterreich, Ungarn und Luxemburg bei. Der Rückgang gegenüber dem entsprechenden Vorjahrsstand war im September nur in Österreich, Schweden, Ungarn, Britisch Indien, Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika geringer, in allen anderen Staaten aber größer als im Juni. Das stärkste Absinken der Lebenshaltungskosten hatte Frankreich zu verzeichnen, nachdem hier bis Ende 1930 ein Anstieg zu beobachten war, während in den anderen Ländern die Lebenshaltungskosten schon seit 1929 sanken.

Ende 1931 waren die Lebenshaltungskosten [47] in allen Ländern — mit Ausnahme von Oesterreich, wo sie ebenso hoch wie

---

45. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im 2. Vierteljahr 1931" in „Wirtschaft und Statistik", 11. Jahrgang, 1931, Nr. 17, S. 642 f.

46. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im 3. Vierteljahr 1931" in „Wirtschaft und Statistik", 11. Jahrgang, 1931, Nr. 24, S. 866 f.

47. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im Jahre 1931" in „Wirtschaft und Statistik", 12. Jahrgang, 1932, Nr. 6, S. 172 ff.

Ende 1930 waren, und Ungarn, wo sie höher als Ende 1930 waren — niedriger als ein Jahr zuvor. Jedoch bestanden Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern hinsichtlich des Ausmaßes der Abwärtsbewegung. In den Goldwährungsländern sanken die Lebenshaltungskosten im Jahre 1931 stärker als im Jahre 1930, in den meisten Staaten mit unterwertiger Valuta dagegen geringer. In Italien, Norwegen und Kanada z. B. konnte die Währungsentwertung trotz ihres preissteigernden Einflusses ein stärkeres Absinken als 1930 nicht verhindern. Besonders stark war der Rückgang in Belgien und Luxemburg, wo 1930 nur eine geringe Abschwächung zu beobachten gewesen war, und in Frankreich, wo 1930 sogar noch ein Anstieg erfolgt war.

Im ersten Vierteljahr 1932 [48] sanken die Lebenshaltungskosten in den meisten Ländern, besonders stark in Deutschland — um 6,2 %, vor allem infolge der Preissenkungsaktion auf Grund der Notverordnung vom Dezember 1931 —, in Belgien (um 5,3 % und in Polen (um 4,4 %). In Oesterreich, Norwegen und Schweden wurde das nach der Beruhigung oder Erholung der Valuten erfolgte Absinken der Ernährungskosten durch Steigerungen für andere Ausgaben ausgeglichen, so daß die Lebenshaltungskosten auf dem Stand von 1931 blieben. Eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten weisen neben Britisch Indien und Japan, wo die Ursache hierfür in der Abschwächung der Valuten seit Dezember 1931 zu suchen ist, beachtenswerterweise auch, wenn auch nur in geringem Ausmaße, die Goldwährungsländer Frankreich, Italien, die Tschechoslowakei und Estland auf, und zwar infolge, z. T. saisonmäßig, gestiegener Ausgaben für Ernährung.

Im zweiten Vierteljahr 1932 [49] waren die Lebenshaltungskosten in den Goldwährungsländern und in den Staaten, deren Währung nur unbedeutenden Schwankungen unterworfen war, fast unverändert, so z. B. in Frankreich, in der Tschechoslo-

---

48. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im 1. Vierteljahr 1932" in „Wirtschaft und Statistik", 12. Jahrgang, 1932, Nr. 11, S. 343 f.

49. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im 2. Vierteljahr 1932" in „Wirtschaft und Statistik", 12. Jahrgang, 1932, Nr. 18, S. 575 f.

wakei, in den Niederlanden, in Dänemark, in Großbritannien und im Deutschen Reich. In Polen war eine Erhöhung um 2,9 %, in Italien dagegen ein Absinken um 1,7 %, in Belgien um 2,1 %, in der Schweiz um 2,8 %, in den Vereinigten Staaten von Amerika um 3,0 % und in Britisch Indien um 3,6 % zu verzeichnen. Von den Staaten mit schwankender Valuta wiesen Norwegen und Schweden trotz Valutaabschwächung ein leichtes Absinken der Lebenshaltungskosten auf, während diese in Oesterreich bei Valutabesserung etwas anstiegen. Insgesamt verlangsamte sich die Abwärtsbewegung der Lebenshaltungskosten.

Im dritten Vierteljahr 1932 [50] sanken die Lebenshaltungskosten in fast allen Ländern mit stabiler Valuta, so in den Vereinigten Staaten von Amerika um 0,7 %, in Oesterreich um 0,9 %, in der Schweiz um 1,4 %, im Deutschen Reich um 1,6 %, in der Tschechoslowakei um 1,9 %, in Italien um 2,3 %, in Frankreich um 3,4 %, in Danzig um 4,4 %, im Saargebiet um 4,7 %, in Polen um 6,6 %. In Belgien stiegen die Lebenshaltungskosten um 3 %. In den Staaten mit schwankender Valuta blieben die Lebenshaltungskosten unverändert, so in Großbritannien, Schweden, Norwegen, Kanada, oder stiegen an, so in Dänemark, Finnland, Britisch Indien, Japan. Nur in Ungarn sanken sie. Abgesehen von Ungarn und Kanada war der Goldwert der Valuten dieser Staaten im September geringer als im Juni.

Die Verlangsamung der Abschwächung der Großhandelspreise [51] und des Absinkens vieler Valuten führte auch dazu, daß die Einzelhandelspreise und die Lebenshaltungskosten in den meisten Staaten im Jahre 1932 weniger sanken als im Vorjahre; Ausnahmen bilden vor allem das Deutsche Reich mit 9,2 % gegen 7,9 % im Jahre 1931 und die Schweiz mit 7,6 % gegen 7,1 %. Diese Entwicklung wurde im Deutschen Reich durch die Ende 1931 begonnene Preissenkungsaktion der Regierung und in der Schweiz durch die aus dem überhöhten Inlandspreis-

---

50. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im dritten Vierteljahr 1932" in „Wirtschaft und Statistik", 12. Jahrgang, 1932, Nr. 23, S. 738 ff.

51. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im Jahre 1932" in „Wirtschaft und Statistik", 13. Jahrgang, 1933, Nr. 5, S. 144 f.

niveau und dem gesunkenen Fremdenverkehr sich ergebenden Schwierigkeiten verursacht. Gegenüber der Zeit vor dem Weltkriege stiegen die Lebenshaltungskosten am stärksten in der Schweiz und in den Niederlanden. Die zwischen den einzelnen Ländern bestehenden Unterschiede in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurden z. T. durch Währungsschwankungen bedingt. Beispielsweise sanken die Lebenshaltungskosten in Polen um 12,1 %, stiegen dagegen in der Tschechoslowakei um 2,2 %. In den Vereinigten Staaten von Amerika sanken die Lebenshaltungskosten um 9.6 %, im Deutschen Reich um 9,2 %, in der Schweiz um 7,6 %, in den Niederlanden um 3,4 %, in Frankreich um 2, 8 %, in Italien um 3,0 % und in Belgien um 2,1 %. In den meisten Ländern mit schwankender Valuta sanken die Lebenshaltungskosten nur wenig, stärker lediglich in Kanada (um 7,4 % bei um 5,1 % höherem Valutakurs) und in Spanien (um 12,5 % bei um 3.0 % gesunkenem Kurs der Peseta). Dagegen stiegen die Lebenshaltungskosten in Britisch Indien, Dänemark und vor allem in Japan (um 9.0 %) und in Griechenland (um 13,2%). Der bei weitem größere Teil der eingetretenen Veränderungen entfiel auf die erste Jahreshälfte.

Im ersten Vierteljahr 1933 [52] erfuhren die Lebenshaltungskosten in den meisten Staaten einen weiteren Rückgang, so in Britisch Indien um 3,6 %, in Großbritannien um 3.5 %, in Finnland um 2,8 %, in Japan um 1,2 %, in Norwegen um 0.7 % und in Schweden um 0,6 %. In diesen Staaten hatte der Rückgang teilweise seine Ursache in der zur gleichen Zeit erfolgten Befestigung der Valuten. In den Ländern mit annähernd stabiler Währung sanken die Lebenshaltungskosten z. B. in der Türkei um 6,0 %, in den Vereinigten Staaten von Amerika um 4,4 %, in der Tschechoslowakei um 2,8 %, in Belgien um 2,7 %, in Italien um 1,7 %, im Deutschen Reich und in der Schweiz um je 1,5 % und im Saargebiet um 0.6 %. Trotz starken Absinkens der Valuta wiesen die Lebenshaltungskosten einen Rückgang in Oesterreich um 2.8 %, in Kanada um 2,4 % und in Ungarn um

---

52.: Vgl. „Die Lebenshaltungskosten im Ausland im 1. Vierteljahr 1933" in „Wirtschaft und Statistik", 13. Jahrgang, 1933, Nr. 11, S. 337 f.

1,8 % auf. Einen Anstieg verzeichneten Polen um 0,3 %, Danzig um 0,5 %, Dänemark um 1,3 % bei um 7 % gesunkenem Kronenkurs und Frankreich um 1,4 %. In den meisten Ländern war der Rückgang geringer als im Jahre 1931.

Im zweiten Vierteljahr 1933 [53] sanken die Lebenshaltungskosten, wenn auch in verhältnismäßig geringem Ausmaße, in allen Staaten, mit Ausnahme von Deutschland, Oesterreich, der Tschechoslowakei, den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Norwegen, wo sie etwas anzogen, und Schweden, wo sie unverändert blieben. In den Vereinigten Staaten von Amerika, deren Währung im zweiten Vierteljahr 1933 fast 20 % ihres Goldwerts einbüßte, in Kanada, Schweden und Oesterreich hatten die Verlangsamung des Rückgangs oder der geringe Anstieg ihre Ursache in valutarischen Einflüssen. Im Juni 1933 waren die Lebenshaltungskosten in allen Ländern außer Japan niedriger als zur gleichen Vorjahrszeit. In den Vereinigten Staaten von Amerika stiegen die Lebenshaltungskosten im zweiten Vierteljahr 1933 nur um 1,4 %.

Zwar wirkt die Abschwächung der Valuta [54] im Gegensatz zum preiserhöhenden Einfluß am Binnenmarkt am Weltmarkt preissenkend. Jedoch stiegen angesichts des engen Zusammenhangs zwischen der Kursentwicklung der Valuta und den Notierungen an den Rohstoffmärkten die seit 1929 in besonders großem Ausmaß gesunkenen Preise für Agrarprodukte und industrielle Rohstoffe in Landeswährung gerechnet in den Staaten mit entwerteter Valuta, die zugleich zum großen Teil die Ursprungsländer dieser Erzeugnisse darstellen. Da sich nun die Preise der übrigen Waren anfangs nicht in einem der Währungsentwertung entsprechenden Umfang erhöhten, stieg am Binnenmarkt die Kaufkraft der Rohstofferzeuger. Abgesehen von der Bedeutung dieser Tatsache für die Wirtschaft der hier in Betracht kommenden Länder erhöhte das Zurückbleiben des inneren Preisniveaus hinter der Währungsverschlechterung die Ausfuhrmöglichkeiten dieser Staaten infolge Ermäßigung der Pro-

53. Vgl. „Die Lebenshaltungskosten im Ausland im 2. Vierteljahr 1933" in „Wirtschaft und Statistik", 13. Jahrgang, 1933, Nr. 17, S. 543 f.

54. Vgl.: „Währungskampf und Preisentwicklung" in „Wirtschaft und Statistik", 13. Jahrgang, 1933, Nr. 17, S. 540 f.

duktionskosten. Das Ausmaß dieser Senkung veranschaulicht die im folgenden dargestellte Tabelle: Es sanken die auf Gold umgerechneten Indexzahlen der Lebenshaltungskosten in den Ländern mit entwerteter Valuta von Mitte 1931 bis Mitte 1933

in den Vereinigten Staaten von Amerika	um 31 %
in Großbritannien	um 34 %
in Japan	um 55 %.

Dagegen sanken die Lebenshaltungskosten in den Goldwährungsländern wie folgt:

im Deutschen Reich	um 14 %
in der Schweiz	um 13 %
in Frankreich	um 12 %
in Belgien	um 12 %
in den Niederlanden	um 11 %
in Italien	um 9 %.

Die am Goldstandard festhaltenden Industriestaaten wurden, soweit sie die Rohstoffe nicht selbst erzeugten, durch den Anstieg der Rohstoffpreise doppelt belastet. 1. Sie benötigten für den Rohstoffimport höhere Beträge an ausländischen Zahlungsmitteln. 2. Die gestiegenen Weltmarktpreise der Rohstoffe beeinflußten die Kostengestaltung der Exportwaren dieser Staaten, die nicht den Vorteil einer valutarischen Ausfuhrprämie besaßen. So stiegen z. B. von Mitte 1932 bis Mitte 1933 die Preise der Einfuhrrohstoffe des Deutschen Reichs durchschnittlich um ca. 10 %, während die Preise der Fertigwaren und die überwiegend inlandbestimmten Rohstoffpreise im gleichen Zeitraum sich etwas abschwächten. Von Mitte August 1932 bis Mitte August 1933 veränderten sich die Großhandelspreise wie folgt (in %):

überwiegend auslandbestimmte Preise		überwiegend inlandbestimmte Preise	
Nichteisenmetalle	+ 9,4 %	Kohle	— 0,1 %
Textilien	+ 8,6 %	Eisen	— 1,2 %
Häute und Leder	+ 10,7 %	Chemikalien	— 1,9 %
Kautschuk	+ 38,3 %	Düngemittel	+ 2,2 %
Oele und Fette	+ 11,1 %	Baustoffe	— 2,1 %

Aus Vorstehendem geht klar hervor, daß die Entwertung der Währungen es den Staaten mit Goldwährung erschwerte, am Weltmarkt als Lieferant und also auch als Kunde zu erscheinen.

Im dritten Vierteljahr 1933 [55] stiegen die Indexzahlen der Lebenshaltungskosten in den meisten Ländern zum erstenmal seit Beginn der Weltwirtschaftskrise. Diese Erscheinung hatte ihre Ursache vor allem in valutarischen, teilweise allerdings auch in jahreszeitlichen Einflüssen, z. B. Preissteigerungen für einige Nahrungsmittel, wie Milch, Butter, Eier, Abbau der Saisonrabatte für Heizstoffe. Nur einige Staaten zeigten Ansätze zu einer konjunkturellen Belebung der Nachfrage. Unter Berücksichtigung der Saisoneinflüsse hatten von den Ländern mit stabiler Währung nur das Saargebiet, Danzig, die Niederlande und das Deutsche Reich höhere Lebenshaltungskosten. In Frankreich und in der Schweiz blieben sie unverändert, während sie in Italien, dessen Valuta sich etwas befestigte, in der Tschechoslowakei und in Polen weiter sanken. In den meisten Ländern mit schwankender Währung stiegen die Lebenshaltungskosten, wenn auch nirgends in dem Ausmaß der Valutaabschwächung. In der Türkei und in Ungarn sanken sie sogar trotz, allerdings geringer, Abschwächung des Goldwerts der Valuta. Schweden, Norwegen und Kanada wiesen leichte, valutarisch bedingte, Erhöhungen der Lebenshaltungskosten auf. In den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien, Britisch Indien, Finnland und Japan paßten sie sich der Valutaabschwächung stärker an. Vgl. hierzu auch die Tabelle auf der folgenden Seite. Am meisten stiegen die Lebenshaltungskosten im Zusammenhang mit der Kursentwicklung des Dollars in den Vereinigten Staaten von Amerika, und zwar um 7 %, d. h. auf einen gegenüber dem Tiefstand im April 1933 um 9 % und gegenüber dem Vorjahrsstand um 1,7 % höheren Stand.

Das Jahr 1933 [56] stellt einen Wendepunkt in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten dar. Abgesehen von Dänemark

---

55. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten im Ausland im 3. Vierteljahr 1933" in „Wirtschaft und Statistik", 13. Jahrgang, 1933, Nr. 23, S. 736 f.

56. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt Anfang 1934" in „Wirtschaft und Statistik", 14. Jahrgang, 1934, Nr. 4, S. 116 ff.

und Japan, deren Lebenshaltungskosten schon im Jahre 1932 einen Tiefstand zu verzeichnen hatten und danach anstiegen, erhöhten sich im Jahre 1933 zum ersten Male seit 1929 die Lebenshaltungskosten der meisten Goldwährungsländer und fast aller Staaten mit abgesunkener Valuta, allerdings in verschieden großem Ausmaße. Japan führte mit einer Erhöhung gegenüber dem Tiefstand um 14,2 %, gefolgt von den Vereinigten Staaten von Amerika mit einer Erhöhung um 8,0 %, Dänemark mit 6,1 %, Großbritannien mit 4,4 %, Belgien mit 4,0 %, dem Deutschen Reich mit 3,7 %, Frankreich, Oesterreich und Kanada mit ca. 2 %, Polen, Ungarn und der Schweiz mit etwa 1 %. In Schweden hörte der Preisfall auf, während er in Finnland, Norwegen, der Tschechoslowakei, Ägypten, Britisch Indien und China noch andauerte. Zuerst stiegen im allgemeinen die Ernährungskosten, oft in großem Ausmaße, so in den Vereinigten Staaten von Amerika um 15,9 %, in Japan um 10,1 %, in Kanada um 9,9 %, in Großbritannien und Belgien um je 8.8 %, im Deutschen Reich um 7,5 % und in Frankreich um 3.4 %.

Indexzahlen der Lebenshaltungskosten in den Ländern mit entwerteten Währungen	Veränderung von Juni bis September				
	Durchschn. 1925/29	1930	1931	1932	1933	1933 Kurs fremd. Goldvaluten [57]
Verein. Staaten v. Amerika	+0,6	—1,4	—0,4	—0,7	+7,0	+25,0
Japan	—0,3	—3,2	±0,0	+4,8	+3,2	+14,5
Britisch Indien	—0,2	—2,8	—0,9	+1,9	+3,0	+ 5,2
Finnland	+3,3	+2,3	—0,7	+1,4	+2,8	+ 6,9
Großbritannien	+1,6	+0,6	—1,4	±0,0	+2,2	+ 9,2
Kanada	+0,4	—1,9	—0,7	±0,0	+0,8	+ 8,5
Norwegen	—2,1	—0,6	—0,6	±0,0	+0,7	+ 8,0
Schweden	+0,1	—0,6	±0,0	±0,0	+0,7	+ 7,3
Oesterreich	+0,5	—2,7	+0,9	—0,9	—0,9	— 2,4
Ungarn	—0,9	—1,8	+3,6	—0,2	—3,1	— 0,9

57. Französischer Franc, Schweizer Franken, holländischer Gulden.

Indexzahlen der Lebenshaltungskosten in den Goldwährungsländern	Veränderung von Juni bis September			
	Durchschn. 1925/29	1930	1931	1932	1933
Niederlande	—1,3	—1,4	—1,5	±0,0	+1,5
Danzig	+0,4	—0,8	—2,3	—4,4	+1,2
Saargebiet	+3,4	±0,0	—7,4	—4,7	+0,4
Deutsches Reich	+1,3	—0,5	—2,8	—1,6	+0,2
Frankreich	+2,1	+3,8	—4,1	—3,4	±0,0
Schweiz	+0,2	+0,6	—0,7	—1,4	±0,0
Italien	+0,1	+2,0	+0,2	—2,3	—1,0
Tschechoslowakei	—0,2	—2,1	—2,8	—1,9	—2,2
Polen	—0,3	+0,8	—2,3	—6,6	—3,1

Im ersten Vierteljahr 1934 [58] sanken die Lebenshaltungskosten in der Mehrzahl der Staaten wieder infolge jahreszeitlich bedingten Rückgangs der Ernährungskosten und auch verstärkten Preisabbaus in mehreren Goldwährungsländern. So sanken die Lebenshaltungskosten in Belgien um 5,0 % — woran alle Bedarfsgruppen, wenn auch verschieden stark beteiligt waren —, in Polen um 2,3 %, in der Schweiz und in den Niederlanden dagegen nur um 0,8 % bzw. um 0,7 % trotz des hohen absoluten Preisniveaus dieser Staaten. Italien weist nur einen Rückgang um 0,1 % auf. Die hier vom Staat eingeleitete neue Deflationswelle hatte sich also noch nicht ausgewirkt. In den Staaten mit entwerteter Valuta war die Entwicklung unterschiedlich. Während sich die Valuten ungefähr gleich stark um 6 % bis 7 % senkten, stiegen die Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten von Amerika um 1,6 % und in Dänemark um 1,0 %, blieben in Schweden unverändert und sanken in Norwegen um 0,7 %, in Finnland um 1,2 % und in Großbritannien um 2,1 %. In der Türkei stiegen die Lebenshaltungskosten um 0,6 % bei geringer Befestigung der Valuta und in Japan um 0,2 % bei um 9 % gesunkener Valuta.

Im zweiten Vierteljahr 1934 [59] setzte sich der Rückgang der Lebenshaltungskosten hauptsächlich nur in den Goldwährungs-

58. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 1. Vierteljahr 1934" in „Wirtschaft und Statistik", 14. Jahrgang, 1934, Nr. 10, S. 315 f.

59. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1934" in „Wirtschaft und Statistik", 14. Jahrgang, 1934, Nr. 17, S. 576 f.

ländern, wie Belgien (um 6,9 %), Italien (um 6.4 % — zum Teil infolge der staatlichen Eingriffe in die freie Preisbildung —), Polen (um 3,7 %), die Niederlande (um 1.1 %), die Schweiz (um 0,8 %) und Frankreich (um 0,8 %), infolge deren Strebens nach Verstärkung ihrer Konkurrenzfähigkeit am Weltmarkt fort. Im Deutschen Reich stiegen die Lebenshaltungskosten um 0,7 %. Nur einige Länder mit entwerteter Währung, wie Kanada (3,2 %), Finnland (2,0 %), Japan (0.7 %), verzeichnen ein Absinken der Lebenshaltungskosten. Meistens blieben diese unverändert, wie in Oesterreich und China, oder zogen etwas an, am stärksten neben Ungarn (2,3 %) und Norwegen (2.1 %) in der Tschechoslowakei (2,2 %), worin die Herabsetzung des Goldwerts der Krone um ein Sechstel zum Ausdruck kommt, etwas geringer in Großbritannien (1,4 %), Schweden (1,3 %), Britisch Indien (1,1 %), Dänemark (0,9 %) und in den Vereinigten Staaten von Amerika (0,4 %). Die Ernährungskosten stiegen in den Entwertungsländern und sanken in den Goldwährungsländern. Ausnahmen bilden das Deutsche Reich mit einer Erhöhung und Finnland, Japan und Kanada mit einem Rückgang um 2.0 %, 2,4 % und 7,3 %.

Der Preisabbau der Goldwährungsländer[60] zwecks Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Entwertungsländern wurde im dritten Vierteljahr 1934 fortgesetzt. In Gold gerechnet sanken z. B. die Lebenshaltungskosten in fünf Staaten mit entwerteter Valuta (in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien, Japan, Schweden und Dänemark) durchschnittlich um 1,3 %, in fünf Ländern mit stabiler Valuta (in Italien, Polen, Belgien, in den Niederlanden und in der Schweiz) am gleichen Zeitraum jedoch um 3.3 %. Da die Valuten zumeist weiter sanken, stiegen die Lebenshaltungskosten in den Entwertungsländern, wie in Finnland (um 2.5 %), in Großbritannien (um 1,4 %), in den Vereinigten Staaten von Amerika (um 2,8 %), in Japan (um 1,0 %) und in Norwegen, weiter. Unverändert blieben die Lebenshaltungskosten in Oesterreich (bei geringer Befestigung der Valuta) und in Schweden. In Ungarn sanken

60. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 3. Vierteljahr 1934" in „Wirtschaft und Statistik", 14. Jahrgang, 1934, Nr. 21, S. 718 f.

sie bei leichtem Anziehen der Valuta um 1,2 %. In den Goldwährungsländern sanken die Lebenshaltungskosten vor allem in Frankreich (um 2,1 %), während sie in Polen und in der Schweiz unverändert blieben und in Italien um 0,5 % anstiegen, wo also die staatliche Preisabbauaktion keine weiteren Erfolge mehr zu verzeichnen hatte.

Nachdem die Lebenshaltungskosten [61] zum ersten Male nach langer Zeit im Jahre 1933 gestiegen waren, setzten sie diese Erhöhung im Jahre 1934 lediglich in den Staaten mit entwerteter Valuta und auch nur in geringem Ausmaße fort, während sie in den Ländern mit stabiler Valuta sich abschwächten. Die Verlangsamung des Auftriebs in den Staaten mit abgesunkener Valuta hat zum größten Teil ihre Ursache im Fortfall der Beruhigung an den Valutamärkten, des bis dahin bedeutendsten preissteigernden Faktors, seit dem Frühjahr 1934. Außerdem verringerte sich die Produktions- und Umsatzbelebung, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Großbritannien. Bei den Staaten mit abgeschwächter Valuta führten die Vereinigten Staaten von Amerika mit einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 4,5 % gegenüber Ende 1933, nachdem diese bereits im September 1934 um 4,8 % höher gewesen waren. Im einzelnen stiegen die Kosten für Ernährung um 9,3 % und für Wohnungsmiete um 6,4 %, während die Kosten für Heizung und Beleuchtung unverändert blieben und die für Bekleidung um 0,1 % niedriger waren. In Gold gerechnet erreichte die Indexzahl ihren Tiefstand im April 1934, von welchem Zeitpunkt ab sie sich bis Ende 1934 um 3,4 %, d. h. auf den Stand von Anfang 1934, erhöhte. In Finnland und Norwegen stiegen die Lebenshaltungskosten im Laufe des Jahres 1934 um 2,1 %, in Schweden um 1,3 %, in Britisch Indien um 1,0 %, in Großbritannien um 0,7 % (Ernährungskosten um 0,8 %, Kosten für Bekleidung um 1,4 %, übrige Gruppen unverändert), in Ungarn um 0,5 % und in Japan um 0,3 %. In Kanada waren sie unverändert, in Oesterreich (Wien) um 0,9 % niedriger. In der Tschechoslowakei hörte der Rückgang im April, infolge der im

61. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt Ende 1934" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 3, S. 99 f.

Februar erfolgten Herabsetzung des Goldwerts der Krone um ein Sechstel, auf. Danach war ein Anstieg zu verzeichnen, dem aber wieder ein Rückgang auf den Stand von 1933 folgte. Bei den Staaten mit stabiler Valuta führte Polen mit einem Rückgang der Lebenshaltungskosten gegenüber Ende 1933 um 9,2 %, gefolgt von Italien mit einem Rückgang um 5,7 % (infolge staatlicher Eingriffe), Frankreich mit einem solchen um 4,0 %, Belgien mit 3,1 %, nachdem der Rückgang im Mai 1934 schon 8,8 % betragen hatte, den Niederlanden mit 2,6 % und der Schweiz mit 1,5 %, welcher Stand bereits im Sommer 1934 erreicht war. Im Deutschen Reich sanken die Lebenshaltungskosten im Jahre 1934 zunächst, stiegen darauf von Mai bis August und verharrten dann auf einem gegenüber Ende 1933 um 1,3 % höheren Stand.

Im ersten Vierteljahr 1935 [62] gingen die Lebenshaltungskosten, zum Teil jahreszeitlich bedingt, in den Goldwährungsländern zurück, so in den Niederlanden um 1,5 % (Kosten für Ernährung um 3,3 %, für Bekleidung um 3,8 %), in Polen und in der Schweiz, vor allem infolge niedrigerer Preise für Nahrungsmittel, um 1,6 %, in Frankreich um 2,0 %, besonders infolge der nach der monatlichen Indexzahl für Kleinhandelspreise um 5 % gesunkenen Nahrungsmittelpreise (für Brot um 12 %, für Weizenmehl um 14 %). Nur in Italien stiegen die Lebenshaltungskosten, hauptsächlich wohl infolge der Abschwächung des Lirakurses um 3 %. Auch in den meisten Staaten mit entwerteter Valuta sanken die Lebenshaltungskosten weiter, obwohl der Goldwert der Valuten sehr oft einen erneuten Rückgang erfuhr, in Oesterreich und Britisch Indien z. B. um 1,0 %, in Finnland um 2,5 % und in Großbritannien um 2,8 % (lediglich infolge um 4,8 % gesunkener Ernährungskosten). In Norwegen, Schweden und Japan blieben die Lebenshaltungskosten unverändert, während sie in der Tschechoslowakei um 0,7 % (Kosten für Ernährung um 1,1 %, für Bekleidung um 1,0 %), in Kanada um 0,8 %, in Dänemark um 0,9 %, in Ungarn um 1,4 % und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 2,0 % anzogen. Da

62. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 1. Vierteljahr 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 10, S. 365 f.

nun der Goldwert des Dollars nur geringfügig zurückging, war dieser Preisanstieg wohl binnenwirtschaftlich bedingt, vor allem durch die Preissteigerungen für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte, die durch die Notschlachtungen von 1934 mit der daraufhin erfolgten Angebotsverringerung verursacht wurden. So stiegen die Einzelhandelspreise für Fleisch um fast 25 % (seit dem Vorjahr um fast 40 %) und für Molkereierzeugnisse um fast 5 %. Die Ernährungskosten zogen um 6,5 % an, die Wohnungsmieten um 1,6 %, während die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung um 1,7 % sanken. Im Deutschen Reich sanken die Lebenshaltungskosten nach vorübergehendem leichtem Anstieg im Januar und Februar im März 1934 wieder auf den Stand von Dezember 1933.

Im zweiten Vierteljahr 1935 [63] veränderten sich die Lebenshaltungskosten bei gestiegenen Ernährungskosten und gesunkenen Heizungs- und Beleuchtungs- bzw. Bekleidungskosten nur wenig. So bewegte sich in der Türkei, in den Niederlanden, in Kanada, Frankreich und Japan die Abschwächung nicht über 1,1 % ((Japan) hinaus, und die Steigerung in Finnland, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Schweden, Norwegen, im Deutschen Reich, in Dänemark und in Ungarn betrug weniger als 1 %. In der Schweiz waren die Lebenshaltungskosten unter leichten Schwankungen unverändert. Stärker, vor allem infolge erhöhter Nahrungsmittelpreise, stiegen die Lebenshaltungskosten in Oesterreich (um 1,9 %), in Polen (um 2,1 %), in Großbritannien (um 2,9 %), in Italien (um 3,0 %), in Britisch Indien (um 3,1 %), in der Tschechoslowakei (um 3,7 %), in Belgien (um 4,3 %) und in Danzig (um 12,9 %). In den letzten beiden Staaten wurde der Anstieg durch die Abwertung des Belga und des Guldens verursacht. In Italien bedingten die militärischen Vorbereitungen gegen Abessinien mit dem hierdurch hervorgerufenen Anwachsen des Heeresbedarfs zusammen mit der Abschwächung des Lirakurses eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten um 3,0 % (wobei die Kosten für Ernährung um 5,4 % und die Ausgaben für Bekleidung um 4,1 % stiegen), gegenüber

63. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 18, S. 684 ff.

dem Vorjahrsstand um 4,6 % (die Ernährungskosten stiegen im gleichen Zeitraum um 9,5 %). In den Goldwährungsländern sanken die Lebenshaltungskosten nur vereinzelt, so in Frankreich um 0,8 % (gegenüber dem Vorjahr um 6,1 %) und in den Niederlanden um 0,7 % (wobei die Kosten für Ernährung um 0,6 % und die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung um 0,8 % sanken, während die Kosten für Bekleidung um 1,0 % stiegen). In Polen stiegen sie um 2,1 %; in der Schweiz blieben sie unverändert (jedoch stiegen hier die Ernährungskosten um 0,9 %, während die Ausgaben für Wohnung um 1,1 %, für Heizung und Beleuchtung um 1,8 % und für Bekleidung um 0,9 % sanken).

Da die Nahrungsmittelpreise [64] im dritten Vierteljahr 1935 weiter, zum Teil beträchtlich, anstiegen, erhöhten sich auch die Lebenshaltungskosten, so in Japan um 4,1 %, in Ungarn um 3,3 %, in Finnland um 3,2 %, in Polen um 2,8 %, in Britisch Indien, der Schweiz, Großbritannien, Norwegen und den Vereinigten Staaten von Amerika um 1 % bis 2 % und in Kanada, Schweden und dem Deutschen Reich um weniger als 1 %. Eine Senkung erfolgte in den Niederlanden, in Italien, in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und, besonders stark, in Frankreich (um 4,3 %) und in der Türkei.

Im Jahre 1935 [65] stiegen also die Lebenshaltungskosten in weitaus den meisten Staaten, am stärksten in Danzig und Belgien — die im Frühjahr 1935 eine Abwertung ihrer Währungen vorgenommen hatten —, gefolgt von Britisch Indien, den Vereinigten Staaten von Amerika, Ungarn, Italien, Japan, Kanada, der Tschechoslowakei, Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Schweden, Finnland, der Türkei, dem Deutschen Reich und der Schweiz. Unverändert waren sie in Oesterreich, während sie in China, den Niederlanden, Polen und Frankreich bei einem Anstieg in der zweiten Hälfte des Jahres Ende 1935 niedriger als ein Jahr vorher waren. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten wurde vor allem durch die Entwicklung der Ernährungskosten verursacht.

64. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 3. Vierteljahr 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 21, S. 801 f.

65. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt Ende 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 4, S. 164 ff.

In den Staaten, in denen der Tiefstand bereits in den Jahren 1931 bis 1934 erreicht war, setzte sich der Anstieg im Jahre 1935 fort, in anderen konnte erstmalig eine Erhöhung festgestellt werden, anders in Polen, das im Dezember 1935 einen neuen Tiefstand aufwies. Gegenüber dem Tiefstand stiegen die Lebenshaltungskosten am stärksten, d. h. mehr als 10 %, in Dänemark, Japan, den Vereinigten Staaten von Amerika, Britisch Indien, China und Belgien, am geringsten in Schweden, der Tschechoslowakei, Oesterreich, der Schweiz, den Niederlanden und Frankreich.

In den Entwertungsländern war bei wenig veränderten Wechselkursen der Anstieg stärker als in den Staaten mit Devisenbewirtschaftung und besonders den Goldblockländern, in denen sie vielfach noch sanken. Das Ausmaß der internationalen Streuung der Lebenshaltungskosten ist daran zu erkennen, daß diese, in Gold gerechnet, Ende 1935 in den Niederlanden noch um 37 % über, in Japan dagegen um 47 % unter dem Vorkriegsstand lagen. Auch in der Schweiz, im Deutschen Reich, in der Türkei und in Italien waren sie höher als in der Vorkriegszeit, in Frankreich etwas niedriger, bei Ausschaltung der Valutaveränderung. In den meisten Staaten mit entwerteter Valuta waren sie, in Gold gerechnet, gegenüber der Zeit vor dem Weltkriege um 10 % bis 20 % niedriger, z. B. in Schweden, Großbritannien, Oesterreich, der Tschechoslowakei, den Vereinigten Staaten von Amerika, Dänemark und Norwegen. Stärker sanken sie in Japan und in Agrarländern wie Bulgarien, Polen, Finnland und Ungarn.

Im ersten Vierteljahr 1936 [66] war die Entwicklung der Lebenshaltungskosten uneinheitlich. Sie stiegen z. B. vor allem in Japan und Frankreich, weniger in Norwegen, im Deutschen Reich, in der Tschechoslowakei und in Ungarn, während sie in den meisten anderen Staaten, so in den Niederlanden, in Oesterreich, in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Danzig, in Finnland, in der Türkei, in Großbritannien, in Polen und in Britisch Indien, sanken. In Schweden und in der Schweiz waren

66. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 1. Vierteljahr 1936" in „Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 9, S. 364 ff.

sie gegenüber Dezember 1935 unverändert. Die Rückgangstendenz war hauptsächlich jahreszeitlich bedingt und auch in den vorhergehenden Jahren zu beobachten gewesen. In den Niederlanden, in Oesterreich, in Finnland, in der Türkei und in Großbritannien war die Abschwächung sogar geringer als in der gleichen Vorjahrszeit. In Danzig, wo dies nicht der Fall war, war die Senkung eine Folge der durch die Guldenabwertung verursachten vorhergehenden Preissteigerungen. Konnte man bisher im allgemeinen einen Unterschied in der Entwicklung der Lebenshaltungskosten zwischen den Entwertungsländern und den übrigen Staaten feststellen, dergestalt, daß sie in letzteren sanken und in ersteren stiegen oder sich wenig veränderten, so existiert nunmehr nur noch ein gradueller Unterschied bezüglich des Anstiegs. Dieser geht in den Entwertungsländern schneller vor sich als in den anderen Staaten. Freilich ist in jenen sehr oft der Stand vor der Währungsverschlechterung nicht oder lediglich geringfügig überschritten, z. B. in Großbritannien, Norwegen, Oesterreich und Schweden. Auch der Anstieg in Dänemark um 12 %, in Japan um 23 % und in den Vereinigten Staaten von Amerika um 18 % seit der Zeit vor der Währungsentwertung kann gering genannt werden gegenüber dem Ausmaß der Abschwächung der Währung. Bezüglich der Bedeutung der Valutaentwertung für die weltwirtschaftliche Position der Entwertungsstaaten ist aber zu beachten, daß die Nicht-Entwertungsländer noch stärkere Rückgänge aufzuweisen haben, die Goldwährungsländer durchschnittlich um etwa 15 %. In allen Entwertungsländern hat die innere Preisentwicklung den valutarischen Kostenvorsprung gegenüber den anderen Staaten zum Teil, wenn auch bisher meistens nur um weniger als die Hälfte, wieder ausgeglichen.

Im zweiten Vierteljahr 1936 [67] stiegen die Lebenshaltungskosten weiter, so besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika (um 2,3 %), in Frankreich (um 2,3 %), in Danzig (um 2,1 %), in Polen (um 1,7 %), in Großbritannien (um 1,4 %) und in Oesterreich (um 1,3 %). In Norwegen, in der Tschecho-

67. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1936" in „Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 15, S. 589 f.

slowakei und im Deutschen Reich war der Anstieg geringer. In der Schweiz und in Schweden waren die Lebenshaltungskosten unverändert und in Ungarn, Kanada, Japan, Finnland und Britisch Indien waren sie niedriger. Höher als zur gleichen Vorjahrszeit waren sie in allen Staaten, außer in Polen, in Britisch Indien und in Oesterreich, oft jedoch nur gering, so in der Tschechoslowakei, in Finnland, in Dänemark, im Deutschen Reich, in Schweden und in Frankreich; in letzterem stiegen sie jedoch gegenüber dem Tiefstand im dritten Vierteljahr 1935 um rund 6 %.

4. Kapitel: Die Entwicklung in den wichtigsten Staaten.

Wie kam es nun in den bedeutenderen Staaten zur Währungsentwertung? Welche Ursachen führten hierzu und wie verhielten sich die Preise nach erfolgter Entwertung der Valuta? Die Ausführungen in diesem Kapitel wollen versuchen, dies zur Darstellung zu bringen.

I. Belgien.

Die belgische Währung[68] gilt nur für einen kleinen Staat, dessen Bevölkerung von 8,1 Millionen auf einem Gebiet von 30 440 qkm lebt, d. h. es entfallen 266 Menschen auf den Quadratkilometer gegenüber 140 im Deutschen Reich und 76 in Frankreich, den beiden Nachbarstaaten. Es ist daher notwendig, daß die erforderlichen Lebensmittel vom Ausland gegen Industrieprodukte eingetauscht werden. Es ist also nicht verwunderlich, wenn der Außenhandel Belgiens je Kopf der Bevölkerung doppelt bis dreifach so groß ist wie der des Deutschen Reichs. So erreichte im Jahre 1929 die belgische Ausfuhr eine Höhe von 446 RM je Einwohner und die Einfuhr eine solche von 497 RM. Seitdem sanken Import und Export bis 1934 um ungefähr 60 %. Dieser Umstand mußte sich bei einer derartigen Bedeutung des Außenhandels auf allen Gebieten der belgischen Volkswirtschaft auswirken. Einige große Gewebegruppen führten bis zu 75 %

68. Vgl. hierzu Jessen a. a. O., S. 28 ff.

ihrer Erzeugung aus, so daß ihre Arbeiter entsprechend von der Einfuhr ausländischer Lebensmittel abhingen.

In geldwirtschaftlicher Hinsicht machte Belgien in und nach dem Weltkriege eine Geldentwertung ähnlich der französischen durch. Im Jahre 1920 hatten die Preise einen Stand von 450 (April 1914 = 100) erreicht, stiegen darauf bis 1927 auf 850, auf welchem Niveau sie bis 1929 blieben, und sanken dann infolge einer rigorosen Deflationspolitik von 1929 bis 1934 auf 470.[69]

Ende 1925 kündigte Belgien die Zugehörigkeit zur lateinischen Münzunion. Am 25. Oktober 1926 wurde die belgische Währung endgültig stabilisiert und der Belga geschaffen. Die Parität der neuen Währungseinheit war gleich 75 % des Goldfranken der Zeit vor dem Weltkriege. Diese eigene Währung gilt demnach für ein Land, dessen Fläche und Einwohnerzahl nur wenig höher als die der preußischen Rheinprovinz und dessen Wirtschaftsstruktur dieser ähnlich ist. Die neue Währung wurde zwar gehalten, die Produktion aber fiel vom Höchststand im Jahre 1929 bis 1934 um 33 %. In der gleichen Zeit verdreifachten sich die Zahlungseinstellungen. Die Sparbildung verringerte sich rasch, zeitweilig waren die Abhebungen größer als die Einzahlungen; man lebte also aus der Substanz. Der Kreditmarkt war blockiert, weil die belgische Industrie erst sehr spät rationalisierte und daher mit einer zu hohen Bankverschuldung von der Weltwirtschaftskrise überrascht wurde. Der allgemeine Rückgang der Umsätze führte zum Absinken des Steueraufkommens und erschütterte dadurch den öffentlichen Haushalt. Dieser wies chronische Fehlbeträge auf. Der Geldmarkt erlaubte nicht eine erhebliche Vergrößerung der Staatsschuld. Es fehlte somit an Mitteln für eine wirksame Arbeitsbeschaffungspolitik.

Im August 1934 machte Ministerpräsident de Brocqueville einen Auftauungsversuch, indem er ein Finanzierungsinstitut beauftragte, das aber der Aufgabe nicht gewachsen war. Bank-

---

69. Vgl. hierzu auch „Der deutsche Volkswirt", Berlin, 8. Jahrgang, Nr. 31, 45; 9. Jahrgang, Nr. 8, 25, 37, 49; 10. Jahrgang, Nr. 10, 17, 29, 45; 11. Jahrgang, Nr. 6.

zusammenbrüche führten zu einer Erhöhung des Mißtrauens. Im Februar 1935 verschlechterte der Rückgang des Pfundes die Aussichten für den belgischen Außenhandel mit den Pfundländern. Die ausländischen Gelder wurden in noch größerem Umfange aus Belgien zurückgezogen, und selbst das Inland ging zur Kapitalflucht über. Innerhalb kurzer Zeit wurden 20 % der Einlagen abgehoben. Ein letzter Versuch, von Frankreich Hilfe zu erhalten, scheiterte, weil Frankreich wohl eine Anleihe gewähren konnte, aber Rücksicht auf seine eigene Wirtschaft nehmen und daher eine Steigerung des Imports belgischer Produkte ablehnen mußte.

Von mehreren Wegen, die in diesem Zeitpunkt nach Ansicht der belgischen Regierung in Betracht kamen, erschien ihr nur einer gangbar. Sie verwarf aus innen- und außenpolitischen Gründen den Gedanken eines auch nur kurzen Banken- und Zahlungsmoratoriums und lehnte auch eine neue Deflationspolitik ab. Eine großzügige Arbeitsbeschaffungspolitik konnte sie nicht betreiben, weil sie die hierzu notwendigen Mittel nicht aus dem Kreditmarkt herausholen konnte und eine Inflation vermieden werden sollte. So traf sie schließlich ihre Entscheidung zugunsten der Abwertung.

Am 30. März 1935 wurde der Goldgehalt des Belga um 28 % herabgesetzt. Der Abwertungssatz wurde damit begründet, daß die belgischen Preise gegenüber denen der angelsächsischen Länder um 27—28 % überhöht wären.

Bis Mitte Mai 1935 [70] [71] stiegen im Gefolge der Abwertung des Belga um 28 % die Großhandelspreise für in- wie für ausländische Produkte stark an, zum Teil sogar in höherem Ausmaß als 28 %. Von März 1935 bis April 1935 zogen die Preise für Textilrohstoffe um 21 % bis 32 %, für Textilprodukte um 26 % und für Metallwaren um 22 % an. Nicht oder nur sehr wenig erhöhten sich in der gleichen Zeit die Preise von Glas, Kohle,

---

70. Vgl.: „Der deutsche Volkswirt", Berlin, 8. Jahrgang, Nr. 31, 45; 9. Jahrgang, Nr. 8, 25, 37, 49; 10. Jahrgang, Nr. 10, 17, 29, 45; 11. Jahrgang, Nr. 6.

71. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 1. Vierteljahr 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 10, S. 365 f.

keramischen und chemischen Produkten[72]. Zwecks Verhinderung eines zu starken Preisanstiegs wurde von der belgischen Regierung eine Kommission zur Überwachung der Indexzahlen der Kleinhandelspreise eingesetzt und ein Gesetz gegen Preistreiberei erlassen.

Bis Juni 1935 erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um 4,3 %.[73] Während jedoch die Großhandelspreise für Lebensmittel um 25 % und für Textilrohstoffe um 36 % anzogen, stiegen die Ernährungskosten nur um 7 % und die Kosten für Bekleidung lediglich um 2,6 %. Diese Diskrepanz erklärt sich aus dem Vorhandensein größerer Lagervorräte des Einzelhandels. Vgl. hierzu auch die Tabelle auf der folgenden Seite.

Im dritten Vierteljahr 1935[74] stiegen die Lebenshaltungskosten um 5,5 %, die Ernährungskosten um 10,2 %, von März 1935 bis September 1935 um 10 % bzw. 18 %. Die Indexzahl der Kleinhandelspreise (1914 = 100) stand im März 1935 auf 621, im Juni auf 649, im September auf 670 und Mitte Oktober 1935 auf 684, also um über 10 % höher als im März 1935.

Die Großhandelspreise,[75] die sofort nach der Abwertung sich um 19 % erhöht hatten, blieben darauf bis August 1935 stabil, um dann bis November 1935 infolge der Preisbewegungen auf dem Weltmarkt auf einen gegenüber März 1935 um 25 % höheren Stand zu steigen. Die Einzelhandelspreise waren nach ziemlich gleichmäßigem Anstieg gegenüber dem gleichen Zeitpunkt um 11 % höher. Am stärksten stiegen die Preise für Schweineschmalz und Schweinefleisch, Eier und Brot. Die Lebenshaltungskosten waren im November 1935 um 14 % höher als im März 1935 und um 5 % höher als ein Jahr vorher; für die Ernährungskosten lauten die entsprechenden Zahlen 25 % bzw. 8 %.

---

72. Vgl.: „Die Weltwirtschaft Mitte 1935". Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 12, S. 35 f.

73. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 18, S. 685 f.

74. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 3. Vierteljahr 1935" in „Wirtschaft und Statistik", 15. Jahrgang, 1935, Nr. 21, S. 802.

75. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1935" a. a. O., S. 686; ferner „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935". Sonderbeilage zu „Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 2, S. 18 f.

Die Entwicklung bis März 1936 zeigt folgende Tabelle [76]:

	Tiefstand März 1935	Durschschn. Mai-Aug. 1935	Durschschn. Sept.-Dez. 1935	Durchschn. Jan.-März 1936
Index der Großhandelspreise (1914 = 100)	464	553,0	573,7	580
Steigerung	19 %	4 %	1 %	
Kleinhandelspreise (1914 = 100)	621	650,7	681,7	682
Steigerung	4,8 %	4,8 %		
Lebenshaltungskosten (1921 = 100)	164	172,5	184,7	185
Steigerung	5,2 %	7 %		

Von November 1935 bis Juli 1936 zeigten die Großhandelspreise unter Schwankungen etwas sinkende Tendenz;[77 78] im März 1936 waren sie um 25 % höher als ein Jahr zuvor. Die Einzelhandelspreise fielen von Anfang 1936 bis Mitte 1936; sie waren bis Mai 1936 seit der Abwertung um 9 % gestiegen. Die Lebenshaltungskosten waren von Oktober 1935 bis Juni 1936 wenig verändert; sie waren im März 1936 um 12 %, die Ernährungskosten um 20 %, höher als ein Jahr vorher.

Die Entwicklung bis September 1936 läßt erkennen,[79] daß der Großhandelsindex seit der Abwertung, d. h. seit März 1935, von 464 auf 594, also um 28 %, demnach um das Ausmaß der Abwertung des Belga, gestiegen ist. Zwar erhöhte sich der Index der Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum nur um 15 % für den Arbeiterhaushalt (von 163,4 auf 188,0) und um 22 % für den Bürgerhaushalt (von 177,7 auf 198,6), es ist jedoch hierbei zu beachten, daß die Indexzahl der Großhandelspreise der der Lebenshaltungskosten um einige Monate voraus läuft.

---

76. Vgl.: „Die Folgen der belgischen Devalvation" in „Währung und Wirtschaft", herausgegeben vom Währungs-Institut Berlin, 5. Jahrgang, Heft 5, Mai 1936, S. 79 ff.

77. Zur Lohnentwicklung Vgl. Jessen a. a. O., S. 31; ferner „Die Folgen der belgischen Devalvation" a. a. O., S. 82; — Bulletin d'Information et de Documentation, Banque Nationale de Belgique. Brüssel 1935, 1936.

78. Vgl.: „Die Welt Mitte 1936". Sonderbeilage zu Wirtschaft und Statistik", 16. Jahrgang, 1936, Nr. 12, S. 20 f.

79. Vgl. hierzu wie auch zu den vorhergegangenen Darstellungen die Tabelle auf S. 84 f.

II. Dänemark, Norwegen und Schweden.

„Das Wesen der modernen Wirtschaft[80] liegt in weitgehender Arbeitsteilung. Diese aber setzt voraus, daß der Kreis derer, die füreinander arbeiten, einen gewissen Absatz verbürgt. Erst dann können sich spezialisierte Fabriken rentieren, erst dann werden mutige Männer ihr Geld dafür geben. Es war daher kein Zufall, daß Massenproduktion und Fließarbeit" in den Vereinigten Staaten von Amerika ihren Ursprung hatten. Auch im Deutschen Reich mit seiner Bevölkerung von 67 Millionen Menschen gestattet der innere Markt noch eine technisch ausreichende Spezialisierung. Anders liegen dagegen die Verhältnisse in den kleineren europäischen Staaten, z. B. den skandinavischen Ländern Norwegen mit 2,8 Millionen Einwohnern, Schweden mit einer Einwohnerzahl von 6,1 Millionen und Dänemark mit einer Bevölkerung von 3,6 Millionen. Alles, was in diesen drei Staaten über den eigenen Bedarf hinaus erzeugt wird, muß exportiert werden. Hauptkunde dieser Länder ist Großbritannien. Als es im Herbst 1931 vom Goldstandard abging, rührte es daher an ihren Lebensnerv. Diese wirtschaftliche Zusammengehörigkeit der skandinavischen Staaten mit Großbritannien, die sich nicht nur auf die Verflechtungen durch den Außenhandel erstreckt, zeigt sich auch bei einer Betrachtung ihrer Preisniveaus.[81]

In allen vier Staaten steigt das Preisniveau von der Zeit zu Anfang des Weltkrieges im gleichen Tempo bis zum Jahre 1920 und geht dann, wiederum im gleichen Tempo, zurück. Es ist daher verständlich, daß angesichts dieser gleichen Inlandspreisniveaus auch die Währungen dieser vier Staaten immer das gleiche Verhältnis zueinander behalten konnten. Als dann im Herbst 1931 Großbritannien den Goldstandard aufgab, entstand für die drei nordischen Staaten die Gefahr, ihren wichtigsten Kunden zu verlieren, wenn sie ihm nicht mehr billig genug liefern konnten. Sie waren daher gezwungen, dem von Großbritannien gegebenen Beispiel zu folgen.

---

80. Vgl. Jessen a. a. O., S. 17 ff.

81. Vgl. Jessen a. a. O., S. 19; — Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928—1934.

Durch Gesetz vom 29. September 1931 hob Dänemark die Pflicht zur Goldeinlösung auf. Außerdem wurde bestimmt, daß ein Pfund gleich 19,50 Kronen sein sollte. Dieses Verhältnis konnte aber im Januar 1933 nicht mehr aufrechterhalten werden, und so wurde der Pfundkurs zunächst auf 22,40 Kronen, später auf 22,50 Kronen festgesetzt. Auch dieser Kurs konnte später lediglich durch Verschärfung der Devisenbewirtschaftung durch das Valutakontor gehalten werden.

Norwegen ging vom Goldstandard schon am 28. September 1931 ab. Seine Devisenlage war günstiger als die Dänemarks.

Schweden gab ebenfalls am 28. September 1931 den Goldstandard auf. Die schwedische Krone sank daraufhin etwas stärker als das englische Pfund, wurde aber durch devisentechnische Mittel gehalten.

Aus mannigfaltigen inneren Gründen verlief die Kursentwicklung der drei nordischen Kronen nicht völlig parallel mit dem entwerteten Pfund. So war im September 1936 der Goldwert der dänischen Krone 49,5, der der norwegischen Krone 55,8, der der schwedischen Währung 57,2 und der der finnischen Valuta 52,0, während für das Pfund die entsprechende Zahl 61,6 lautet.[82]

Im einzelnen verlief die Entwicklung der Preise in Dänemark[83] seit 1934 wie folgt:

Während die Großhandelspreise, die im Jahre 1933 um 10 % gestiegen waren, sich im Jahre 1934 nur wenig veränderten, setzten die Lebenshaltungskosten ihren bereits im Jahre 1934 weiter fort. Dieser Entwicklung entgegengesetzt verhielten sich Agrarexportprodukte, die stark im Preise sanken. Die Preise für Exportbutter und Eier erreichten einen neuen Tiefstand. Um

---

82. Vgl. die Tabelle auf S. 77 f.

83. Vgl. hierzu „Die Wirtschaftslage in der Welt Frühjahr 1934" a. a. O., S. 18 f., 22 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1934" a. a. O., S. 26 f., 30 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 30 f., 32 f., 34 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 14 f., 16 f., 18 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 16 f., 18 f., 20 f.; ferner „Der deutsche Volkswirt", 5. Jahrgang, Nr. 27, 33, 39, 40, 46, 52; Jahrgang Nr. 6, 7, 13/14, 20, 28, 29, 37, 43, 45, 51; 7. Jahrgang, Nr. 5, 14, 16, 21, 27/28, 37, 49; 8. Jahrgang, Nr. 2, 3, 9, 14, 18, 28, 38, 51; 9. Jahrgang, Nr. 2, 14, 17, 29, 31, 43, 45; 10. Jahrgang, Nr. 9, 21, 25, 31, 35, 48, 50.

den Preis für Inlandsbutter zu stützen, wurde eine Butterabgabe eingeführt. Nach vorhergehendem Absinken stieg der Preis für Ausfuhrbacon wieder an.

In der ersten Hälfte des Jahres 1935 waren die Großhandelspreise, unter Berücksichtigung des jahreszeitlich bedingten Rückschlags, gehalten. Die Preise für Ausfuhrwaren, wie Butter und Bacon, die schon Ende 1934 wieder angezogen hatten, waren höher als im Vorjahr. Die Preise für Einfuhrwaren zeigten im allgemeinen wieder sinkende Tendenz, während die Preise für inländische Industrieprodukte ebenso hoch wie ein Jahr vorher waren. Im weiteren Verlauf des Jahres 1935 stiegen die Großhandelspreise übersaisonmäßig an; vor allem erhöhten sich die Preise für tierische Nahrungsmittel. Ebenso zogen auch die Preise für Exportwaren etwas an. Seit der Abwertung waren die Großhandelspreise bis Ende 1935 um 33 % gestiegen, die Lebenshaltungskosten um 12 %. Der Lohnabbau der Krisenzeit wurde wieder ausgeglichen; die Reallöhne in der Industrie waren höher als in der Zeit vor der Krise.

Bis Juli 1936 waren die Großhandelspreise kaum verändert. Einfuhrwaren, wie Südfrüchte und Kolonialwaren, waren dagegen infolge geringer Zuteilung von Devisen zeitweilig stark im Preise gestiegen. Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich etwas. Die Tendenz zur Erhöhung der Löhne ließ nach. Die immer noch knappen Gold- und Devisenbestände machten auch weiterhin eine rigorose Devisenzwangswirtschaft mit Einfuhrrestriktionen erforderlich.

In Norwegen[83] war die Entwicklung die folgende: Die Großhandelspreise, die in den Jahren 1932 und 1933 sich kaum verändert hatten, zeigten im Jahre 1934 leicht steigende Tendenz. Die Preise für Agrarprodukte zogen infolge von Preisstützungsmaßnahmen an, während die Preise für Exportwaren etwas sanken. Die Lebenshaltungskosten, deren seit 1924 erfolgendes Absinken auch durch die Entwertung der nordischen Krone nicht unterbrochen worden war, stiegen seit dem Frühjahr 1934 wieder an.

Im Jahre 1935 blieben die Großhandelspreise zunächst unter leichten Schwankungen im allgemeinen stabil, stiegen dann aber bis Ende 1935 auf einen um 12 % höheren Stand als zur Zeit der

Kronenentwertung. Die Preise für Industrieprodukte, darunter auch die für industrielle Exportwaren, sanken weiter leicht, während die Preise für Agrar- und Fischereierzeugnisse etwas, besonders stark Waltran, stiegen. Die Lebenshaltungskosten blieben im Jahre 1935 zunächst unverändert, zogen dann aber an.

Im Jahre 1936 blieben die Großhandelspreise bis zum Juli stabil. Nunmehr ist auch ein Anstieg der Preise für industrielle Exportwaren zu verzeichnen. Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich leicht. Sie waren im Juli 1936 um 3 % höher als zur Zeit der Abwertung. Die Tendenz zu Lohnsteigerungen verstärkte sich, besonders in der Industrie.

In Schweden[83] verhielten sich die Preise und Lebenshaltungskosten folgendermaßen:

Die Großhandelspreise, die im Frühjahr 1933 ihren Tiefstand erreicht hatten, stiegen seitdem an und waren Ende 1934 um 9 % höher als bei ihrem tiefsten Stand. Der Anstieg der Preise für industrielle Exportprodukte hörte auf; im ganzen sanken die Preise für industrielle Erzeugnisse. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte zogen an. Die Lebenshaltungskosten waren 1933 und 1934 kaum verändert.

Im Jahre 1935 veränderten sich die Großhandelspreise im allgemeinen in den ersten drei Vierteljahren nur sehr wenig, bei etwas nachlassenden Preisen für Holz und Papiermasse und leicht steigenden Preisen für Agrarprodukte. Im vierten Vierteljahr 1935 erhöhten sich die Großhandelspreise etwas, besonders für Rohstoffe, halbfertige Waren und für Viehzuchterzeugnisse. Die Preise für industrielle Exportprodukte erreichten knapp den Stand des Vorjahrs. Der Preisfall für Holz hörte auf. Die Lebenshaltungskosten waren von Mitte 1934 bis Mitte 1935 unverändert und stiegen dann, vor allem infolge Anstiegs der Ernährungskosten, an.

In der ersten Hälfte des Jahres 1936 blieben die Großhandelspreise stabil; sie waren seit der Kronenentwertung um 10 % gestiegen. Die Preise für industrielle Exportprodukte erhöhten sich weiter. Da die Ernährungskosten weiter anzogen, stiegen auch die Lebenshaltungskosten erneut; sie erreichte den Stand, den sie zur Zeit der Entwertung der Krone gehabt hatten. Die Löhne zeigten seit 1935 steigende Tendenz.

In allen drei Staaten ist vom Zeitpunkt der Währungsentwertung, also vom Herbst 1931, ab ein Ansteigen der vorher sinkenden Großhandelspreise zu beobachten. In Dänemark steigen auch seitdem die Lebenshaltungskosten. Wie ist nun aber die Tatsache zu erklären, daß diese Preiserhöhungen im Verhältnis zum Ausmaß der Währungsverschlechterung nicht sehr hoch waren bzw., wie in Norwegen und Schweden bei den Lebenshaltungskosten, zunächst ganz ausblieben? Letzteres hat wohl seine Ursache in dem überall zu beobachtenden Nachhinken der Lebenshaltungskosten hinter den Großhandelspreisen und in der bekannten Erscheinung, daß preissenkende Maßnahmen immer auf die Verbraucherpreise, also auf diejenigen Preise, aus denen der Index der Lebenshaltungskosten besteht, abgestellt werden. Zu dem geringen Ausmaß der Erhöhung der Großhandelspreise ist zu sagen, daß es infolge der bereits geschilderten engen Außenhandelsverflechtung der skandinavischen Staaten mit Großbritannien jenen möglich war, auch weiterhin von diesem im Preise nicht gestiegene Waren zu beziehen, da ja das Pfund auch im Kurse sank. Hinzu kam, daß die Weltmarktpreise für Rohstoffe ebenfalls fielen, so daß auch hier keine Verteuerung des Imports eintrat. Es lagen demnach hier Besonderheiten vor, die für andere Staaten und zu anderen Zeiten durchaus nicht gegeben zu sein brauchen. Es wäre also falsch, aus dem hinsichtlich der Preisentwicklung für die drei nordischen Staaten nicht ungünstigen Ergebnis der Währungsentwertung verallgemeinernde Schlußfolgerungen zu ziehen.

III. Danzig.

Am 10. Januar 1920 wurde die Freie Stadt Danzig[84] gegen ihren Willen vom Deutschen Reich abgetrennt und am 15. November 1920 zum selbständigen Staat erklärt. Ihr Gebiet[85] von 1900 qkm mit einer Bevölkerung von 408 000 Menschen wird zum größten Teil von Polen umschlossen. In den beiden Städten Danzig und Zoppot, welch letzteres einige Einnahmen aus dem Fremdenverkehr hat, leben zwei Drittel der Danziger. Danzig

84. Vgl. hierzu Jessen a. a. O., S. 37 ff.
85. Vgl. Danziger Statistisches Jahrbuch 1933, S. 8

selbst hat als wesentliche wirtschaftliche Grundlage allein den Hafen und dessen Umschlag. Zwar sollte Polen seinen Handel über Danzig leiten. Tatsächlich hat es aber Gdingen als entscheidenden wirtschaftlichen Ein- und Ausfuhrhafen ausgebaut und durch Erleichterungen aller Art Danzig gegenüber wettbewerbsfähig gemacht. Damit fehlte für Danzig die gesunde wirtschaftliche Grundlage.

Über die währungspolitische Lage Danzigs führte Dr. Schacht in seiner Rede vor der Danziger Industrie- und Handelskammer am 14. Juni 1935 folgendes aus: „Die Danziger Währung war bei ihrer Schöpfung auf das englische Pfund gegründet. Als der Danziger Gulden im Oktober 1923 geschaffen wurde, bot die polnische Währung noch keinerlei Gewißheit für eine dauernde Stabilität, sondern stand noch in einer Periode ausgesprochener Inflation. Der im April 1924 neu geschaffene stabilisierte Zloty blieb nur kurze Zeit wertbeständig. Anfang 1925 notierte der Zloty in Danzig pari. Dann aber sackte er erneut ab und fand erst im Jahre 1926 sein bis heute erhaltenes Gleichgewicht zum Gulden bei einem Kurs von rund 57 %. Damit hatte der eine der beiden Staaten, mit dessen Wirtschaft das kleine Danzig nicht nur natürlicherweise von früher her, sondern neuerdings auch durch internationalen Wirtschaftsvertrag verbunden war, einen Währungsvorsprung von über 40 % erlangt.

In dieser Lage bot sich Danzig ein Glücksfall dar, diesen Währungsvorsprung einzuholen, als an jenem berüchtigten 21. September 1931 das englische Pfund von seiner bisherigen Parität losgelöst wurde. Da die Danziger Noten dem Grundgesetz der Bank von Danzig nach in Schecks auf die Bank von England einlösbar waren, so hätte der Gulden automatisch dem Pfunde folgen müssen. Damit wäre auch die Spanne zum Zloty verringert und die innerlich gefährliche Lage des Gulden erleichtert worden. Die damalige Danziger Regierung hat diesen Glücksfall nicht wahrgenommen. Sie hat damals den Gulden vom Pfunde gelöst und ihn direkt, ohne Anlehnung an eine stärkere Währung, im Golde verankert. Es liegt mir fern, Ihre damalige Regierung deshalb zu verunglimpfen. Sie handelte wohl aus dem Gefühl heraus, daß dem deutschen Volk noch der Schrecken der Inflationszeit in den Knochen steckt. Vielleicht hat auch das

Beispiel Deutschlands damals verwirrend gewirkt, das gegenüber der englischen Abwertung an der Goldparität festhielt. Aber für Deutschland erwies sich aus seiner besonderen, der politischen Auslandsverschuldung entsprechenden Lage diese Politik als richtig und notwendig, während sie für das kleine, wirtschaftspolitisch unfreie Danzig falsch sein mußte. Jedenfalls bleibt die Tatsache bestehen, daß der Gulden seit seiner künstlichen Inbeziehungsetzung zum Gold zu einem Kampf verurteilt war, der nach Lage der Dinge mehr und mehr aussichtslos war und schließlich zu der Abwertung führen mußte, die am 2. Mai d. J. vorgenommen worden ist. Ich brauche Ihnen nicht durch viele Zahlen vor Augen zu führen, daß die Deflationspolitik, die jener Währungsmaßnahme 1931 folgte, sich für Danzig ebensowenig günstig ausgewirkt hat wie die Brüningsche Deflationspolitik im Reich. Der Großhandelsindex wurde von 121 im Durchschnitt des Jahres 1930 auf 88 im Jahresdurchschnitt 1934 herabgedrückt. Danzigs Lebenselement ist der Außenhandel, und gerade dieser wurde durch die Loslösung vom Pfund schwer betroffen. Die Preissenkung in Danzig blieb hinter der Pfundentwertung weit zurück. Die Lebenshaltungskosten konnten der Pfundentwertung nicht im gleichen Umfang angepaßt werden. Die Schere zwischen den Welthandelspreisen und den inneren Produktionskosten Danzigs öffnete sich immer weiter. Der ständig zurückgehende Außenhandel Danzigs führte zu immer stärkerer finanzieller Belastung. Das gesamte Bruttozollaufkommen, das auf Danzig entfällt, betrug noch im Jahre 1925 21,6 Millionen, im Jahre 1934 nur noch 3,5 Millionen Gulden, ist also um nicht weniger als 84 % zurückgegangen. Das hat den geradezu wahnwitzigen Zustand herbeigeführt, daß in Danzig die Zolleinnahmen heute eine Verlustquelle bedeuten, denn die Kosten der Zollverwaltung sind im letzten Jahre um 2 Millionen Gulden höher als die Zolleinnahmen selbst. Die Auslösung der unvermeidlichen Abwertung des Guldens, d. h. also die Wiedergutmachung des im Sommer 1931 begangenen Fehlers, wurde durch die internationalen Währungsvorgänge dieses Frühjahrs beschleunigt. Der stärkste Ansturm richtete sich gegen Belgien und brachte dessen Währung zum Erliegen. Holland, Schweiz und Frankreich konnten die internationale Spekulation zwar abwehren, aber nur unter starker Erschütte-

rung ihres Wirtschafts- und Währungsgefüges. Trotzdem all diese Angriffe und dieses Mißtrauen vorübergehender Natur waren, führten sie doch überall zu Schwierigkeiten, denen sich eine so kleine Notenbank wie die Bank von Danzig am wenigsten mit Aufrechterhaltung des freien Geldverkehrs entziehen konnte. Der 2. Mai brachte die notwendige Heilung."

An diesem Tage wurde der Goldgehalt des Guldens auf 57.63 % der alten Parität herabgesetzt. Der Gulden glich sich damit wieder dem Pfund an und nahm die Verbindung mit den Märkten des Sterlingblocks wieder auf. Gleichzeitig brachten diese Maßnahmen den Gulden auf den Goldgehalt des polnischen Zloty und stellten damit auch das ursprüngliche Verhältnis zu der schon 1925 abgesunkenen Währung des umgebenden Polen wieder her.

Bei der Beurteilung der Wirkung dieser Abwertung ist zu beachten, daß Danzig je Kopf der Bevölkerung die höchste Außenhandelsquote aller Länder der Erde hat. Auf der einen Seite ist es als Stadtstaat gezwungen, einen sehr großen Teil seiner eigenen Ernährung vom Ausland einzuhandeln, indem es fremde Rohstoffe importiert, verarbeitet und wieder ausführt, und anderseits ist es Durchgangsland mit den wirtschaftlichen Folgen des Transithandels. Die vorhandenen Unterlagen bieten leider kein vollständiges Bild, da der Außenhandel mit Polen infolge der fehlenden Zollgrenze nicht erfaßt wird.

Die ersten Folgen der Guldenabwertung waren die gleichen, die uns im Deutschen Reich in den Nachkriegsjahren begegneten. Vor allem von Polen kamen die Fremden über die Grenze nach Danzig, tauschten Zloty in den entwerteten Gulden ein und kauften diejenigen Waren oder Sachwerte, deren Preise noch nicht so stark angezogen hatten. Die weitere Folge war ein gewisses Ansteigen der Preise, das von der Seite der eingeführten Lebensmittel einsetzte und dann auf die Rohstoffanteile der Danziger Produkte übergriff. Die Danziger Regierung suchte die Rückwirkungen der Guldenabwertung auf die Preise der einheimischen Produkte durch eine Reihe von Vorschriften abzufangen. Dabei zeigte sich ein Mangel an psychologischen Hemmungen bei der Bevölkerung, dessen Ursache vielleicht darin zu finden ist, daß die Danziger als Bewohner einer Handelsstadt in

den letzten beiden Jahrzehnten bereits fünf Währungsentwertungen verfolgen konnten, und zwar die des Rubels in Rußland, die der „Ostmark" nach dem Kriege, die der deutschen Währung bis 1923 und der polnischen Mark bis zum gleichen Jahr und die des Zloty im Jahre 1925.[86]

Bis zum Juni 1935 stiegen die Lebenshaltungskosten um fast 13 %; [87] im weiteren Verlauf des Jahres zogen sie weiter an und waren Ende 1935 um ca. 22 % höher als zur Zeit der Abwertung. Die Ernährungskosten erhöhten sich im gleichen Zeitraum um 28 %. Mitte 1936 waren die Großhandelspreise um ca. 40 % höher als ein Jahr vorher, erreichten also fast das Ausmaß der Abwertung des Guldens. Bis zum gleichen Zeitpunkt waren die Lebenshaltungskosten seit der Abwertung gestiegen um 24 % und die Ernährungskosten um 33 %. Auch hier ist also das Ausmaß des Anstiegs der Großhandelspreise höher als das der Lebenshaltungskosten.

IV. Frankreich.

Von zwei Richtungen her ist der Franc lange Zeit hindurch unter Druck gesetzt worden: von den Interessenten der Industrie und von denjenigen, die nach 1931 überall die Nachahmung des britischen Beispiels der Währungsentwertung propagierten. Dabei ist es klar, daß der Außenhandel Großbritanniens keinerlei Interesse daran haben konnte, Frankreich zu der Schaffung einer eigenen neuen Valutaprämie zu veranlassen. Dies wirft auch die Frage nach dem Inhalt der Abmachungen zwischen Frankreich, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika auf. Es kann als ziemlich sicher gelten, daß die beiden angelsächsischen Partner zugesagt haben, einer Abwertung des Franc nicht automatisch eine neue Verschlechterung des Pfundes und des Dollars folgen zu lassen. Eine solche Zusage kann aus

---

86. Über die einzelnen im Verfolg der Guldenabwertung getroffenen Maßnahmen, durch die eine Preisüberwachung und Preiskontrolle, besonders für Nahrungsmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs, eingerichtet wurde, vgl. Jessen a. a. O., S. 41 ff.

87. Vgl. hierzu: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1935" a. a. O. S 685; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 35 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 18 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 20 f.

der Erkenntnis erklärt werden, daß im Laufe der Zeit der Valuta-Trick handelspolitisch seine Wirkung verloren hat, daß Zollsätze, Kontingente und Einfuhrverbote vielmehr das entscheidende Gewicht haben.

Die zweite antreibende Gruppe besteht aus den direkt Interessierten, unter denen nicht einmal besonders die Devisenspekulation zu verstehen ist; denn die Devisenspekulation im engeren Sinne ist schon seit langem international auf kleine und kleinste Umsätze zusammengeschrumpft. Aber in zahlreichen Fällen hatten verschuldete Geschäftsleute, vielleicht mit etwas unklaren Erinnerungen an die Jahre der Nachkriegsinflation verbunden, die dunkle Vorstellung, mit Hilfe einer Währungsverschlechterung auf bequeme Weise von ihrer Schuldenlast herunterzukommen. Zu ihnen gesellten sich die Leute, die aus einem kräftigen Preisauftrieb, ausgedrückt in dem trotz Aushöhlung juristisch mit unveränderter Bezeichnung versehenen Zahlungsmittel (Dollar gleich Dollar, Franc gleich Franc) das große Geschäft sahen. Aber es zeigt sich mehr und mehr die Tendenz der Staaten, Währungsoperationen, aus welchen Gründen auch immer sie vorgenommen werden mögen, mit Maßnahmen zu verbinden, die in irgendeiner Form auf eine kräftige Besteuerung der möglichen privaten Profite aus der Währungsmaßnahme hinauslaufen. Problematisch bleibt im Einzelfalle nur, wie stark die Macht des betreffenden Staates zur Steuereinziehung ist und wie weit er imstande ist, die inländischen Preise zu beeinflussen. Dies führt mitten hinein in die Fragwürdigkeit der Entschlüsse, die die französische Regierung in der Nacht vom 25. zum 26. September 1936 gefaßt hat.

Es ist keine Rede davon, daß Frankreich absolut genötigt gewesen wäre, seine Währung zu entwerten. Trotz aller Goldabgaben war die Bank von Frankreich mit einem hohen Edelmetallvorrat ausgestattet. Die Außenhandelsbilanz mag nicht befriedigend gewesen sein; aber sie war es nicht deswegen, weil etwa die französischen Löhne zu hoch gewesen wären. Sie war es, weil der geschäftliche Unternehmungsgeist nicht ausreichte. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß einerseits die Wirkung der Francentwertung von den Kostenerhöhungen durch Lohnsteigerungen und die Sozialreformen geschmälert

wird und anderseits für den Rückgang der französischen Ausfuhr andere Momente wichtiger waren als die Währungsentwertungen. Wie verhältnismäßig wenig diese besagt haben, geht z. B. daraus hervor, daß nach Großbritannien, den skandinavischen Staaten, Portugal, Kanada und Ägypten im Monatsdurchschnitt 1930 21 % der französischen Ausfuhr gingen, 1936 dagegen 17 %. Der Rückgang der Prozentzahlen für andere Entwertungsländer war noch geringer, so fiel er für die Vereinigten Staaten von Amerika von 5,7 % auf 5,3 %, für Belgien und die Tschechoslowakei von 13,2 % auf 13 %, während anderseits der Anteil der Schweiz und der Niederlande von 10 % auf 9 % zurückging. Die kolonialen Gebiete waren ein nur unzureichender Ersatz für diesen Ausfall. Die Wiederbelebung der Ausfuhrwirtschaft erfordert also umfassendere Maßnahmen und ist mit der Francentwertung noch nicht gesichert.

Zugleich mit der unbefriedigenden Entwicklung der Außenhandelsbilanz verschlechterte sich der Zustand der Staatsfinanzen. Als nun die französische Regierung auf dem Wege über den Lohn — in Papierfranc gerechnet — beträchtliche Teile des Gewerbes unrentabel machte, als die neu aufgelegte Anleihe nur einen Bruchteil des erhofften Erfolges einbrachte, erhielt nicht nur die Front der industriellen Abwertler einen starken Auftrieb, sondern auch der Finanzbehörde erschien jetzt die Währungsverschlechterung verlockend; war sie doch mit einer Neubewertung der Goldbestände der Bank von Frankreich verknüpft, die lt. Ausweis der Bank von Frankreich vom 2. Oktober 1936 einen Buchgewinn von 17 Milliarden Francs ergab.

Es sieht fast so aus, als sei diese Buchungstransaktion schließlich das entscheidende Motiv der französischen Entschlüsse gewesen; denn daß die Verhandlungen mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten keinen wirklichen Erfolg erzielt hatten, geht aus den Formulierungen der Dreimächte-Erklärung vom 26. September 1936 hervor. Diese enthält keinerlei handelspolitische Zusicherungen. Sie hätte auch wenigstens etwas mehr als jene bedingten währungspolitischen Zusicherungen enthalten können. Dies jedoch ist daran gescheitert, daß sich zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika keine Einigkeit über die zukünftige Parität zwischen

Dollar und Pfund erzielen ließ. Die französischen Beschlüsse werden vielfach als Sieg der „englischen These" bezeichnet; man könnte sie ebensogut einen Pyrrhussieg der französischen Arbeitgeber nennen. Denn wenn auch einige Maßnahmen getroffen wurden, den Minderbemittelten und den Sparer vor den Folgen der Francentwertung zu schützen oder ihm wenigstens die Folgen leichter erträglich zu machen — an sich durchaus in der oben angedeuteten Linie, die Gläubiger stärker zu begünstigen als bei früheren Währungstransaktionen —, so geht schon daraus hervor, daß man in Frankreich mit einer starken Preissteigerung rechnet, mit einer Preissteigerung, die alle von der Regierung für das Arbeitseinkommen geschaffenen Vorteile gefährdet. Nach wie vor ist die Regierung die Gefangene der ca. 35 Milliarden Francs gehorteter Noten, die Gefangene einer lauernden Masse von Gutscheinen auf Ware, die für eine große Krise bereitgelegt sind. Diese Notenhorte der französischen Bevölkerung wurden wohl für den Fall des Krieges vorgenommen; aber jede französische Regierung muß damit rechnen, daß diese Banknotenmassen auch bei einer Währungsoperation den Markt überschwemmen; deswegen haben gerade die letzten französischen Regierungen immer wieder versucht, sich irgendwie dieses Reservoirs zu bemächtigen. Dies ist aber nicht gelungen.

Bereits seit Juli/August 1935 steigen die Preise in Frankreich [88] an. So erhöhte sich der Index der Großhandelspreise vom Juli 1935 (Tiefstand) bis zum August 1936 um 18 % und der Index der Einzelhandelspreise (Paris) vom Tiefstand im August 1935 bis zum September 1936 um ca. 22 %.

Allein im zweiten Vierteljahr 1936 stiegen die Gesamtlebenshaltungskosten um 2,3 % (gegenüber dem Tiefstand im dritten Vierteljahr 1935 um rund 6 %), die Ernährungskosten um 8,5 %, wobei gegenüber der gleichen Vorjahrszeit die Preise für Schweinefleisch um 44 %, für Schmalz um 35 %, für Butter um 22 %, für Speck um 23 %, für Rindfleisch um 14 %, für

88. Vgl.: „Der deutsche Volkswirt", 6. Jahrgang, Nr. 44, 53; 7. Jahrgang, Nr. 6, 12/13, 29, 35, 44, 50; 8. Jahrgang, Nr. 3, 12/13, 22, 33, 45; 9. Jahrgang, Nr. 8, 25, 39, 51; 10. Jahrgang, Nr. 12/13, 27, 39; 11. Jahrgang, Nr. 2; ferner Volwassen a. a. O., S. 66 ff.

Käse um 11 %, für Eier um 8 % und für Kalbfleisch um 5 % höher waren.

Entwicklung der Ernährungskosten in Frankreich.[89]

			1935			1936	
Indexzahlen	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	Juli
Paris (29 Waren) . .	449	434	420	441	451	459	462
Paris (16 Waren) . .	494	491	466	481	495	514	
300 Städte (29 Waren)	436	413	405	415	422	427	
Einzelhandelspreise (Paris) in fr. je kg							
Suppenrindfleisch . .	7,73	7,55	6,98	7,38	7,67	8,08	8,00
Schweinefleisch, Rück.	9,77	10,95	11,43	10,72	11,10	14,43	15,15
Schmalz einheim. . .	4,68	4,52	4,28	5,70	5,87	6,10	6,25
Speck, fett	6,92	6,57	7,12	7,93	7,80	8,00	8,90
Butter, frisch	20,85	14,50	14,93	19,45	23,73	17,48	16,45
Milch (1 Liter) . . .	1,35	1,13	1,12	1,22	1,35	1,23	1,20
Eier (12 Stück) . . .	7,77	5,75	6,93	11,30	8,55	6,30	7,25
Weißbrot	1,65	1,65	1,54	1,60	1,60	1,60	1,63
Kartoffeln	0,98	1,16	0,98	0,78	0,93	1,40	1,09
Zucker	3,58	3,55	3,42	3,32	3,25	3,22	3,35

Bis Anfang September stieg der Brotpreis auf 1.90 Francs. Diese Erhöhung hat ihre Ursache in Lohnsteigerungen in den Bäckereien und vor allem in der Neuordnung des Weizenmarkts; denn diese hatte eine Erhöhung des Weizenpreises von etwas über 50 Francs je dz ein Jahr vorher auf den Festpreis von 140 Francs zur Folge. Außerdem zogen auch die Preise für vieh- und gartenwirtschaftliche Erzeugnisse weiter an.

Großhandelsindizes	29. 6. 35	24. 8. 35	27. 6. 36	22. 8. 36
Allgemeiner Index	344	338	372	389
Lebensmittel	333	326	396	421
Industriewaren	353	348	351	361

Wie verlief nun die Preisentwicklung nach der Francentwertung, soweit sie sich jetzt schon erkennen läßt? Im Monat September stiegen die Einzelhandelspreise in Paris auf 483 gegen 460 im Monat August. Für ganz Frankreich stellt sich

89. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in der Welt im 2. Vierteljahr 1936" a. a. O., S. 589 f.

die Indexzahl der Einzelhandelspreise für das dritte Vierteljahr 1936 auf 430 gegen 408 im zweiten und 403 im ersten Vierteljahr, während der Durchschnitt 1935 395 betrug. Diese Zahlen drücken aber noch nicht ganz die Abwertungsauswirkungen auf die Preise aus, da sich diese naturgemäß erst im Oktober fühlbar machten. In der den Währungsmaßnahmen folgenden Woche vom 28. September bis zum 3. Oktober erhöhte sich der Gesamtindex der Großhandelspreise in Frankreich von 404 auf 426, also um 5,4 %. Hierin sind aber noch nicht die Preissteigerungen enthalten, die sich nach dem 3. Oktober bei der Wiedereröffnung der französischen Warenbörsen herausstellten, so daß die obige Indexzahl beispielsweise noch einen Rückgang der Kaffeepreise verzeichnet. Der Preisindex der Einfuhrwaren zog in der gleichen Zeit von 319 auf 359, also um 12,5 %, an; auch der Index der französischen Produktion erhöhte sich von 451 auf 464, d. h. um 2,9 %. Besonders beachtlich ist hierbei die Preissteigerung bei Mineralien und Metallen, deren Preisindex von 382 auf 445 um 16,5 % anzog.

In der darauffolgenden Woche stieg die allgemeine Indexzahl der Großhandelspreise um 8 %, während sich die Großhandelspreise für Einfuhrprodukte um 12 %, die für einheimische Erzeugnisse um 6 %, die für Industriematerialien um 10 % und die für Lebensmittel um 6 % erhöhten.

In der letzten Oktoberwoche setzte sich die Preissteigerung, die vorher vorübergehend zum Stillstand gekommen war, weiter fort. Die Großhandelspreise zogen von 444 auf 452 an, die Einfuhrwaren erhöhten sich von 379 auf 391, und auch der Preisindex der französischen Erzeugnisse stieg von 480 auf 486. Besonders stark verteuerten sich Textilien, Mineralien und Metalle.

In der ersten Novemberwoche erfolgte ein weiterer Preisanstieg. So erhöhten sich die Großhandelspreise auf 459 gegenüber 404 am Tage der Francentwertung. Sie stiegen also seitdem um 14 % bei einer Entwertung des Franc von ca. 30 %. Hierbei ist aber zu beachten, daß seit den französischen Währungsmaßnahmen erst sechs Wochen verstrichen sind und trotzdem die Großhandelspreise bereits um die Hälfte der Währungsentwertung gestiegen sind.

V. Großbritannien.

Den Weltkrieg hielt das Pfund mit einer geringen Entwertung durch.[90] Zu Ende des Krieges waren die englischen Preise etwa doppelt so hoch wie in der Zeit vor dem Kriege (208 %). Sie stiegen dann noch etwas, bis sie im Jahre 1920 mit 255 % ihren höchsten Stand erreichten, sanken im Jahre 1921 auf 222 % und näherten sich im Jahre 1923 mit 171 % langsam den Jahren der Deflationspolitik, in denen das englische Preisniveau durch verschiedene geldwirtschaftliche Maßnahmen allmählich und systematisch gesenkt wurde. Gewiß traten hierbei allgemeine wirtschaftliche Schwierigkeiten auf; denn wenn die Preise sinken, kann an den Waren nur weniger verdient werden. Infolgedessen geht auch die Lohnsumme zurück. Die englischen Löhne aber waren seit der zu hohen Stabilisierung von 1925 stark überhöht; sie ließen sich aus politischen Gründen nicht weit genug senken, um die Betriebe rentabel werden zu lassen. Über diese Pfundstabilisierung von 1925 äußert sich Keynes folgendermaßen:[91] „Zu der Zeit, als Großbritannien zum Goldstandard zurückkehrte, ließen sich das Schatzamt und die Bank von England von der falschen Annahme leiten, daß, weil der Großhandelsindex, der beinahe dem britischen internationalen Index entsprach, sich den Bewegungen der Golddevisenkurse schnell anzugleichen strebte, wie es für einen internationalen Index selbstverständlich ist, auch die Preise im allgemeinen das gleiche tun würden." Tatsächlich fiel der Großhandelsindex des Statist von 167 im Januar 1925 auf 165 im Februar, 162 im März, 160 im April, 154 im Juni und 152 im Oktober dieses Jahres. Die Pfundstabilisierung führte alsbald zu Schwierigkeiten, da Belgien, Frankreich und Italien entgegen den britischen Erwartungen zunächst keine Stabilisierung ihrer Valuten vornahmen. Außerdem fand die Preishausse in den Vereinigten Staaten von Amerika ihr Ende und verwandelte sich in eine

90. Vgl. hierzu Jessen a. a. O., S. 3 ff.; ferner die eingehenden Schriften von Fredric Benham: „Das englische Währungs-Experiment", Berlin 1933; Paul Einzig: „The tragedy of the pound", London 1932 und André Siegfried: „Die englische Krise", Berlin 1931; des weiteren Volwassen a. a. O., S. 50 ff., mit zahlreichen Literaturangaben.

91. Vgl. John Maynard Keynes: „Vom Gelde", München und Leipzig 1932, S. 60; vgl. auch ebenda S. 72; ferner Volwassen a. a. O., S. 56.

Baisse, die, allerdings mit Unterbrechungen, bis 1927/28 anhielt und infolge eines so entstehenden starken Preisdrucks in der Wirtschaft Großbritanniens diese in Mitleidenschaft zog. Die Preise in England vermochten nicht so rasch zu sinken wie der Pfundwert anstieg. Eine weitere Belastung erfuhr der britische Export durch das Absinken der fremden Valuten. Schließlich führte die Pfundstabilisierung infolge der Senkung der Preise zu einer Erhöhung der Staatsschuldenlast um 50 %,[92] die ein Anziehen der Steuerschraube zur Folge hatte, welches wiederum eine starke Kapitalabwanderung veranlaßte.[93]

Eines der weithin sichtbaren Zeichen all dieser Schwierigkeiten bildete der Kohlenarbeiterstreik des Jahres 1926. Viele glauben, die Ursachen dieser volkswirtschaftlichen Spannungen in einem zu großen Deflationsdruck, andere in einer zu großen Starrheit der englischen Wirtschaft, wieder andere in beidem zu finden. Die meisten machen die nicht ausreichende Elastizität der englischen Wirtschaft verantwortlich, die sich in der Erscheinung zeigte, daß, während die Großhandelspreise ausreichend sanken (von 100 im Jahre 1924 kurz vor der völligen Stabilisierung auf 70,7 im dritten Vierteljahr 1930), die Kleinhandelspreise nur langsam zurückgingen (von 100 auf 99,3 im gleichen Zeitraum) und die Löhne fast unverändert blieben (von 100 auf 98,2 in der gleichen Zeit).[94] Nach dem Mac Millan-Bericht sanken die Großhandelspreise von 1924 bis 1931 um 38 % und die Lebenshaltungskosten um 18 %; dagegen stiegen die Reallöhne um 20 %. Die geringe Rentabilität der Industrie wurde auf diesen Mangel an Elastizität zurückgeführt, der hinsichtlich der Löhne noch durch die viel umkämpfte Arbeitslosenunterstützung verstärkt wurde. In allen Staaten, besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika, divergieren die Kurven der Preise und Löhne. Der Ansicht, daß ein Wirtschaftsanstieg von einer Senkung der Löhne unterstützt werde, kann das Beispiel der Vereinigten Staaten entgegengehalten werden, in denen ein sehr hoher Stand von Löhnen und Gehältern einen Pfeiler der Belebung der Wirtschaft bildete. Außerdem ist es für die expor-

92. Keynes a. a. O., S. 444.
93. Vgl. auch Volwassen a. a. O. S. 66 ff.
94. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 58; ferner Siegfried a. a. O., S. 48.

tierenden Produktionszweige der Wirtschaft viel leichter, die Ausfuhrpreise zu differenzieren, wenn das Inland einen kaufkräftigen Absatzmarkt darstellt. Ein lediglich oder zum größten Teil auf die Ausfuhr angewiesener Produktionszweig braucht aber, um konkurrenzfähig zu bleiben oder zu werden, wenn der Valutakurs als feststehend anzusehen ist, einen niedrigen Stand der Löhne.[95]

Allmählich entstand in Großbritannien allgemein ein unbehagliches Gefühl. Sollte der Freihandel aufgegeben und die heimische Industrie durch Schutzzölle gesichert werden? Oder war dieser Übergang zum Schutzzollsystem nicht zweckmäßig, da Großbritannien auf den Lebensmittelimport angewiesen ist? So wurde zu Beginn des Jahres 1932 mit dem Ausbau eines Schutzzollsystems begonnen, welches alsbald die Dominions auf den Plan rief. Die endgültige Regelung wurde nach langen Überlegungen und Vorverhandlungen im August 1932 in Ottawa unterzeichnet mit dem Ergebnis, daß das Mutterland sich mit den anderen Teilen des Weltreichs auch wirtschaftlich zusammenschloß, indem gegenseitig starke Zollermäßigungen gewährt und Konkurrenzausschaltung vereinbart wurden. Gewiß blieb für Kanada der nordamerikanische Markt auch weiterhin lebenswichtig; die Wettbewerbsfähigkeit der Japaner wurde in Britisch-Indien oder in Australien nicht ausgeschaltet. Alle Glieder des Weltreichs waren bestrebt, sich die alten Absatzgebiete zu erhalten. Vom Export des Mutterlandes gingen im Jahre 1930 43,5 % nach anderen Teilen des Empire, im Jahre 1934 dagegen 46,7 %. Aus dem Empire bezog Großbritannien im Jahre 1930 29,1 % seiner Einfuhr, im Jahre 1934 dagegen 37,0 %.[96]

Solange nun das Mutterland aus seinen Kapitalanlagen in allen Teilen der Erde seine Zinsen erhielt, konnte es sich einen

95 Dazu, wie weit die Ansichten darüber auseinandergehen, ob Großbritannien von 1925 bis 1931 eine Deflationspolitik betrieben hat, vgl. Charles Rist: La déflation en pratique. (Angleterre, Etats-Unis, France, Tchéco-Slovaquie.) Bibliothèque internationale d'économie politique. Paris 1924. S. 123; — Keynes a. a. O., S. 443 ff., 603; derselbe im Hamburger Wirtschaftsdienst, 11. Jahrgang, 1926, S. 669; Paul Einzig: „Das Schicksal des Pfundes". Berlin 1932, S. 121; — Benham a. a. O., S. 17, 23.

96. Vgl. Jessen a. a. O., S. 5; — Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich.

hohen Einfuhrüberschuß leisten; denn die Zahlungsbilanz trug ihn.[97] Der Preissturz am Weltmarkt erschütterte aber gerade die kolonialen Rohstofflieferanten und verursachte dadurch erhebliche englische Verluste. So sanken [98] die Einnahmen Großbritanniens aus Schiffahrt, Vermittlungsgeschäften und Zinsen von 445 Millionen Pfund im Jahre 1929 auf 280 Millionen im Jahre 1931, d. h. um 165 Millionen. Große Kapitalbewegungen kamen hinzu, um die Lage der Zahlungsbilanz kritisch zu gestalten. Angebot von und Nachfrage nach Pfunden ließen sich am Devisenmarkt nicht mehr ausgleichen.

So kam es schließlich im Jahre 1931 zur Krise.[99] Die erste Phase zeigte bis Ende April starke Goldabflüsse der Bank von England. Die zweite Phase reichte bis zum Herbst. Das ausländische Kapital wurde unsicher; es wurde aus England zurückgezogen, kehrte dann aber wieder. Die Lage gestaltete sich immer undurchsichtiger, zumal die französischen und amerikanischen Abzüge nicht aufhörten. Die damals viel beachtete Revolte in der englischen Flotte hat hierbei keine große Rolle gespielt; denn eine etwa hieraus resultierende Befürchtung internationaler Kapitalistenkreise, daß Großbritannien zum Kommunismus übergehen würde, hätte den Kurs des Pfundes wohl vorübergehend, aber nicht Monate hindurch derartig zu senken vermocht. Im Juli 1931 kam noch die deutsche Bankenkrise hinzu, die englisches Geld in Deutschland einfrieren ließ. Allein in diesem Monat verlor die Bank von England 30 Millionen Pfund Gold, da die englischen Privatbanken und die ausländischen Notenbanken ihre Goldvorräte durch Umwandlung ihrer Devisenvorräte in Gold auffüllten. Ein ungünstiger Bericht über die Haushaltslage, der May-Report, berührte einen Punkt, an dem die englische Bevölkerung besonders empfindlich ist, und vermehrte die Nervosität. Es wurde daher mit allen Mitteln versucht, den Saldo der Zahlungsbilanz, zunächst wenigstens, auszugleichen. Die französische und die amerikanische Noten-

97. Zum Vergleich mögen die Zahlen der deutschen Ausfuhr in RM je Einwohner dienen, die nachstehend genannt seien:
1925 — 149, 1926 — 167, 1927 — 171, 1928 — 193, 1929 — 211, 1930 — 187, 1931 — 149, 1932 — 88, 1933 — 75, 1934 — 64.

98. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 60.

99. Vgl. Jessen a. a. O., S. 6.

bank liehen anfangs für 50 Millionen Pfund Francs und Dollars, später noch einmal für 80 Millionen Pfund. Die nationale Regierung, die mit dem Parteisystem brechen sollte, wurde begründet. Der Diskontsatz wurde auf 6 % erhöht. Der Devisenmarkt kam nicht zur Ruhe.

Am 19. September 1931 erklärte die Bank von England, daß das nationale Interesse es erfordere, sie von ihrer Verpflichtung zur Goldabgabe zu entbinden. Am 21. September erhielt sie die gesetzliche Ermächtigung (§ 1 des Gold Standard [Amendment] Act vom 21. September 1931), die Einlösung der Noten in Gold einzustellen. Durch das gleiche Gesetz wurde das Schatzamt ermächtigt, erforderlichenfalls eine Devisenbewirtschaftung einzuführen.

Die Ansichten darüber, ob diese Maßnahmen staatsmännischer Klugheit entsprangen oder ob die Verantwortlichen nur die Nerven verloren hatten, sind geteilt. Die Pfundentwertung traf eine Weltwährung, traf die Währung, in der die großen internationalen Warengeschäfte abgeschlossen wurden. In Großbritannien wurde, wie in allen Pfundländern, auf der alten Pfundbasis weitergearbeitet. Preise und Löhne änderten sich zunächst nur wenig. Hierbei ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Preise nicht stärker steigen als die Löhne, da sonst der Reallohn des einzelnen Arbeiters sinken würde. Der Reallohn aber ist für ihn das Wesentliche; denn er arbeitet nicht des Geldes wegen, sondern um Waren und andere Dinge sich beschaffen zu können. Werden jedoch diese teurer, so kann er nur weniger kaufen und muß seine Lebensführung einschränken.[100]

Von Oktober 1931 bis zum Dezember des gleichen Jahres stiegen die Lebenshaltungskosten[101] [102] um 1,4 %, wobei die

100. Zur Lohnentwicklung vgl. Jessen a. a. O., S. 67 f.

101. Zur Entwicklung der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten in Großbritannien vgl.: „Der deutsche Volkswirt", 5. Jahrgang, Nr. 28, 34, 41, 47; 6. Jahrgang, Nr. 1, 8, 15, 21, 29, 38, 44, 53; 7. Jahrgang, Nr. 6, 12/13, 29, 36, 43; 8. Jahrgang, Nr. 3, 12 13, 22, 33, 47; 9. Jahrgang, Nr. 10, 25, 39, 51; 10. Jahrgang, Nr. 12/13, 27, 39; 11. Jahrgang, Nr. 2; ferner „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung", Herausgegeben von Ernst Wagemann. Institut für Konjunkturforschung. 11. Jahrgang, 1936, Heft 2, Teil B. Neue Folge.

102. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im Jahre 1931" in „Wirtschaft und Statistik", 12. Jahrgang, 1932, Nr. 6, S. 172 ff.

Ausgaben für Bekleidung nicht mehr weiter sanken, während die Kosten für Ernährung sogar, wenn auch nur um 2,3 %, stiegen, da viele importierte Nahrungsmittel aus Staaten stammten, die zugleich mit Großbritannien ihre Währung entwerteten, und daher teilweise noch billiger wurden (Fleisch, Eier, Tee zum Beispiel), während Mehl, Brot (diese infolge der Befestigung der Weltmarktpreise für Getreide), Milch und frische Butter im Preise anzogen. Der Einfluß der Pfundentwertung ist jedoch höher, als er in dem Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,4 % im vierten Vierteljahr 1931 zum Ausdruck kommt; denn ohne den Abgang vom Goldstandard wären die Lebenshaltungskosten weiter gesunken.[103] Die Hauptbewegung beim Index des Economist war in der Gruppe „Nahrungsmittel und Fleisch" zu verzeichnen, die vom 18. September 1931 bis zum 18. Mai 1932 um rund 15 % stieg. In der gleichen Zeit verteuerten sich Textilien um 5 %, nachdem sie bereits bis Ende Januar 1932 um 20 % im Preis angezogen hatten.

Von Dezember 1931 bis Dezember 1932 sanken die Lebenshaltungskosten[104] um 3,4 %, wobei alle Gruppen, mit Ausnahme der etwas gestiegenen Ausgaben für Wohnungsmiete, an dieser Senkung teilhatten. Am meisten, um 6,1 %, gaben die Ernährungskosten nach, vor allem infolge gesunkener Preise für Fleisch, Milch, Butter und Zucker, während Mehl, Brot und Tee im Preise anzogen. Nachdem im Verlaufe des Jahres 1933 der Großhandelsindex sich um 1,8 % erhöht hatte, stieg er im Jahre 1934 bis zum Februar um weitere 2,5 %, um dann bis zur Mitte des Jahres wieder eine sinkende Tendenz zu zeigen. Vor allem gaben die Preise für Nahrungsmittel nach, während die übrigen Waren um 10 % teurer als ein Jahr zuvor waren. Die Lebenshaltungskosten, die Ende 1933 gegenüber Ende 1932 kaum verändert waren, sanken im Jahre 1934 bis zum Mai, um dann bis zum Ende des Jahres zu steigen. Sie waren von Mai ab höher

103. Vgl. Benham a. a. O., S. 27.

104. Vgl.: „Die Lebenshaltungskosten in wichtigen Ländern im Jahre 1931" a. a. O., S. 144 ff.; ferner: „Die Wirtschaftslage in der Welt Frühjahr 1934" a. a. O., S. 16 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1934" a. a. O. S. 24 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 30 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 14 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 16 f.

als zur gleichen Vorjahrszeit. Im einzelnen stiegen die Großhandelspreise für Nahrungsmittel bis August und gaben dann leicht nach; ebenso sanken auch die Preise für Textilrohstoffe, dagegen wurden Eisen und Kohle teurer.

Von Januar 1935 bis Dezember 1935 stiegen die Großhandelspreise um 2,5 %. Besonders erhöhten sich die Preise für Getreide, vor allem Weizen, Butter, Wolle, Metalle, Stahl und Eisen. Die Lebenshaltungskosten zogen im Verlaufe des Jahres 1935 um rund 3 % an, hauptsächlich infolge gestiegener Lebensmittelpreise. Im Jahre 1936 stiegen die Großhandelspreise bis zum August um 4,1 %; sie waren damit um 7,6 % höher als im August 1935. Die Lebenshaltungskosten waren im August 1936 nach vorübergehender leichter Abschwächung ebenso hoch wie im Dezember 1935 bzw. um rund 3% höher als ein Jahr zuvor.[105] Im Jahre 1936 zogen also die Preise zum erstenmal seit dem Abgang Großbritanniens vom Goldstandard in größerem Umfange an. Dies geht auch aus den folgenden Zahlen hervor: Der Großhandelsindex der Financial Times (18. September 1931 = 100) stand im Durchschnitt der Jahre 1932 und 1933 auf 103,5, 1934 auf 106,4 und 1935 auf 108.1. Ende Juni 1936 dagegen auf 113,1 und Ende Juli 1936 auf 115.2. Der Großhandelsindex des Board of Trade (1930 = 100) erhöhte sich von 84,8 im dritten Vierteljahr 1931 auf 88.1 im zweiten Vierteljahr 1935 und auf 92,2 im zweiten Vierteljahr 1936. Die Lebenshaltungskosten (Juli 1914 = 100) sanken von 145.3 im dritten Vierteljahr 1931 auf 136,5 im zweiten Vierteljahr 1933, um danach auf 140,0 im zweiten Vierteljahr 1935 und 144.3 im zweiten Vierteljahr 1936 zu steigen. Am 1. August 1936 standen sie auf 146, hatten also den Stand vom dritten Vierteljahr 1931 überschritten. Alle diese Erhöhungen hatten allerdings, da die Löhne ebenfalls stiegen, für die Kaufkraft der Bevölkerung nur geringe Bedeutung.

Die Inlandspreise blieben also in Großbritannien im allgemeinen stabil, und zwar aus folgenden Gründen: Erstens war es Großbritannien schnell gelungen, wichtige nichtbritische Liefe-

---

105. Vgl. Edgar Gerwin: „Fünfjahresbilanz der Pfundabwertung" in „Der deutsche Volkswirt", 10. Jahrgang, Nr. 52, S. 2587 ff.

rantenländer in den Kreis der Entwertungsländer hineinzuziehen. Dann schloß sich auch währungspolitisch das übrige Empire dem Mutterland an. Beide Momente ermöglichten es, mindestens 50 % des englischen Zuschußbedarfes an Rohstoffen zu Preisen zu erhalten, die ebenso wie der Pfundkurs abgesunken waren. Die Dollarentwertung erleichterte dann die Importbilligkeit weiter. Zweitens kam aber die anhaltende Depression in der übrigen Weltwirtschaft Großbritannien in der Niedrighaltung des Preisniveaus zu Hilfe. Erst in der letzten Zeit begannen, wie oben gezeigt wurde, in Großbritannien nicht nur Rohstoffkosten und Löhne, sondern auch die Preise für englische Fabrikate anzusteigen. Vgl. hierzu auch die folgenden Tabellen: [106]

Indizes der Rohstoff- und Grundstoffpreise in Großbritannien und Wechselkursdisagio des Pfundes 1932—1935.[107]

Zeit	Rohstoffpreise [108] Großbritann.[109]	Grundstoffpreise [108] (in Gold) Großbritann.[110]	Lebensmittel- und Rohstoffpreise [108] Weltdurchschnitt [111] Vierteljahr		Wechselkursdisagio des Pfundes %
Juli 1932	98	73	83	II. 1932	—24,2
Januar 1932 . . .	100	73	78	IV. 1932	—31,2
Juli 1933	108	91	134	II. 1933	—30,5
Januar 1934 . . .	107	86	129	IV. 1933	—34,0
Januar 1935 . . .	109	80	150	IV. 1934	—39,5
Oktober 1935 . .	113	90	166	III. 1935	—39,7

Kostenindizes Großbritanniens 1930—1935.[112] [113]

Kostenart:	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Löhne	98,0 [114]	97,0	95,0	94,0	94,0	95,0
Lebenshaltungskosten . . .	89,5 [114]	84,0	81,8	79,8	80,6	81,5
Lebensmittelpreise	126,6 [115]	111,5	110,6	103,4	104,8 [116]	
Industriematerial	115,5 [115]	100,1	96,9	99,4	103,7 [117]	

106. Vgl. Benham a. a. O., S. 34 ff.; ferner Volwassen a. a. O., S. 52 f., 78 f.

107. Vgl. Harris a. a. O., S. 285.

108. September 1931 = 100.

109. Royal Economic Society Memoranda. Sub-Index. „The Statist", London.

110. Bank of England. Statistical Summary.

111. Aus den im „Bulletin Mensuel de Statistique", Génève, erscheinenden Zahlen errechnet.

112. Board of Trade Journal. — Royal Economic Society. Special Memoranda.

Die britischen Preise[118] paßten sich also nur langsam an die Pfundentwertung an.[119] In Großbritannien waren, ebenso wie übrigens auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, in der ersten Zeit nach der Währungsentwertung die Goldpreise der landwirtschaftlichen Grundstoffe im Verhältnis zu anderen Preisen auf ein tiefes Niveau abgesunken. Zu Beginn des Jahres 1933 hatten sich zum großen Teil die britischen Rohstoffpreise noch nicht an die Dollar-Pfund-Relation und an die Preisbewegungen der in Betracht kommenden Erzeugnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika angepaßt. Dies erfolgte erst Mitte 1933. Die Ursache dieser Erscheinung war aber nicht die Anpassungsfähigkeit der britischen oder der amerikanischen Preise, sondern die Senkung des Dollarwerts. Zu Beginn des Jahres 1934 noch lagen die Dollarpreise für landwirtschaftliche Grundstoffe niedrig; dagegen lagen sie zu Beginn des Jahres 1935 hoch im Verhältnis zur Relation, die 1931 zwischen den amerikanischen und den britischen Preisen vorhanden gewesen war, aber auch im Verhältnis zu den Wechselkursen des Jahres 1935. Teils wurden diese Preisbewegungen auch durch die Dürre und die Politik der höheren Preise in den Vereinigten Staaten von Amerika verursacht.

Im Jahre 1932 sanken die britischen Export- und Importpreise für Industriewaren, welche Tatsache zur Annahme verleiten könnte, daß der britische Fertigwarenproduzent eher seinen Absatz erhalten oder ausdehnen wollte als seine Erzeugnisse, in Pfund gerechnet, teurer zu verkaufen. Im Jahre 1933 sank der Exportpreisindex für Industriewaren weiter, allerdings nicht so stark wie der Importwarenindex. In den Vereinigten

---

113. Die Ergebnisse neuerer, auf umfangreicheren Daten basierender Lohnuntersuchungen lassen eine Änderung dieser Zahlen nicht als notwendig erscheinen. Vgl. E. C. Ramsbottom: „The course of wage rates in the United Kingsom 1921—1934". Journal of the Royal Statistical Society. London. Bd. 98, 1935, S. 644 ff.

114. 1924 = 100.

115. 1913 = 100.

116. Korrigierter Index. Weist eine Erhöhung um 2 % im Jahre 1935 auf.

117. Korrigierter Index. Erhöhung um ½ % im Jahre 1935.

118. Vgl. Harris a. a. O., S. 285 ff.

119. Über die Verwendung des Begriffes „Anpassung" vgl. S. 72.

Staaten von Amerika war übrigens im Jahre 1932 das Absinken der Exportpreise für Industriewaren annähernd ebenso stark wie das Absinken eines ähnlichen englischen Index. Wenn auch die drei erwähnten Indizes sich nicht aus vollkommen gleichen Waren zusammensetzen, so ist doch das angesichts der Valutaentwertung niedrige Niveau der britischen Exportpreise beachtlich. Die Kosten sanken in den Vereinigten Staaten von Amerika in den Jahren 1930—1932 bei weitem stärker als in Großbritannien. In der ersten Zeit nach der Dollarentwertung genügte aber dieser Rückgang nicht zum Ausgleich der von Großbritannien aus der Pfundentwertung erlangten Vorteile. In den Jahren 1930—1932 fielen die amerikanischen Gesamtexportpreise stärker als die englischen im Gegensatz zu den Preisveränderungen für Industriewaren allein. Dies hat zum Teil seine Ursache darin, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse im amerikanischen Gesamtindex eine größere Rolle spielen.

Die britischen Importpreise zogen nicht so an, wie es nach der Pfundentwertung hätte erwartet werden müssen, da dem britischen Kunden entweder besondere Nachlässe gewährt wurden oder die Preise der gleichen Waren beim Export nach anderen Ländern nicht im gleichen Ausmaße gesenkt wurden wie bei der Lieferung nach Großbritannien. Infolge des fehlenden Preiszusammenhangs zwischen den einzelnen Märkten waren derartige Preisdifferenzierungen möglich. So importierten die Vereinigten Staaten von Amerika beispielsweise Butter und Zellstoff aus Kanada, Großbritannien dagegen diese Güter aus den skandinavischen Staaten. Angesichts der großen Rolle, die Großbritannien bezüglich vieler Erzeugnisse im Verhältnis zum gesamten Handel dieser Produkte und zum Export der einzelnen Staaten spielt, war ein starkes Absinken der Weltmarktpreise zwecks Vermeidung des Verlusts des britischen Kunden unvermeidlich. Daher mußten die Importpreise unter Berücksichtigung der Währungsentwertung in Großbritannien mehr sinken als in anderen Staaten, war doch gerade bei den für Großbritannien sehr wichtigen Waren, die auch in der Zusammensetzung des britischen Index eine große Rolle spielen, von Anfang an die Möglichkeit beträchtlicher Preissenkungen vorhanden.[120]

120. Vgl. hierzu auch die Ausführungen auf S. 130 f.

VI. Österreich.

Österreich[121] ließ seine Währung, den Schilling, seit Herbst 1931 absinken. Am 30. April 1934 wurde der Goldwert des Schilling auf 78,7 % seines früheren Goldwerts festgesetzt. Welche Entwicklung hatten diese Währungsmaßnahmen zur Folge? Die Lebenshaltungskosten veränderten sich, wie auch aus den folgenden Tabellen ersichtlich ist, nur wenig. Dagegen sanken die Nominallöhne und also auch die Reallöhne. Infolge dieses Absinkens der Reallöhne war ein starker Rückgang des Verbrauchs an Zucker, Tabak und alkoholischen Getränken festzustellen.[122]

Nach einem leichten Anstieg Ende 1931 und Anfang 1932 [123] sanken die Lebenshaltungskosten im Verlaufe des Jahres 1932 wieder und waren Ende 1932 niedriger als ein Jahr zuvor und nur noch um 0,3 % höher als im dritten Vierteljahr 1931. Die Großhandelspreise gaben ebenfalls nach einer vorübergehenden Steigerung von Januar 1932 wieder nach und erreichten im Dezember 1932 den Stand vom September 1931. Im Jahre 1933 veränderten sich die Lebenshaltungskosten nur wenig; das gleiche gilt auch von den Großhandelspreisen, die im Dezember 1933 ebenso hoch wie im Januar des gleichen Jahres waren. Das Jahr 1934 bietet dasselbe Bild. Die Lebenshaltungskosten sind eher etwas niedriger als ein Jahr vorher, während die Großhandelspreise nach einem Anstieg bis zum April wieder sich bis zum Oktober abschwächen, um im Dezember den Stand vom Januar zu erreichen. Sie sind damit gegenüber dem Vorjahrsstand um rund 1 % erhöht. Im Jahr 1935 sinken die Lebens-

---

121. Vgl. hierzu Jessen a. a. O., S. 68 f.

122. Zur Entwicklung der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten in Oesterreich Vgl. „Der deutsche Volkswirt", 5. Jahrgang, Nr. 30, 37, 44, 50; 6. Jahrgang, Nr. 5, 11, 18, 24, 32, 40, 47; 7. Jahrgang, Nr. 3, 9, 17, 22, 42, 51; 8. Jahrgang, Nr. 5, 41; 9. Jahrgang, Nr. 4, 19, 32, 45; 10. Jahrgang, Nr. 5, 15, 33, 47; ferner „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung". Herausgegeben von Ernst Wagemann. Institut für Konjunkturforschung 11. Jahrgang, 1936, Heft 2. Teil B. Neue Folge.

123. Vgl.: „Die Wirtschaftslage in der Welt Frühjahr 1935" a. a. O., S. 18 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1934" a. a. O., S. 26 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 30 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 16 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 18 f.

haltungskosten bis zum April, um danach anzusteigen und seit Juni den Vorjahrsstand zu übersteigen. Die Großhandelspreise zeigen ebenfalls leichte Schwankungen. Sie sinken nach einer Erhöhung von April bis Juni im Dezember wieder auf den entsprechenden Vorjahrsstand. Dabei sind die Großhandelspreise für Nahrungsmittel in diesem Zeitpunkt um 3 % niedriger, die Industrierohstoffe dagegen um 3 % höher als zur gleichen Zeit des Vorjahrs. Im Jahre 1936 sinken die Lebenshaltungskosten stärker als saisonüblich und sind im Juli um rund 1 % niedriger als ein Jahr zuvor. Die Großhandelspreise, die sich bis zum März abschwächten, steigen seitdem an, sind aber bis zum Juli ebenfalls niedriger als ein Jahr vorher. Die Industrierohstoffpreise, die im Jahre 1935 angezogen hatten, gaben etwas nach und waren im Mai 1936 nur noch um 1,5 % höher als im Mai 1935.

VII. Tschechoslowakei.

Die Tschechoslowakei [124] umfaßt ein Gebiet von 140 000 qkm mit einer Einwohnerzahl von fast 15 Millionen. Es kommen also im Durchschnitt 105 Menschen auf den qkm gegenüber 140 im Deutschen Reich. Für die von Österreich-Ungarn übernommene, auf dessen Markt mit seiner Bevölkerung von 60 Millionen eingerichtete, d. h. für die jetzigen Verhältnisse überdimensionierte, mußten Absatzgebiete im Ausland gesucht werden. Die tschechoslowakische Ausfuhr stieg im Monatsdurchschnitt von 1562 Millionen KČ im Jahre 1925 auf 1769 Millionen KČ im Jahre 1928, sank dann aber im Verlauf der Weltwirtschaftskrise bis 1933 auf 494 Millionen KČ, also um 72 %. Zeitweilig betrug die Ausfuhr je Kopf der Bevölkerung mehr als zwei Drittel der entsprechenden Zahlen der deutschen Ausfuhr, war also angesichts der im ganzen ärmeren tchechoslowakischen Bevölkerung ziemlich bedeutend. Wenn sie von 1928 bis 1933 auf 28 % zusammenschrumpfte, so mußte dies starke Rückwirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft haben. Alle Versuche einer Ausfuhrerhöhung aber waren vergeblich. Schwierigkeiten ergaben sich auch außerdem daraus, daß die Zahlungen

124. Vgl. Jessen a. a. O., S. 24 ff.

für die getätigten Exporte vielfach nicht sofort hereinkamen, sondern vielmehr teilweise im Ausland einfroren, so im Deutschen Reich, auf dem Balkan und in Südamerika.

Als Währung hatte die Tschechoslowakei die österreichische Krone übernommen, die allerdings bei Kriegsende bereits erheblich entwertet gewesen war. In den Jahren 1922 und 1924, für welche zum erstenmal Indexzahlen veröffentlicht wurden, lagen die Inlandspreise auf dem Dreizehn- und auf dem Zehnfachen des Vorkriegsstands. Im Jahre 1926 wurde die Nationalbank eröffnet und die Währung gleichzeitig in ein festes Verhältnis zum Dollar gebracht. Danach waren 100 tschechoslowakische Kronen gleich 2,90 bis 3,03 Dollars. Die Preisentwicklung der folgenden Jahre läßt deutlich die scharfe Deflationspolitik erkennen; wurden doch die Preise vom Zehnfachen des Vorkriegsstandes im Jahre 1924 bis zum Jahre 1933 auf das Sechseinhalbfache herabgedrückt. In Gold gerechnet fielen die Preise von 146 % der Vorkriegspreise im Jahre 1925 bis auf 96 % im Jahre 1933, also um mehr als ein Drittel. Die Folge war, daß seit 1925 die Kurven der verschiedenen Produktionen gleichermaßen absanken. Da mit derartigen Preissenkungen notwendigerweise Lohnsenkungen verbunden waren, stieg allein die Kurve der Arbeitslosigkeit.

Am 17. Februar 1934 wurde der Goldgehalt der tschechoslowakischen Krone um ein Sechstel herabgesetzt. Die Agrarier erhofften ein Ansteigen der inländischen Preise für landwirtschaftliche Produkte und damit eine Erleichterung ihrer Schuldenlast, die Sozialdemokraten dagegen eine Erhöhung der Ausfuhr als Hilfe gegen weitere Lohnsenkungen und Arbeiterentlassungen.[125] Infolge der Abwertung sanken die Großhandelspreise in Gold von 94,3 % im Februar 1934 auf 81,1 im März des gleichen Jahres, zogen dann aber bis Juli 1934 wieder auf 85,1 an. Der Preisvorsprung der Tschechoslowakei aus der Kronenabwertung wurde, ganz abgesehen von den Schwankungen in den Goldwährungsländern selbst, durch die Erhöhung der

125. Zur Entwicklung der Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten vgl. „Der deutsche Volkswirt", 6. Jahrgang, Nr. 40, 47; 7. Jahrgang, Nr. 3, 9, 17, 22, 47; 8. Jahrgang, Nr. 1, 12/13, 26, 36, 51; 9. Jahrgang, Nr. 15, 29, 43; 10. Jahrgang, Nr. 3, 15, 27, 39; 11. Jahrgang, Nr. 2.

inländischen Preise und durch das Absinken von Auslandsvaluten verringert. Vor allem stiegen die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, während die Preise für industrielle Rohstoffe und Produkte im Jahre 1934 noch weiter sanken. Die Lebenshaltungskosten blieben unter leichten Schwankungen fast unverändert. Im Jahre 1935 stiegen die Großhandelspreise bis zum Juli an, um sich dann etwas abzuschwächen. Im Juli erreichte der Gesamtindex einen Stand von 722 gegenüber 645 im Februar 1934; er war also seit der Abwertung der Krone um 12 % gestiegen. Im einzelnen waren die Steigerungen sehr unterschiedlich; so erhöhten sich die Preise für Nahrungs- und Futtermittel um 21 % von 625 auf 754, die Preise für Nahrungs- und Genußmittel, teilweise in Auswirkung des im Juli 1934 eingerichteten Getreidemonopols, in ähnlichem Umfang; dagegen veränderten sich die Preise für industrielle Rohstoffe und Produkte nur geringfügig von 667 auf 678. Der Lebenshaltungsindex erhöhte sich nicht so stark, sondern stieg nur etwas, von 680 im März 1934 auf 707 im Juli 1935, also um 4 %.[126]

Eine Senkung der Nominallöhne konnte nicht vermieden werden. Somit sanken auch die Reallöhne, und zwar um 3,5 % seit der Abwertung der Krone. Im Jahre 1936 sanken die Großhandelspreise, vor allem infolge niedrigerer Preise für Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel, während industrielle Rohstoffe und Produkte im Preise wieder anzogen. Die Lebenshaltungskosten blieben auf ihrem hohen Niveau seit Anfang 1936 unverändert.[127] [128]

Am 4. Oktober 1936 wurde die tschechoslowakische Krone wiederum abgewertet, und zwar durch Beschluß vom 9. Oktober um 13,26—18,70 %, d. h. um 15,98 % in der Mitte. In einer Kundgebung der tschechoslowakischen Regierung, in der die Abwertung der Krone bekanntgegeben und begründet wurde.

126. Zur Entwicklung der Löhne vgl. Jessen a. a. O., S. 68 f.

127. Vgl.: „Die Wirtschaftslage in der Welt Frühjahr 1934" a. a. O., S. 20 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1934" a. a. O., S. 28 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 32 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 16 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 18 f.

128. Vgl. die Kritik tschechoslowakischer Indexmethoden in „Réforme Economique" 1935, Nr. 6, S. 17: „La Dévaluation tchécoslovaque et le niveau des prix".

heißt es u. a.: „Durch diese Maßnahme wird die Abwertung der Krone vom Jahre 1934 auf jenes Maß ergänzt, das durch die Entwicklung der internationalen Devisenmärkte unausweichlich erzwungen worden ist, zumal nach der Abwertung der französischen Währung auch noch eine Entwertung der schweizerischen und der holländischen Währung und somit ein Verfall des Goldblocks eingetreten ist. Aus der gegenwärtigen internationalen Währungsentwicklung wird ersichtlich, daß die Tschechoslowakei noch in der Lage ist, eine Abwertung durchzuführen, ohne Maßnahmen des Auslandes gegen tschechoslowakische Waren hervorzurufen und ohne das Gleichgewicht auf dem inländischen Markt in schädlicher Weise zu stören, also ohne im wesentlichen ihr inneres Preisniveau zu irritieren. Um dem wirtschaftlichen und sozialen Leben die Garantien der erforderlichen Stabilität zu geben, wird das Innenministerium bevollmächtigt, in keinem Falle eine unbegründete Preissteigerung zuzulassen. Die Abwertung der tschechoslowakischen Krone wird die Wirtschaft in die Lage versetzen, rechtzeitig und zweckmäßig den Anschluß an die Bestrebungen der Weststaaten nach schrittweiser politischer Auflockerung herzustellen, für die der allgemeine Währungsfriede, dem die eben durchgeführte Abwertung der Goldblockwährungen die Bahn ebnen soll, mit eine Voraussetzung bildet."

VIII. Japan.

Japan[129] hat etwa die gleiche Einwohnerzahl wie das Deutsche Reich, d. h. rund 70 Millionen, unterscheidet sich aber in seiner wirtschaftspolitischen Struktur durch zwei grundlegende Tatsachen: Erstens ist die Bevölkerungsdichte mit 180 Japanern je qkm gegenüber 140 Deutschen auf dem gleichen Raum erheblich höher; sie steigt auch viel schneller als in den europäischen Staaten. Da eine Auswanderung nur in beschränktem Umfange möglich ist und die asiatischen Neuerwerbungen sich nicht als Siedlungsland eignen, folgt daraus für Japan die gebieterische Notwendigkeit, neue wirtschaftliche Absatzgebiete zu er-

129. Vgl. Jessen a. a. O., S. 33 ff., an dessen Ausführungen sich die nachstehenden Darlegungen teilweise anlehnen.

schließen. Der zweite entscheidende wirtschaftspolitische Unterschied besteht in der verschiedenen Ausnutzung des vorhandenen Bodens. Von 477 000 kqm großen Fläche des Deutschen Reiches werden rund 300 000 qkm landwirtschaftlich bewirtschaftet. Hiervon sind 205 000 qkm Ackerland und 82 000 qkm Wiesen. Kapan dagegen nutzt von seiner Fläche von 382 000 qkm nicht, wie das Deutsche Reich, zwei Drittel, sondern lediglich ein knappes Sechstel landwirtschaftlich. Die sehr einfache Lebenshaltung des japanischen Volkes ermöglicht es, daß die Anbauflächen trotzdem den Lebensbedarf fast decken. Der Reisstandard verschafft Japan im Kampf um die Weltmärkte gegenüber dem Fleischstandard der anderen Industrievölker einen erheblichen preispolitischen Vorsprung.

Bis zum Weltkriege baute Japan seine Industrie mit ausländischem Kapital auf. Der Krieg selbst brachte dann hohe Kriegslieferungsgewinne, so daß Japan nicht nur seine Vorkriegsschulden abdecken, sondern darüber hinaus noch ein großes Guthaben im Auslande ansammeln konnte. In diesen Jahren war die Handelsbilanz aktiv. Seit 1919 aber war der Import wieder höher als der Export. Im Jahre 1917 gab Japan den Goldstandard auf. Es versuchte dann später, die Währung wieder zu stabilisieren. Das Erdbeben vom September 1923 aber zerstörte Werte im Betrage von 10 Milliarden Yen und warf Japan zurück. Im Jahre 1927 ging eine Bankenkrise über das Land. Am 11. Januar 1930 endlich wurden die Kurse wieder stabilisiert. Die kriegerischen Verwicklungen mit China zwangen Japan zum Import von Kriegsrohstoffen. Die Pfundentwertung verminderte die Wettbewerbsfähigkeit in den Pfundländern. Die Fehlbeträge der Zahlungsbilanz mußten durch Goldabgaben gedeckt werden. In den Jahren 1930 und 1931 flossen 710 Millionen Yen in das Ausland ab und senkten den Goldvorrat der Bank von Japan auf die Hälfte. Wie Großbritannien ließ Japan daher seine Währung fallen, nicht als weitsichtiges Mittel der Wirtschaftspolitik, sondern eben aus einer augenblicklich äußerst schwierigen Devisenlage heraus.

So wurde am 13. Dezember 1931 ein Goldausfuhrverbot erlassen. Der neue Kurs des Yen sollte sich im freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte bilden. Er begann mit einem Abschlag

von 15 % gegenüber der alten Parität, der sich dann innerhalb von zwei Wochen auf 30 % erhöhte. Dann ging der Verfall langsam und ziemlich gleichmäßig weiter. Im Durchschnitt des Jahres 1935 betrug das Ausmaß der Entwertung 65,8 %; der Kurs blieb dann auch in den ersten drei Quartalen des Jahres 1936 ungefähr stabil.[130]

Bei der Betrachtung der Preisentwicklung[131] nach der Yenentwertung ist zu beachten, daß die japanische Regierung einerseits, wenigstens zeitweilig, mit schärfsten Mitteln gegen Preistreibereien vorging, anderseits aber auch zugunsten der Preise landwirtschaftlicher Produkte, besonders für Reis und für Seidenkokons, Preisstützungen vornahm.

Zunächst hatte die Entwertung des Yen eine starke Preiserhöhung zur Folge, die aber bald aufhörte, da die japanische Bevölkerung sich in Erwartung der Währungsentwertung bereits reichlich eingedeckt hatte und die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse infolge günstiger Ernten fielen. Bis Dezember 1932 stiegen die Großhandelspreise nach vorübergehendem Absinken gegenüber dem Stand vom November 1931 um 26 %. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um 9 % und die Ernährungskosten um 6 %. Im Jahre 1933 sanken die Großhandelspreise unter Schwankungen um 5 %; die Lebenshaltungskosten dagegen stiegen, nachdem sie bis zur Mitte des Jahres gesunken waren, um 2 %, während die Ernährungskosten sich um 1 % abschwächten. Im Jahre 1934 veränderten sich die Großhandelspreise nur wenig; im Dezember 1934 waren sie 3 % höher als ein Jahr zuvor. Die Lebenshaltungskosten blieben ebenso wie die Ernährungskosten im Jahre 1934 ebenfalls stabil. Die Großhandelspreise, die im Jahre 1935 bis zum Juni sich nur

130. Zur Preisentwicklung vgl. „Der deutsche Volkswirt", 5. Jahrgang, Nr. 33, 40; 6. Jahrgang, Nr. 1, 7, 15, 21, 34, 41, 48; 7. Jahrgang, Nr. 11, 20, 30, 44, 50; 8. Jahrgang, Nr. 11, 26, 33, 47; 9. Jahrgang, Nr. 19, 37, 51; 10. Jahrgang, Nr. 12/13, 25, 37, 52; ferner: „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung". Herausgegeben von Ernst Wagemann. Institut für Konjunkturforschung. 11. Jahrgang, 1936, Heft 2, Teil B., Neue Folge.

131. Vgl. Jessen a. a. O., S. 35 f.; „Die Wirtschaftslage in der Welt Frühjahr 1934" a. a. O., S. 20 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1934" a. a. O., S. 28 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 32 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 16 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 20 f.

geringfügig veränderten, stiegen darauf und erreichten im Dezember einen um 6 % gegenüber der gleichen Vorjahrszeit höheren Stand. Desgleichen erhöhten sich auch die Lebenshaltungskosten (um 4 %) und die Ernährungskosten (um 7 %). Im allgemeinen stiegen die Preise für Produktionsgüter ebenso wie für Verbrauchsgüter. Eine abweichende Bewegung zeigten die Preise für Kunstseidengarn, die infolge Überproduktion stark nachgaben. Im Jahre 1936 stiegen bis zum Juli die Großhandelspreise um 3 %; sie erreichten damit einen gegenüber November 1931 um 34 % höheren Stand. Die Lebenshaltungskosten erhöhten sich seit dieser Zeit bis Juni 1936 um 21 % und die Ernährungskosten um 25 %.

Japan, das als Industrieland die Yenentwertung als Mittel zur Erhöhung seiner industriellen Ausfuhr benutzte, mußte dies mit einer Kürzung der schon vorher niedrigen Reallöhne erkaufen.[132]

IX. Vereinigte Staaten von Amerika.

Der Weltkrieg[133] verschaffte den Vereinigten Staaten von Amerika hohe Gewinne aus Kriegslieferungen. Eine gewisse Kreditinflation erhöhte die Preise bis zum September 1918 auf das Doppelte des Vorkriegsstandes. Auf der Grundlage des Goldes, das infolge wirtschaftlicher und politischer Zahlungen nach den Vereinigten Staaten von Amerika in großem Umfange floß, wurden dann inflationistische Zahlungsmittel ausgegeben, die die Preise von 1918 bis 1920 um 25 % ansteigen ließen. Infolge deflatorischer und Restriktionsmaßnahmen brach plötzlich das Preisgebäude zusammen. Von Mitte 1920 bis Mitte 1921 fielen die Preise um 42 %. Mit den Preisen sank auch die Einkommensbildung. Von 1922 bis 1929 veränderten sich die Preise nur wenig. Um die Mitte dieses Zeitraums kam das Geschäftsleben wieder in Gang. Dann aber begannen die Preise wieder zu fallen und sanken vom August 1929 bis zum Juli 1932 um 34 %. Dieser starke Preissturz führte in allen Wirtschaftsteilen zu schweren Verlusten und erschütterte den öffent-

132. Vgl. Jessen a. a. O., S. 67 ff.
133. Vgl. Harris a. a. O., S. 273 ff.; Jessen a. a. O., S. 12 f.

lichen Haushalt, der zugleich auch unter der Aufhebung der Kriegsschuldenzahlungen litt. Die in schlechteren Dollars aufgenommenen Darlehen konnten in dem besseren Dollar nicht zurückgezahlt werden und blockierten das ganze Kreditsystem. Diese überhöhte Verschuldung erdrückte vor allem die Landwirtschaft, deren Preise sehr stark zurückgingen. So fiel der Durchschnitt der Preise landwirtschaftlicher Produkte von 1926 bis zum März 1933 um 60 %.

Zu Beginn der Krise versuchte der damalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Hoover, vergeblich, durch eine sehr große Ausweitung der Bankkredite den Verbrauch zu beleben; die Gewährung hoher Subventionen von seiten des Staates führte über eine Erhöhung der Steuerlast zu einer Vermehrung der Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1929 erforderten die Steuern 11,8 % des Nationaleinkommens, im Jahre 1932 dagegen fast das Doppelte.[134] Jetzt mußte rasch gehandelt werden; Ansatzpunkt sollte der Goldgehalt des Dollars sein. Nach Ansicht der Berater Roosevelts mußte eine Abwertung des Dollars zu einem Anstieg der Preise führen und so das Geschäftsleben anregen, da bei anziehenden Preisen eher gekauft wird, damit die Ware später nicht noch teurer bezahlt werden muß.

Am 19. April 1933 wurde der Präsident durch das Inflation-Amendment zum Farm Relief Act ermächtigt, den Goldwert des Dollars bis auf die Hälfte herabzusetzen. Der Dollarkurs sank sofort um 10 %, fiel bis Mitte Mai um 20 %, stieg bis Ende Mai wieder bis auf 15 %, gab aber dann von neuem nach, so daß er Ende 1933 auf 64 % der alten Parität stand. Am 30. Januar 1934 wurde durch die Bestimmungen des Gold Reserve Act der Dollar vorläufig stabilisiert, und zwar wurde sein Goldgehalt auf 59,06 % des früheren Goldgehalts festgesetzt, d. h. der Goldpreis beträgt 35 Dollars je Unze.

Bei der Beurteilung der Wirkungen der Dollarentwertung[135] auf die Preise ist zu berücksichtigen, daß diese nur eines der

---

134. Vgl. Volwassen a. a. O., S. 66 f.

135. Zur Entwicklung der Preise und der Lebenshaltungskosten vgl. „Der deutsche Volkswirt", 7. Jahrgang, Nr. 30, 43, 50; 8. Jahrgang, Nr. 3, 12/13, 24, 33, 47; 9. Jahrgang Nr. 10, 25, 39; 10. Jahrgang, Nr. 3, 12/13, 27, 39; 11. Jahrgang, Nr. 2; ferner: „Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung".

Mittel war, mit denen Roosevelt die Wirtschaft der Vereinigten Staaten zu beleben versuchte. Die beiden anderen Mittel waren das Agrarprogramm, das Produktion und Absatz, Preise und Subventionen neu regelte, und die NIRA-Gesetzgebung, ein Versuch der planwirtschaftlichen Marktregelung auch auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft.

Von März 1933 bis zum Dezember des gleichen Jahres[136] stiegen die Großhandelspreise um 28 %; besonders stark war die Erhöhung im zweiten und dritten Vierteljahr. Die Lebenshaltungskosten zogen im gleichen Zeitraum um 8 % an; hier war der Anstieg im dritten Quartal am stärksten. In diesem Zeitraum allein erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um 7 %. Im einzelnen stiegen die Bekleidungskosten um 22,7 % und die Ernährungskosten um 10,5 %, während die übrigen Gruppen nur geringere Erhöhungen aufzuweisen haben. Der starke Anstieg der Ernährungskosten von ihrem Tiefstand Mitte April 1933 bis Ende August 1933 um 18,4 % findet seine Ursache vor allem in der Erhöhung der Preise für Schweinefleisch um 19 %, für Schmalz um 24 %, für Eier um 39 %, welche Steigerung zum Teil saisonbedingt ist, für Brot um 19 % und für Mehl um 58 %. Im Jahre 1934 stiegen die Großhandelspreise unter Schwankungen weiter an, insgesamt um 10 %. Im einzelnen erhöhten sich die Preise von Industrieproduktion um 20 % gegenüber dem Tiefstand, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse dagegen um 80 %. Vor allem zogen die Preise für Baumwolle, Getreide, Fleisch und Molkereiprodukte an. Die Lebenshaltungskosten stiegen im Jahre 1934 um 4 %; vor allem erhöhten sich die Preise für Nahrungsmittel, aber auch die übrigen Gruppen zogen an. Im Jahre 1935 stiegen die Großhandelspreise nur geringfügig (um 3 %). Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse erreichten ein gegenüber dem Tiefstand fast verdop-

---

Herausgegeben von Ernst Wagemann, Institut für Konjunkturforschung, 11. Jahrgang, 1936, Heft 2, Teil B; Neue Folge.

136. Vgl.: „Die Wirtschaftslage in der Welt Frühjahr 1934" a. a. O., S. 20 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1934" a. a. O., S. 28 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1935" a. a. O., S. 35 f.; „Die Weltwirtschaft im Jahre 1935" a. a. O., S. 18 f.; „Die Weltwirtschaft Mitte 1936" a. a. O., S. 20 f.; ferner: „Die Lebenshaltungskosten im Ausland" a. a. O., S. 737; Jessen a. a. O., S. 14.

peltes Niveau. Nach dem Urteil des Obersten Gerichtshofs gegen die bisherige Form der Agrarpolitik herrschte an den landwirtschaftlichen Märkten Unsicherheit. Die Preise für industrielle Produkte stiegen ebenfalls. Die Lebenshaltungskosten setzten im Jahre 1935 ihre Erhöhung fort und zogen um 5 % an, vor allem infolge gestiegener Ernährungskosten. Im Jahre 1936 veränderten sich die Großhandelspreise bis zum Juli nur wenig; in diesem Monat waren sie um 44 % höher als im März 1933. Das gleiche gilt auch von den Lebenshaltungskosten; diese waren in der gleichen Zeit um 19 % gestiegen.

Bei den Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ist zu beachten, daß diese nicht nur auf die Dollarentwertung, sondern auch auf die durch Dürren verursachte schlechte Ernte von 1934 und auf die Anbaubeschränkungen zurückzuführen sind, die die landwirtschaftliche Gesamtproduktion erheblich vermindert haben. So spielten im Jahre 1933 Dollarentwertung und AAA., in den Jahren 1934 und 1935 dagegen AAA. und Dürren eine besondere Rolle.[137]

Zusammen mit den Lebenshaltungskosten,[138] wenn auch viel stärker als diese, sanken die Nominallöhne bis zum Zeitpunkt der Dollarentwertung und mit ihnen fielen, allerdings nicht in einem so großen Ausmaß, die Reallöhne. Danach stiegen infolge der Maßnahmen Roosevelts auch wieder alle drei Gruppen, am stärksten die vorher am meisten gesunkenen Nominallöhne, während sich die Reallöhne nicht so stark, aber immer noch mehr als die Lebenshaltungskosten, erhöhten. Dieser Anstieg hat zwei Ursachen: Erstens waren die Löhne Anfang 1933, also zu Beginn der Steigerung, sehr niedrig (um 60 % niedriger als 1929), und zweitens erfaßt die obige Statistik lediglich diejenigen Lohngruppen, an deren Erhöhung die NIRA-Gesetzgebung unmittelbar gearbeitet hat; diese Lohngruppen sind also für das gesamte große Land, das die Vereinigten Staaten von Amerika darstellen, nicht typisch. Dies geht auch aus der folgenden Gegenüberstellung hervor [139]:

---

137. Vgl. Jessen a. a. O., S. 14.
138. Vgl. Jessen a. a. O., S. 67 f.
139. Vgl. Harris a. a. O., S. 287.

Kostenindizes der Vereinigten Staaten von Amerika 1930—1935.

Kostenart:	1930	1931	1932	1933	1934	1935
Löhne [140]	97,1	84,9	64,3	66,6	75,6	83,3
Lebenshaltungskosten [141]	96,2	86,7	77,7	74,8	79,4	82,9
Lebensmittelpreise [142]	90,5	74,6	61,0	60,5	70,5	83,6
Rohstoffe [142]	84,3	65,6	55,1	56,5	68,6	76,9
Arbeitskosten:						
je Stunde, je Arbeiter [143]	108,3	102,2	93,9	91,1	108,9	112,2 [144]
je Produktionseinheit [143]	91,9	82,2	72,1	63,4	79,6	78,8 [144]
je 100 Dollars Gesamteinnahmen (% d. Gesamteinkommens 1924)	103,4	105,4	101,0	88,7	100,4	39,9 [144]

Diese Tabelle zeigt zwar die gleiche Bewegung der Löhne wie die vorige Übersicht, bietet aber insofern ein anderes Bild als jene, als hier die Schwankungen kein so großes Ausmaß annehmen wie bei jener.

Der allgemeine Ausfuhrindex [145] zeigt das Vorhandensein einer Ausfuhrprämie, die aber infolge der von NIRA. und AAA. geförderten Politik hoher Kosten nicht sehr groß ist. Was die Einfuhrprämie betrifft, so gewährten die ausländischen Lieferanten keine starken Preisnachlässe, wie angesichts der starken amerikanischen Nachfrageelastizität für viele Waren und des großen Anteils der amerikanischen Nachfrage am Weltbedarf anzunehmen gewesen wäre. Diese Erscheinung der geringeren Begünstigung der Vereinigten Staaten von Amerika als Großbritannien z. B. findet ihre Begründung in der Tatsache, daß Einkommen und Nachfrage nach einem Rückgang in den Jahren 1931 und 1932 wieder in den Jahren seit 1933 sich erhöhten, daß die Weltpreise sich in gleicher Weise veränderten und zudem die Vereinigten Staaten von Amerika aus besonderen Zugeständnissen keinen Vorteil mehr ziehen konnten, da in den Jahren seit 1933 bereits zahlreiche Staaten ihre Währung entwertet hatten.

---

140. Durchschnittlicher Wochenlohn in 24 Industrien.
141. 1923 = 100.
142. 1926 = 100.
143. 1923/25 = 100.
144. Januar—Oktober 1935.
145. Vgl. Harris a. a. O., S. 280 ff.

Deutlich ist die Wirkung der Dollarentwertung auf den Baumwollpreis; denn bei Aufrechterhaltung der alten Parität wäre der inländische Preis über den ausländischen Preis (in Dollars) gestiegen und die Baumwolle wäre immer mehr auf den inländischen Markt geleitet worden. Infolge der Dollarentwertung konnte nun eine größere Menge Baumwolle zu relativ stabilen Preisen, ausgedrückt in ausländischer Währung, aber zu hohen Preisen in Dollar gerechnet an das Ausland geliefert werden. Die Hinlenkung größerer Mengen Baumwolle auf den inländischen Markt konnte also vermieden werden. Allerdings verringerte die Anbauregelung die infolge der Dollarentwertung an sich möglichen Gewinne; denn durch die jetzt einsetzende Erhöhung der Weltmarktpreise für amerikanische Baumwolle wurde eine Steigerung des Verkaufs ausländischer Baumwolle auf Kosten des amerikanischen Absatzes veranlaßt.

Geringer war die Bedeutung der Dollarentwertung für die Weizenpreissteigerung. Die Ausfuhr von Weizen war erheblich gesunken, weshalb höchstwahrscheinlich auch ohne die Währungsverschlechterung keine starke Erhöhung der inländischen Weizenverkäufe eingetreten wäre. Zur Vermeidung großer Importe von Weizen wäre jedoch die Schaffung eines höheren Zolls notwendig gewesen. Die spekulative Weizenpreiserhöhung findet aber in der Dollarentwertung ihre Begründung.

Die Bewegung des amerikanischen Außenhandels zeigt im Jahre 1933 noch keine Reaktion des Exports auf die Dollarentwertung. Die Einfuhren stiegen sogar, da, in der Annahme einer weiteren Entwertung des Dollars, die ausländischen Kunden sich offenbar zurückhielten, die amerikanischen Importeure dagegen ihre Bezüge aus dem Ausland verstärkten. Aus dem Export der Jahre 1934 und 1935 geht die Wirkung der Dollarentwertung deutlich hervor. Vor allem erhöhte sich der Export von Fertigwaren mengen- und wertmäßig, während in dem Zeitraum 1933—1934 die Exportfertigwarenpreise je Einheit nur geringfügig angezogen hatten. Die letztere Erscheinung ist angesichts der durch die Wirtschaftspolitik verursachten Kostensteigerung in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Anbetracht des Umstands, daß nur ein ganz kleiner Teil des gesamten Fertigwarenangebots exportiert wird und demzufolge die

Fertigwarenpreise in der Auslandswährung sich eher an das hohe inländische Niveau als an das nach der Entwertung gesunkene Auslandsniveau anpassen, kaum zu begründen. Bei einem hohen Exportanteil am gesamten Absatz wäre ein starkes Nachgeben der Weltmarktpreise infolge der Dollarentwertung eingetreten, als das Angebot auf die rentableren Auslandsmärkte gelenkt wurde, dessen Folge allerdings wieder ein Ansteigen der Dollarpreise gewesen wäre. Die Entwicklung der Fertigwarenpreise könnte vielleicht folgendermaßen erklärt werden: Wo die Produktion im Verlaufe der Weltwirtschaftskrise auf einen tiefen Stand gefallen war und die Preise aus monopolistischen Gründen ihr relativ hohes Niveau behalten hatten, konnte eine Erhöhung der Produktion ein Absinken der fixen Kosten je Produktionseinheit verursachen, weshalb es auch dann trotz Anstiegs der beweglichen Kosten möglich war, die Preise auf ihrem Niveau zu halten. Es ist erklärlich, daß diese unter diesen Umständen nicht anzogen. Eine andere Erklärungsmöglichkeit würde die sein, daß die Erhöhung der Kosten und Preise einzelner Exporterzeugnisse durch den Wettbewerb anderer Staaten mit entwerteter Währung gehemmt wurde.

Indizes der Rohstoff- und Grundstoffpreise in den Vereinigten Staaten von Amerika und Wechselkursdisagio des Dollars 1932—1935.[146]

(September 1931 = 100.)

Zeit	Rohstoffpreise Ver. Staat. v. Amerika	Grundstoffpreise (in Gold) Ver. Staaten v. Amerika	Lebensmittel- und Rohstoffpreise Weltdurchschnitt	Wechselkursdisagio des Dollars Vierteljahr	%
Oktober 1935 . .	123	93	83	II. 1932	0
Juli 1932	88	79	78	IV. 1932	0
Januar 1933 . . .	80	79	134	II. 1933	—12,7
Juli 1933	99	95	129	IV. 1933	—35,5
Januar 1934 . . .	103	81	150	IV. 1934	—40,7
Januar 1935 . . .	122	87	166	III. 1935	—40,8

146. Vgl. Harris a. a. O., S. 285.

3. Teil: Reichsmarkentwertung und Währungsstabilisierung.

I. Die Reichsmark als Trabant einer ausländischen Währung?

Die skandinavischen Staaten[1] verschlechterten ihre Währungen, wie oben gezeigt wurde, um diese in der langjährigen Beziehung zum englischen Pfund zu belassen, um nicht Großbritannien als Kunden zu verlieren. Gibt es ähnliche Gründe, die auch das Deutsche Reich zu einer Entwertung seiner Währung veranlassen könnten? Könnte nicht sogar durch eine Entwertung der Reichsmark die Wiederkehr stabiler Währungsverhältnisse erleichtert werden, wie wieder bei der letzten Abwertungswelle vom Herbst 1936 von ausländischer Seite zu hören war?

In der Zeit vor dem Weltkriege standen die einzelnen Valuten in festen Paritäten zueinander. Jede Währung hatte einen bestimmten Goldgehalt und konnte jederzeit bei der Notenbank in Gold eingelöst werden. Diese Einlösbarkeit war die Grundlage des im ersten Teil dieser Arbeit geschilderten Goldautomatismus mit seinem Mechanismus von Goldpunkten, Goldverschickung, Diskontpolitik usw. Unter diesem System der Goldparitäten waren die Zahlungsbilanzen der einzelnen Staaten ungefähr ausgeglichen, so daß nur gelegentlich verhältnismäßig geringe Spitzenbeträge durch den Goldautomatismus auszugleichen waren. Besteht jedoch ein erhebliches dauerndes Defizit der Zahlungsbilanz, so genügen die zur Verfügung stehenden Goldreserven nicht. Das ausländische Geld wird in einem solchen Falle auch trotz anreizender Diskontsätze nicht in dieses Land strömen, um die Fehlbeträge als Kredite zu überdecken. Sogar Großbritannien war, wie gezeigt wurde, gezwungen, die Goldeinlösung aufzuheben, als es im Jahre 1931 nicht mehr in

1. Vgl. Jessen a. a. O., S. 53 ff.

der Lage war, seine Zahlungsbilanz auszugleichen. Die gleiche Ursache hatte auch, wie wir sahen, die Entwertung des Yen.

Bei Betrachtung des allgemeinen Zusammenbruchs der Währungen, wie er aus den Tabellen auf S. 77 f. hervorgeht, erkennt man die zahlreichen Hindernisse, die sich einer baldigen Stabilisierung der Währungen entgegentürmen. In den Entwertungsstaaten steht, wie dargelegt wurde, das Preisniveau noch nicht endgültig fest. Solange aber dieses nicht einigermaßen stabil ist, kann der Staat seine Währung im Verhältnis zu der eines anderen Staates oder auch gegenüber dem Golde nicht festlegen; denn die Kurse der fremden Währung sind schließlich auch Preise. Das Problem der internationalen Währungsstabilisierung ist daher heute nicht nur eine geldwirtschaftliche Frage; denn sie hängt in hohem Maße davon ab, ob die einzelnen Staaten ihre inneren Preisniveaus wieder in dem notwendigen Umfange stabil halten können. Dazu gehört zunächst die Sorge dafür, daß die eigene Währung von der Geldseite her nicht gefährdet wird. Die Länder müssen daher für einen ausgeglichenen Staatshaushalt und für eine gesunde Anleihepolitik sorgen und damit jede Inflationsgefahr beseitigen. Sodann müssen sie erreichen, daß sich die Zahlungsbilanz in einer volkswirtschaftlich gesunden Weise ausgleicht. Die erste Forderung kann der einzelne Staat aus dem Willen zu sauberer und sparsamer Finanzwirtschaft heraus erfüllen; als Beispiel hierfür sei auf Großbritannien verwiesen. Die zweite Forderung ist schwerer zu erfüllen und zwar aus folgenden zwei Gründen:

1. Der Welthandel ist in den Jahren nach 1929 sehr stark zusammengeschrumpft, und zwar sank er von 1929 bis 1934 dem Werte nach auf ein Drittel und der Menge nach auf zwei Drittel.
2. Die andere Gefahrenquelle bilden die politischen Zahlungen.

Erst wenn die bedeutenderen Staaten ihre öffentlichen Haushalte ordnen und ihre Zahlungsbilanzen durch wirtschaftliche und politische Bereinigung wieder in einem gewissen Gleichgewicht halten, sind die Voraussetzungen für eine Wiederkehr gesicherter nationaler Preisniveaus gegeben. Dann erst werden

sich zwischen diesen Staaten wieder einigermaßen feste Währungsparitäten entwickeln können. Man darf nicht übersehen, daß in der Gegenwart fast alle Währungen entwertet und die Preisniveaus überall in der Welt im Schwanken sind. Das Deutsche Reich kann nicht dem Beispiel der skandinavischen Staaten folgen und seine Währung etwa dem Pfund anschließen; denn der britische Markt ist für uns nicht ausschlaggebend. Das gleiche gilt auch für jede andere fremde Währung, ganz abgesehen davon, daß das Deutsche Reich auch aus nationalen Gründen die Reichsmark nicht zum Trabanten einer ausländischen Währung machen kann. Auch braucht nur kurz darauf hingewiesen zu werden, daß jede Entwertung der Reichsmark, auch wenn sie eine Währungsangleichung darstellen würde, die große Gefahr in sich birgt, vom Ausland als deutsches Valutadumping aufgefaßt zu werden. Dort erinnert man sich noch an die Wirkungen des deutschen Inflationsausverkaufs und würde sich daher gegen ein eventuelles deutsches Valutadumping mit allen Mitteln zu schützen suchen. So sicherte z. B. Großbritannien, als der Belga abgewertet wurde, seinen Markt gegen belgische Waren durch besondere Maßnahmen, und ähnlich würde auch das Ausland seine Märkte vor einer starken deutschen Preisunterbietung schützen, hierzu durch die Rücksichtnahme auf die eigene nationale Wirtschaft gezwungen.

II. Erhöhte Einfuhrpreise.

Wenn es gelänge, durch eine Entwertung der Reichsmark [2] den deutschen Export zu vergrößern, so wäre damit ein von allen ersehntes Ziel erreicht. Würde aber eine Währungsverschlechterung nicht auf den deutschen Import verteuernd wirken? Bei Beantwortung dieser Frage ist es möglich, von zwei Voraussetzungen auszugehen. Man kann entweder annehmen, daß das deutsche Preisniveau durch eine Entwertung der Reichsmark keine Veränderungen erfährt, oder man kann versuchen, die Antwort auf der wahrscheinlichen Erhöhung des inländischen Preisniveaus aufzubauen. Das Beispiel Großbritanniens lehrt, daß das Preisniveau trotz Entwertung der Währung stabil

2. Vgl. Jessen a. a. O., S. 56 ff.

bleiben kann. Die Gründe hierfür wurden bereits geschildert. Angenommen, daß bei einer Reichsmarkentwertung um 50 % das deutsche Preisniveau erhalten bliebe, obwohl die gleichen Ursachen gegenwärtig nicht mehr gegeben sind, so würden sämtliche Geldeinkommen und Preise im Deutschen Reich auf ihrer bisherigen Höhe verbleiben. Die Preise der ausländischen Lebensmittel und Rohstoffe aber wären doppelt so hoch wie vor der Entwertung. Diese steigenden Preise der ausländischen Waren aber müssen auf das inländische Preisniveau zurückwirken.

Tatsächlich muß daher eine Entwertung der Reichsmark stets eine allgemeine innerdeutsche Erhöhung der Preise im Gefolge haben. Infolge der Entwertung werden die ausländischen Valuten und damit auch die Waren, die wir mit Devisen bezahlen müssen, in Reichsmark gerechnet teurer. Diese Preissteigerung muß sich in den inländischen Preisen soweit auswirken, als solche importierten Waren einen Anteil an den einzelnen Produkten haben. Zur Beantwortung der Frage, wie die Preise der von Deutschland importierten Waren im einzelnen und dadurch das deutsche Preisniveau im ganzen durch eine Entwertung der Reichsmark um 50 % anziehen würden, ist etwa folgende Überlegung anzustellen: Der deutsche Import stellt mit etwa 4 Milliarden Reichsmark jährlich 7—8 % des Jahreswerts des gesamten deutschen Einkommens dar, das etwa 50—60 Milliarden Reichsmark beträgt. Werden nun durch eine Entwertung der Reichsmark um 50 % die Preise für diese Einfuhrwaren verdoppelt, so müßte demnach das gesamte deutsche Preisniveau um die Höhe der ursprünglichen Einfuhrpreise, also um 7—8 %, anziehen. Tatsächlich wird die Entwicklung allerdings anders verlaufen, da der Rohstoffanteil sich nicht einheitlich auf alle deutschen Produkte verteilt. So bildet z. B. bei ausländischen Lebensmitteln der Einfuhrpreis hauptsächlich den Kleinhandelspreis. Eine Kiste Ölsardinen beispielsweise möge an der Grenze mit 10 RM in ausländischer Valuta zu bezahlen sein. Ihr deutscher Kleinhandelspreis muß dann den Zoll, die Fracht, die Spesen des Importeurs, des Großhändlers und des Kleinhändlers decken und wird ungefähr 20—25 RM betragen. Durch eine Entwertung der Reichsmark

um 50 % wären für die Ölsardinen an der Grenze ceteris paribus statt 10 RM, 20 RM zu zahlen. Der Kleinhandelspreis würde jetzt nahe bei 35 RM liegen, da auch die prozentualen Gewinnzuschläge des Zwischenhandels nunmehr, absolut gesehen, höher sind, da sie von höheren Preisen ausgehen. Die Steigerung ist also erheblich höher als 7—8 % und liegt nahe bei 50 %. Die Entwicklung der Preise in Belgien und in Danzig bestätigt dieses Beispiel; denn dort erhöhten sich die Preise für die ausländischen Produkte teilweise um das volle Ausmaß der Währungsentwertung. In beiden Staaten stiegen auch die Großhandelspreise um das Ausmaß der jeweiligen Währungsentwertung; denn wenn einige markante Warengruppen stark im Preise anziehen, so folgen die Preise der anderen Waren nach. Dagegen hilft, wie der größte Teil der Entwertungsstaaten am eigenen Leibe erfahren hat, keine preisüberwachenden Maßnahmen und keine noch so scharfe Wuchergesetzgebung; denn der Kaufmann verzichtet im allgemeinen lieber auf ein Geschäft, als daß er mit sicherem Verlust arbeitet.

III. Steigendes Preisniveau.

Bei dieser inneren Verknüpfung vielfacher wirtschaftlicher Vorgänge[3] hat es wenig Zweck, sich über das Grundsätzliche hinaus im einzelnen damit zu beschäftigen, wie stark die Preise in Deutschland nach einer Entwertung der Reichsmark um 50 % anziehen müssen. Entscheidend bleibt, daß eine Währungsverschlechterung stets auf die Rohstoffquote des inneren Verbrauchs einwirken und damit auch das gesamte Preisniveau beeinflussen muß. Es kann daher festgestellt werden, daß eine Entwertung der Reichsmark das deutsche Preisniveau erhöht. Dies wird den deutschen Verbraucher allgemein, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, treffen. Ausländische Lebensmittel werden nach einer Entwertung in jedem Falle stark im Preise steigen, ebenso aber auch der ausländische Rohstoff in der Kleidung, in Maschinen usw. und damit auch diese selbst. Darüber hinaus trifft die Verteuerung des Imports auch den deutschen Export; denn dieser beruht in entscheidendem Um-

3. Vgl. Jessen a. a. O., S. 57 f., 61 f.

fange auf dem Veredelungsverkehr, bei dem Rohstoffe eingeführt und verarbeitet wieder ausgeführt werden; steigende Importpreise verringern daher die deutsche Gewinnmarge, ganz abgesehen davon, daß ein Anstieg des inländischen Preisniveaus notwendigerweise zu einer Erhöhung der Löhne führen muß und auch auf diesem Wege eine Kostensteigerung im Gefolge hat. Hinzu kommt, daß durch eine Reichsmarkentwertung die immer noch beträchtliche deutsche Auslandsverschuldung vergrößert wird (in Reichsmark gerechnet) und die davon betroffenen Kreise für Zinsen- und Tilgungsdienst stärker belastet. Auch von hier aus können Preissteigerungen ihren Ausgang nehmen.

Bei der Betrachtung der einzelnen Entwertungsstaaten sahen wir, daß dort im allgemeinen das Preisniveau gestiegen ist. In den Vereinigten Staaten war dies sogar beabsichtigt, wollte man doch dort durch die Preiserhöhungen die Wirtschaft ankurbeln. Wir stellten ferner fest, daß eine Reichsmarkentwertung den deutschen Import und die deutschen Auslandszahlungen verteuern und dadurch das deutsche Preisniveau erhöhen muß. Höhere Preise bedeuten für den Verbraucher, daß er für sein gleichgebliebenes Geldeinkommen weniger kaufen kann. Für den Hersteller dagegen können sie einen höheren Gewinn bringen und ihn so zu einer Steigerung seiner Produktion veranlassen. Dann wird das Angebot an diesen Erzeugnissen größer und senkt wieder die Preise. Der innerdeutsche Produzent hat also von einem Anstieg, der durch eine Währungsentwertung verursacht wurde, keinen Vorteil. Deutschland hat in der Inflationszeit erlebt, daß anziehende Preise durchaus nicht zu einer Produktionserhöhung geführt haben. Es ist daher aus dieser Erfahrung heraus auch für die Folgen einer Entwertung der Reichsmark sehr scharf zwischen einem volkswirtschaftlich gesunden und stets lediglich verhältnismäßig geringfügigen Preisanstieg und einer ungesunden Erhöhung der Preise, wie sie Deutschland in der Inflationszeit erlebte, zu unterscheiden. Wenn infolge einer Valutaentwertung die inländischen Preise anziehen, so handelt es sich nicht um eine gesunde, konjunkturell verursachte Erhöhung der Preise, sondern darum, daß die Preise zahlenmäßig höher angesetzt werden müssen, weil die

Währung schlechter geworden ist. Nur dann würden diese Preissteigerungen den Unternehmer veranlassen, mehr zu produzieren, und damit wirtschaftsbelebend wirken, wenn er sicher wäre, zu diesen Preisen seine Waren abzusetzen. Ziehen aber die innerdeutschen Preise infolge einer Reichsmarkentwertung um 10—20 % an, so ist dies nicht die Folge gesunder volkswirtschaftlicher Kräfte, sondern lediglich geldwirtschaftlicher Maßnahmen, die vom Kaufmann richtig beurteilt werden.

Schlußbemerkung.

Ich glaube diese Arbeit nicht besser als mit den Worten Jessens[4] schließen zu können:

„Zusammenfassend ist mithin festzustellen, daß die Abwertung zwar die inneren Preise erhöhen wird, daß aber diese Erhöhung nicht zu einer erhöhten Produktion führen kann, weil diese höheren Preise nicht durch eine organisch gestiegene Nachfrage, sondern durch eine Währungsänderung zustandegekommen sind."

„Eine Tatsache aber steht unerbittlich fest: Wenn sich die innere Preislage wesentlich erhöht, läßt sich der Wert der Währung auf die Dauer auch im Ausland nicht hochhalten. Das gilt für Länder mit fester und für Länder mit abgewerteter Währung, denn für jedes Land ist die letzte Grundlage der nationalen wie der internationalen Bedeutung seiner Währung die innere Preislage, die darüber entscheidet, wieviel Güter man für diese Währung kaufen kann.

Wer die internationale Stabilisierung will, muß die nationalen Preise halten. Erst wenn die Preislagen der einzelnen Länder wieder im notwendigen Ausmaß stabil sein werden, lassen sich zwischen ihren Währungen klare Paritäten bilden und erhalten."

---

4. Jessen a. a. O., S. 62 und S. 55.

Quellen- und Literaturverzeichnis.

Vgl. auch die in den Anmerkungen zum Text genannten Werke und Zeitschriften.

James W. Angell. „The theory of international prices. History, criticism and restatement". Harvard Economic Studies. Vol. 28. Cambridge 1926.

R. Arzet: „Währungen und Preise. Die Hintergründe der neuen Währungskämpfe" in „Weltwirtschaft". Monatsschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr. Berlin, 24. Jahrgang, Heft 6, Juni 1936.

Fredric Benham: „Das englische Währungs-Experiment". Berlin 1933.

A. L. Bowley: „Elements of statistics." 4. Auflage, London 1920.

Gustav Cassel: „Das Geldproblem der Welt. Memorandum on the world's monetary problems." München 1921.

— „Das Geldwesen nach 1914." Autorisierte Übersetzung von Wolfgang Biermer. Schriften des Weltwirtschafts-Instituts der Handels-Hochschule Leipzig. Band 1, Leipzig 1925.

— „Die Krise im Weltgeldsystem." 3 Vorträge gehalten als Rhodes Memorial Lectures. Berlin-Charlottenburg 2, 1933.

— „Money and foreign exchange after 1914." London, Bombay and Sidney 1922.

— „Theoretische Sozialökonomik." 5., neubearb. Aufl., Leipzig 1932.

E. Chamberlin: „The theory of monopolistic competition." Harvard Economic Studies. 38. Cambridge 1933.

Emile Cheysson im Journal de la Société de Statistique de Paris, Jahrgang 1886, S. 208.

J. Conrad: s. Wissenschaftliche Gutachten.

Walther Croll: „Internationale Währungskonferenz?" in „Weltwirtschaft". Monatsschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr. Berlin, 24. Jahrgang, Heft 9, September 1936, S. 276.

Constantin von Dietze: „Preispolitik in der Weltagrarkrise." Schriften der internationalen Konferenz für Agrarwissenschaft (International Conference of Agricultural Economists). Bd. 1, Berlin 1936.

Otto Donner: „Geld und Konjunktur. Beiträge zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik." Berlin 1934.

Francis Ysidro Edgeworth: „Papers relating to political Economy." London 1929.

Erich Egner: „Versuch einer autonomen Lehre der Währungspolitik." Leipzig 1928.

Paul Einzig: „Das Schicksal des Pfundes." Berlin 1932.

— „The tragedy of the pound." London 1932.

Karl Elster: „Die deutsche Valutapolitik nach dem Kriege.“ Finanz- und volkswirtschaftliche Zeitfragen. H. 59. Stuttgart 1919.

— „Die Seele des Geldes. Grundlagen und Ziele einer allgemeinen Geldtheorie.“ Jena 1920.

Walter Eucken: „Das internationale Währungsproblem. Ein Überblick.“ Schriften der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung. Heft 2, Berlin 1925.

F. Eulenburg: „Außenhandel und Außenhandelspolitik. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen.“ Grundriß der Sozialökonomik, Abt. 8. Tübingen 1929.

Irving Fisher: „Die Kaufkraft des Geldes.“ 2. Aufl., Berlin 1922.

— „Der schwankende Geldwert. Seine Ursachen und Folgen und Vorschläge zu seiner Beseitigung.“ Deutsche Ausgabe der Abhandlung: ‚Stabilizing the Dollar.“ Berlin 1924.

Edgar Gerwin: „Fünfjahresbilanz der Pfundabwertung“ in „Der deutsche Volkswirt“, 10. Jahrgang, Nr. 52.

Hans Gestrich: „Geldpolitik und Weltwirtschaft. Eine Untersuchung der weltwirtschaftlichen Konsequenzen monetärer Konjunkturpolitik.“ „Zwischenstaatliche Wirtschaft. Voraussetzungen und Formen internationaler Wirtschaftsbeziehungen“. Herausgegeben im Auftrage der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft von Herbert von Beckerath-Bonn. Heft 10. Berlin 1934.

Gifford: „The Devaluation of the Pound.“ London 1934.

G. J. Göschen: „Theorie der auswärtigen Wechselcourse.“ Nach der 2., franz. Ausg. L. Say's von F. Stöpel. Frankfurt am Main 1875.

F. von Gottl-Ottlilienfeld: „Bedarf und Deckung. Ein Vorgriff in Theorie der Wirtschaft als Leben.“ Jena 1928.

Alexander Gutfeld: „Über die Verwendbarkeit von Indexziffern als Hilfsmittel zur Geldwertregulierung.“ Berliner Diss. 1926.

Gottfried Haberler: „Der internationale Handel. Theorie der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge sowie Darstellung und Analyse der Außenhandelspolitik.“ Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften. 41. Berlin 1933.

— „Die Kaufkraft des Geldes und die Stabilisierung der Wirtschaft.“ Schmollers Jahrbuch 1931, S. 993 ff.

— „Der Sinn der Indexzahlen. Eine Untersuchung über den Begriff des Preisniveaus und die Methoden seiner Messung.“ Tübingen 1927.

S. E. Harris: „Auswirkungen der Währungsabwertung“ in „Weltwirtschaftliches Archiv“, Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, herausgegeben von Andreas Predöhl. 44. Band, September 1936, Heft 2.

R. G. Hawtrey: „Currency and Credit.“ 2nd. ed., London 1923.

Karl Helfferich: „Das Geld.“ 6., neubearb. Aufl. Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften, I. Abt., 8. Bd., T. I. Leipzig 1923.

Edmund Herzfelder: „Die volkswirtschaftliche Bilanz und eine neue Theorie der Wechselkurse. Die Theorie der reinen Papierwährung.“ Berlin 1919.

Arnd Jessen: „Lohnt sich eine Abwertung?“ Berlin 1935.

W. St. Jevons: „Investigations in Currency and Finance.“ London 1884.

John Maynard Keynes: „Vom Gelde (A treatise on money).“ Ins Deutsche übersetzt von C. Krämer unter Mitw. von L. Krämer. München und Leipzig 1932.
— „A tract on monetary reform.“ London 1923.
— „Ein Traktat über Währungsreform.“ Übersetzt von Ernst Kochenthaler. München und Leipzig 1924.

Friedrich Kleinwächter: s. Wissenschaftliche Gutachten.

Georg Friedrich Knapp: „Staatliche Theorie des Geldes.“ 3. Aufl., durchges. u. verm. München und Leipzig 1921.

Max Kruk: „Abwertungen und Preisbildung“ in „Der deutsche Volkswirt“, 11. Jahrgang, Nr. 4.

Wilhelm Lexis: „Allgemeine Volkswirtschaftslehre.“ 2. Aufl. Berlin und Leipzig 1913.
s. Wissenschaftliche Gutachten.

Juan Rodriguez Lopez: „La politica monetaria y los cambios.“ Montevideo 1931.

Alfred Marshall: „Money, Credit and Commerce.“ London 1923.
— „Remedies for fluctuations of general prices“ in „The Contemporary Review“, London 1887, Bd. 51.

Rudolf Meerwarth: „Einleitung in die Wirtschaftsstatistik.“ Jena 1920.

Ludwig von Mises: „Geldwertstabilisierung und Konjunkturpolitik.“ Jena 1928.
— „Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems“ in Schriften des Vereins für Sozialpolitik. 164. Bd., T. 2. München und Leipzig 1923.
— „Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel.“ 2. Aufl. München und Leipzig 1924.

A. C. Pigou: „The foreign exchanges“ in „Essays in applied economics“. London 1930 und in „The Quarterly Journal of Economics“, November 1922.

Ludwig Pohle: „Das Problem der Valuta-Entwertung.“ Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden. 9. Band 1918, Heft 9, Leipzig und Dresden 1919.

E. C. Ramsbottom: „The course of wage rates in the United Kingdom 1921—1934“ in „Journal of the Royal Statistical Society.“ London. Bd. 98, 1935, S. 644 ff.

Letters of David Ricardo to Thomas Robert Malthus 1810—1823. Ed. by J. Bonar. Oxford 1887.

Bruno Richter: „Das Wesen des Wechselkurses. Zur Theorie des intervalutarischen Kurses.“ München und Leipzig 1934.

Charles Rist: „La déflation en pratique. (Angleterre, Etat-Unis, France, Tchéco-Slovaquie.)“ Bibliothèque internationale d'économie politique. Paris 1924.

Alfred Rühl: „Zur Frage der internationalen Arbeitsteilung. Eine statistische Studie auf Grund der Einfuhr der Vereinigten Staaten von Amerika.“ Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Sonderheft 25. Berlin 1932.

Franz Rupp: „Fünf Jahre Pfund-Entwertung“ in „Die Bank“, Berlin, 29. Jahrgang, Heft 40.

A. Schäffle: s. Wissenschaftliche Gutachten.

William Scharling: s. Wissenschaftliche Gutachten.

F. Schmidt: „Der Zahlungsverkehr". 2. Bd. „Internationaler Zahlungsverkehr und Wechselkurse." 2., durchges. u. erg. Aufl. Leipzig 1922.

Hermann Schmidt: s. Wissenschaftliche Gutachten.

Hermann Schumacher: „Die Währungsfrage als weltwirtschaftliches Problem." Sonderabdruck aus „Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche", 45. Jahrgang, 4. Heft. München und Leipzig 1921.

André Siegfried: „Die englische Krise." Berlin 1931.

Adam Smith: „An inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations." Ed. by Edwin Cannan. 4. Ausg. London 1925.

F. W. Taussig: „International Trade." New-York 1927.

— „Theorie der internationalen Wirtschafts-Beziehungen." Deutsch umgearb. u. erg. von Melchior Palyi. Leipzig 1929.

F. Terhalle: „Währung und Valuta. Eine Einführung in die deutsche Währungsfrage der Gegenwart." 2., bearb. u. erg. Aufl. Jena 1922.

Alfred Tismer: „Die Stabilisierung des Geldwertes als Ziel der Währungspolitik." Berliner Diss. 1930.

Wolfgang Volwassen: „Währung, Wirtschaft und Außenhandel. Die Theorie der Wechselkurse und das englische Beispiel." Berliner Diss. 1935.

Ernst Wagemann: „Allgemeine Geldlehre." Berlin 1923.

Léon Walras: „Theorie des Geldes." Die Stabilisierung des Geldwerts als das Problem von heute und vor 50 Jahren. Nebst einem dogmengeschichtlichen, historischen und darstellenden Teil, herausgegeben, übersetzt und erläutert von R. Kerschagl und St. Raditz. Jena 1922.

John Wheatley: „Remarks on Currency and Commerce." London 1803.

Friedrich Freiherr von Wieser: „Der Geldwert und seine Veränderungen." Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 132.

Wissenschaftliche Gutachten über die Währungsfrage von Wilhelm Lexis, William Scharling, Friedrich Kleinwächter, J. Conrad, A. Schäffle, Hermann Schmidt. Berlin 1893.

Die Bank. Wochenhefte für Finanz- und Bankwesen. Chronik der Wirtschaft. Berlin.

Bank of England. Statistical Summary.

Bulletin Mensuel de Statistique, Génève.

Danziger Statistisches Jahrbuch.

Der deutsche Volkswirt. Berlin.

Deutsche Wirtschaftszeitung. Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspflege. Zentralblatt für Industrie, Landwirtschaft und Verkehr. Hrsg. v. Max Apt, Franz Dochow u. a. Berlin.

The Economic Journal. The Journal of the Royal Economic Society. Edited by Francis Ysidro Edgeworth, später John Maynard Keynes. London, New York.

The Economist. London.

Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege des Deutschen Reichs (Schmollers Jahrbuch), hrsg. v. A. Spiethoff, München.

The Quarterly Journal of economics. Ed. by F. W. Taussig u. a. Cambridge, Mass.

Schmollers Jahrbuch s. Jahrbuch für Gesetzgebung usw.

Statistisches Jahrbuch der Schweiz. Bern.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.

Schriften des Vereins für Sozialpolitik.
Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Hrsg. v. Ernst Wagemann. Berlin.
Währung und Wirtschaft. Hrsg. vom Währungs-Institut Berlin.
Weltwirtschaft. Monatsschrift für Weltwirtschaft und Weltverkehr. Berlin.
Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, hrsg. v. Andreas Predöhl. Jena.
Wirtschaft und Statistik. Hrsg. vom Statistischen Reichsamt Berlin. Mit Sonderbeilagen.
Wirtschaftsdienst. Weltwirtschaftliche Nachrichten. Hamburg.
Wochenberichte des Instituts für Konjunkturforschung. Berlin.

Lebenslauf.

Ich, Gerhard Joseph, deutscher Staatsangehöriger, bin am 18. April 1914 als Sohn des Kaufmanns Leopold Joseph und seiner Ehefrau Berta, geb. Brill, zu Berlin geboren. Ab Ostern 1923 besuchte ich das Sophien-Realgymnasium, das Ostern 1930 den Namen Friedrichs-Werdersche Schule erhielt. Ostern 1932 bestand ich an dieser Anstalt die Reifeprüfung und bezog darauf die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, um Rechts- und Staatswissenschaften zu studieren. Im Sommer 1933 absolvierte ich die juristische Zwischenprüfung und im Frühjahr 1935 die Diplomprüfung für Volkswirte.